

60. Änderung des Flächennutzungs- planes zur Änderung einer Gemeinbedarfsfläche in Mischbaufläche

Umweltbericht

08.04.2024

Vorhabenträger:

Stadt Rees

Markt 1

46459 Rees



Bearbeitung:

OEKOPLAN Ingenieure GmbH & Co. KG

Koepenweg 2a

46499 Hamminkeln



INHALTSVERZEICHNIS

I.	Einleitung	1
1.	Einführung.....	1
2.	Kurzdarstellung der Ziele und Inhalte der Flächennutzungsplanänderung.....	1
2.1.	Lage des Planungsraumes	1
2.2.	Ziele und Inhalte der Flächennutzungsplanänderung.....	2
3.	Darstellung der in einschlägigen Fachgesetzen und Fachplänen festgelegten Ziele des Umweltschutzes	4
3.1.	Fachgesetze	4
3.2.	Fachpläne	4
3.2.1.	Landes- und Regionalplanung	4
3.2.2.	Flächennutzungsplan.....	5
3.2.3.	Landschaftsplan.....	6
3.2.4.	Bebauungspläne	11
3.2.5.	Sonstige Planungsvorgaben und Informationen.....	11
3.2.5.1.	Bundesraumordnungsplan Hochwasser (BRPH)	11
4.	Angewandte Prüf- und Untersuchungsmethoden	12
4.1.	Methodische Vorgehensweise	12
4.2.	Datengrundlagen und Untersuchungstiefe	12
4.2.1.	Datengrundlagen	12
4.2.2.	Untersuchungstiefe	13
5.	Prüf- und Bewertungskriterien	13
II.	Beschreibung und Bewertung der erheblichen Umweltauswirkungen	14
1.	Basisszenario und Bewertung des derzeitigen Umweltzustandes	14
1.1.	Schutzgut Mensch, Gesundheit und Bevölkerung.....	14
1.1.1.	Wohnumfeld.....	14
1.1.2.	Lärmsituation	14
1.1.3.	Luftverschmutzung.....	16
1.1.4.	Licht	18
1.1.5.	Störfallschutz	18
1.2.	Schutzgut Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt.....	19
1.2.1.	Schutzgebiete und Biotopverbundflächen sowie sonstige Schutzobjekte	19
1.2.1.1.	NATURA-2000-Gebiete.....	19
1.2.1.2.	Naturschutzgebiete.....	20
1.2.1.3.	Landschaftsschutzgebiete	21
1.2.1.4.	Gesetzlich geschützte Biotope	22

1.2.1.5.	Flächen des Biotopkatasters	23
1.2.1.6.	Biotopverbundflächen.....	23
1.2.1.7.	Geschützte Landschaftsbestandteile und Naturdenkmale	23
1.2.1.8.	Schutzwürdige Geotope	24
1.2.2.	Tiere, Pflanzen und Biotope	24
1.2.3.	Biologische Vielfalt.....	26
1.3.	Schutzgut Fläche	27
1.4.	Schutzgut Boden	28
1.4.1.	Boden	28
1.4.2.	Geologisch schutzwürdige Objekte	30
1.4.3.	Altlasten und Kampfmittel	30
1.5.	Schutzgut Wasser.....	31
1.5.1.	Fließgewässer	31
1.5.2.	Stehende Gewässer	31
1.5.3.	Grundwasser	31
1.5.4.	Wasserschutzgebiete.....	32
1.5.5.	Hochwasserschutz.....	32
1.6.	Schutzgut Klima.....	38
1.6.1.	Klimatische Situation.....	38
1.6.2.	Auswirkungen des Klimawandels und städtebauliche Vorsorgemaßnahmen	40
1.7.	Schutzgut Landschaft, Landschafts- und Ortsbild	42
1.7.1.	Freizeit und Erholung.....	42
1.7.2.	Landschaftsbild	42
1.8.	Schutzgut Kulturelles Erbe einschließlich der architektonisch wertvollen Bauten und archäologischen Schätze sowie sonstige Sachgüter.....	43
1.8.1.	Einführung	43
1.8.2.	Archäologisches Erbe	43
1.8.2.1.	Archäologische Bereiche	43
1.8.2.2.	Bodendenkmäler	45
1.8.3.	Bau- und kunsthistorisches Erbe.....	45
1.8.4.	Landschaftliches Erbe.....	46
1.8.5.	Sonstige Sachgüter.....	47
1.8.5.1.	Landwirtschaft	47
1.8.5.2.	Forstwirtschaftliche Nutzung.....	47
1.9.	Wechselwirkungen.....	47
1.10.	Zusammenfassende Bewertung.....	49
2.	Prognose über die Entwicklung des Umweltzustandes bei Durchführung bzw. Nichtdurchführung der Planung.....	50

2.1.	Voraussichtliche Umweltauswirkungen bei Nichtdurchführung der Planung.....	50
2.2.	Voraussichtliche Umweltauswirkungen bei Durchführung der Planung	50
2.2.1.	Einführung	50
2.2.2.	Bau und Vorhandensein des Vorhabens einschließlich Abrissarbeiten ..	51
2.2.3.	Nutzung der natürlichen Ressourcen	51
2.2.4.	Art und Menge an Emissionen	51
2.2.5.	Art und Menge der erzeugten Abfälle und ihrer Beseitigung und Verwertung	52
2.2.6.	Risiken für die menschliche Gesundheit, das kulturelle Erbe oder die Umwelt.....	52
2.2.7.	Kumulierung von Auswirkungen mit anderen Vorhaben	52
2.2.8.	Auswirkungen auf das Klima und Anfälligkeit gegenüber den Folgen des Klimawandels.....	52
2.2.9.	Eingesetzte Stoffe und Techniken.....	53
2.2.10.	Grenzüberschreitende Auswirkungen des Vorhabens.....	53
2.2.11.	Übereinstimmung mit regional- und landesplanerischen Zielen.....	53
2.3.	Prognose über die Entwicklung des Umweltzustandes bei Durchführung der Planung	53
2.3.1.	Auswirkungen auf das Schutzgut Mensch und menschliche Gesundheit	53
2.3.2.	Auswirkungen auf das Schutzgut Pflanzen, Tiere und biologische Vielfalt	53
2.3.3.	Auswirkungen auf das Schutzgut Fläche	54
2.3.4.	Auswirkungen auf das Schutzgut Boden.....	54
2.3.5.	Auswirkungen auf das Schutzgut Wasser	54
2.3.6.	Auswirkungen auf das Schutzgut Klima	54
2.3.7.	Auswirkungen auf das Schutzgut Landschaft und Erholung	55
2.3.8.	Auswirkungen auf das Schutzgut Kultur und sonstige Sachgüter.....	55
2.3.9.	Auswirkungen auf Schutzgebiete	55
2.3.10.	Wechselwirkungen.....	56
2.3.11.	Artenschutzrechtliche Auswirkungen.....	56
2.4.	Zusammenfassende Auswirkungsprognose.....	57
3.	Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich nachteiliger Umweltauswirkungen	57
3.1.	Maßnahmen zur Vermeidung und Verringerung nachteiliger Umweltauswirkungen.....	57
3.2.	Maßnahmen zum Ausgleich.....	58
4.	Prüfung anderweitiger Planungsmöglichkeiten	58
5.	Beschreibung der erheblichen nachteiligen Auswirkungen	58
III.	Zusätzliche Angaben	58

1.	Verwendete Verfahren und Hinweise auf Schwierigkeiten.....	58
2.	Maßnahmen zur Überwachung	59
IV.	Zusammenfassung	59
V.	Anhang	62
1.	Liste der verwendeten Fachgesetze	62
2.	Fotodokumentation.....	71

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abb. 1:	Lage im Raum	1
Abb. 2:	Geltungsbereich der 60. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Rees	2
Abb. 3:	60. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Rees.....	3
Abb. 4:	Auszug aus dem GEP99.....	5
Abb. 5:	Auszug aus dem Flächennutzungsplan der Stadt Rees	6
Abb. 6:	Ausschnitt aus der Karte A Entwicklungsziele.....	8
Abb. 7:	Ausschnitt aus der Karte B Besonders geschützte Teile von Natur und Landschaft	9
Abb. 8:	Ausschnitt aus der Karte C Entwicklungs-, Pflege- und Erschließungsmaßnahmen	11
Abb. 9:	Lärmkarte (4. Runde, 2022) Schienenverkehr und Straßenverkehr (24 h-Pegel)	16
Abb. 10:	Vogelschutzgebiet Unterer Niederrhein.....	20
Abb. 11:	Naturschutzgebiete	21
Abb. 12:	Landschaftsschutzgebiete.....	22
Abb. 13:	Luftbild des Plangebietes mit Geltungsbereich.....	25
Abb. 14:	Ausschnitt aus der Bodenkarte NRW – Bodentypen	29
Abb. 15:	Ausschnitt aus der Bodenkarte NRW - Wahrscheinlichkeit von Naturnähe (rot schraffierte Flächen: geringe Wahrscheinlichkeit auf Naturnähe) und schutzwürdige Böden.....	30
Abb. 16:	Auszug aus den Hochwassergefahrenkarten NRW für häufiges Hochwasser (HQ 10 – HQ 50).....	34
Abb. 17:	Auszug aus den Hochwassergefahrenkarten NRW für mittleres Hochwasser (HQ 100)	35
Abb. 18:	Auszug aus der Hochwassergefahrenkarte NRW (HQ _{extrem})	35
Abb. 19:	Auszug Hochwasserrisikokarte NRW (HQ _{extrem})	36
Abb. 20:	Ausschnitt aus der Starkregengefahrenhinweiskarte NRW (seltenes Ereignis)	37
Abb. 21:	Ausschnitt aus der Starkregengefahrenhinweiskarte NRW (extremes Ereignis)	37
Abb. 22:	Auszug aus der Klimaanalysekarte des LANUV – Klimaanalyse Gesamtbetrachtung, Ist-Zustand.....	40
Abb. 23:	Zufahrtsstraße mit Alleebäumen und Haus Aspel im Hintergrund	71
Abb. 24:	Eingangsbereich Haus Aspel	71
Abb. 25:	Eingangsbereich Haus Aspel	72
Abb. 26:	der Gebäudekomplex wird von einem Graben umgeben.....	72
Abb. 27:	Denkmalschutz	73
Abb. 28:	Kirche	73
Abb. 29:	Kloster	74
Abb. 30:	Aspeler Meer	74

Abb. 31:	Haus Aspel	75
----------	------------------	----

TABELLENVERZEICHNIS

Tab. 1:	Empfindlichkeiten gegenüber Lärmimmissionen (alle Werte in dB(A))	15
Tab. 2:	Luftschadstoffbelastungen im Plangebiet für die Jahre 2021 und 2022.....	17
Tab. 3:	Fläche am 31.12.2022 nach Nutzungsarten.....	28
Tab. 4:	Klimadaten im Plangebiet	38
Tab. 5:	Wechselwirkungen.....	47

I. Einleitung

1. Einführung

Der Ausschuss für Umwelt, Planung, Bau und Vergabe hat in seiner Sitzung am 01.02.2024 beschlossen, für die Gemeinbedarfsfläche Haus Aspel die 60. Änderung des Flächennutzungsplans einzuleiten. Ziel der Stadtentwicklung ist eine dauerhafte Sicherung der baukulturellen Gesamtanlage mit einer breitgefächerten Nutzung. Die Gesamtanlage wird umgewandelt von einer Gemeinbedarfsfläche in eine Mischbaufläche. In der Mischbaufläche werden die folgenden Nutzungen ausgeschlossen: Tankstellen und Vergnügsstätten.

Das Baugesetzbuch (BauGB) schreibt in § 2 Abs. 4 für Bauleitplanverfahren die Durchführung einer Umweltprüfung vor. Gemäß § 2a sind in der Umweltprüfung die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen zu ermitteln, zu beschreiben und zu bewerten. Die Ergebnisse dieser Umweltprüfung sind in einem Umweltbericht darzulegen, der einen gesonderten Teil der Begründung darstellt. Grundlage für die Erarbeitung des Umweltberichtes ist die Anlage 1 BauGB.

2. Kurzdarstellung der Ziele und Inhalte der Flächennutzungsplanänderung

2.1. Lage des Planungsraumes

Das Plangebiet liegt östlich von Rees südlich der Weseler Straße (L 7) zwischen Rees und Haldern.

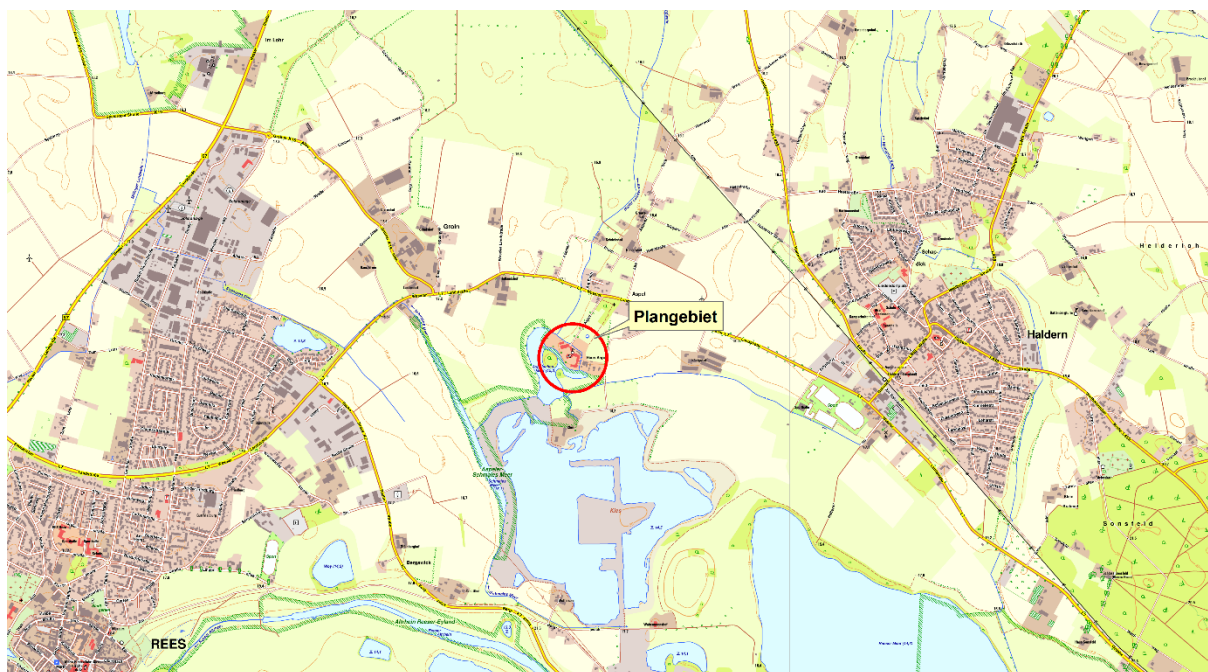


Abb. 1: Lage im Raum

Der Geltungsbereich der 60. Änderung des Flächennutzungsplanes geht aus der nachfolgenden Abbildung hervor.

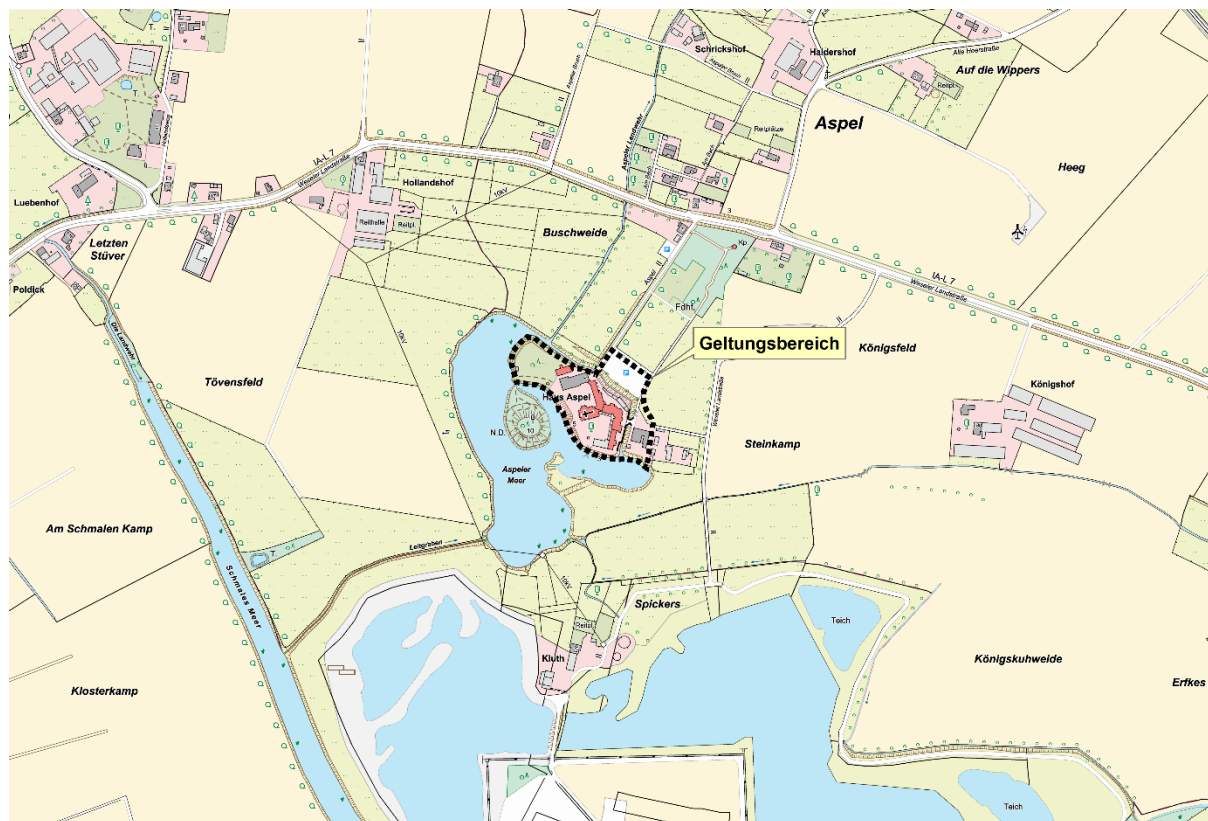


Abb. 2: Geltungsbereich der 60. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Rees

2.2. Ziele und Inhalte der Flächennutzungsplanänderung

Das Haus Aspel hat für die Stadtgeschichte Rees und insbesondere für die Reeser Bevölkerung eine sehr wichtige baukulturelle und identitätsstiftende Rolle und hier gibt es aktuell einen besonderen Planungsbedarf. Die gesamte Anlage war über Jahrzehnte als Kloster der Schwestern vom Heiligen Kreuz in Nutzung. Die Anlage war nur in Teilen und zu besonderen Anlässen für die Öffentlichkeit zugänglich.

Altersbedingt haben die Schwestern im April/Mai 2023 endgültig die Anlage verlassen und die gesamte Anlage steht nun leer. Seit mehr als drei Jahren bemüht sich der Orden die Gesamtanlage zu verkaufen, was in Anbetracht der Größe und der Darstellungen im wirksamen Flächennutzungsplan der Stadt Rees nicht ganz einfach zu gestalten ist.

Dementsprechend möchte die Stadt Rees für die Erhaltung der Gesamtanlage mit der Zielsetzung einer gekoppelten öffentlichen Teilnutzung den Flächennutzungsplan anpassen.

Der heutige Flächennutzungsplan stellt die Anlage als Gemeinbedarfsfläche mit Anlagen für Kirche und kirchlichen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen sowie sozialen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen –Altenheim dar (siehe auch Fotodokumentation im Anhang).

Die Gesamtfläche der Grundstücke mit Meer beträgt ca. 140.994m². Der Geltungsbereich hat eine Größe von ca. 2,5 ha. Die Gebäude stehen nahezu komplett unter Denkmalschutz, lediglich das angegliederte Landhaus hat keinen Denkmalschutzwert.

Die Stadt Rees möchte gemeinsam mit dem Orden und der beauftragten Planerin für das Gelände eine breit aufgestellte Nutzungsvielfalt ermöglichen. Daher soll die Gesamtanlage umgewandelt werden von einer Gemeinbedarfsfläche in eine Mischbaufläche. In der Mischbaufläche werden die folgenden Nutzungen ausgeschlossen: Tankstellen und Vergnügungsstätten.

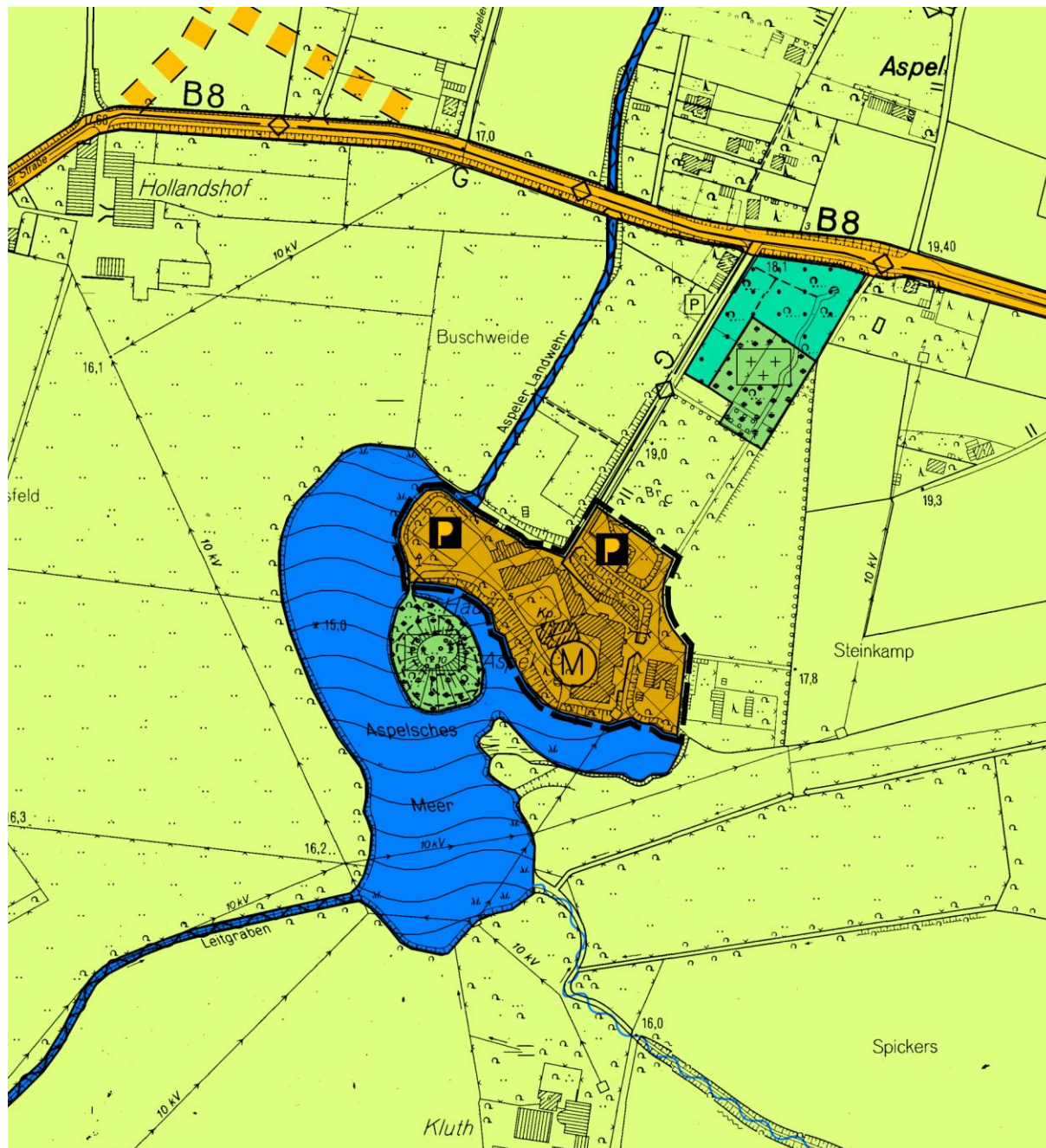


Abb. 3: 60. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Rees

In Anbetracht der angemessenen Nachfolgenutzung wird die heutige nicht unter Denkmalschutz stehende Landhausfläche, wobei insbesondere das Landhaus selber aber auch diverse Nebenanlagen dringend sanierungsbedürftig sind, nur kleinteilig in die Flächennutzungsplanänderung einbeziehen.

3. Darstellung der in einschlägigen Fachgesetzen und Fachplänen festgelegten Ziele des Umweltschutzes

3.1. Fachgesetze

Neben dem Baugesetzbuch sind es weitere Fachgesetze des Bundes und des Landes NRW, in denen Ziele und Grundsätze für die jeweiligen Schutzgüter definiert werden. Im Anhang werden die für die vorliegende Planung relevanten Gesetze aufgeführt.

3.2. Fachpläne

3.2.1. Landes- und Regionalplanung

Der Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen¹ (LEP NRW), in dem alle landesplanerischen Festlegungen gebündelt sind, ist seit 2019 rechtswirksam. Im Landesentwicklungsplan ist der Geltungsbereich der vorliegenden Planung als „Freiraum“ dargestellt. Das Aspeler Meer sowie das Schmale Meer sind als „Gebiete für den Schutz der Natur“ festgelegt.

Der Regionalplan legt auf der Grundlage des Landesentwicklungsplanes die regionalen Ziele der Raumordnung und Landesplanung für die Entwicklung der Regierungsbezirke und für alle raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen im Planungsgebiet fest. Diese Ziele sind gemäß § 1 Abs. 4 BauGB sowie § 4 Abs. 1 Raumordnungsgesetz (ROG) von den Kommunen bei der Aufstellung ihrer Bauleitpläne zu beachten, d.h. die Bauleitpläne sind an die Ziele des Regionalplans anzupassen.

Im Regionalplan² ist der Geltungsbereich der vorliegenden Planung als „Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche“ dargestellt. Der Geltungsbereich sowie umliegende Flächen werden von der Darstellung „Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung“ überlagert.

Das angrenzende Aspeler Meer sowie das Schmale Meer inklusive werden zudem mit der Signatur „Schutz der Natur“ gekennzeichnet.

Weiter südlich des Geltungsbereiches beginnen „Freiraumbereiche für zweckgebundene Nutzungen“ (Wasser) sowie östlich davon „Freiraumbereiche für zweckgebundene Nutzung“ (ASB).

¹ MINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, INNOVATION, DIGITALISIERUNG UND ENERGIE DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN (2020): Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen (LEP NRW)

² Bezirksregierung Düsseldorf (2023): Regionalplan Düsseldorf. Stand: 22.09.2023

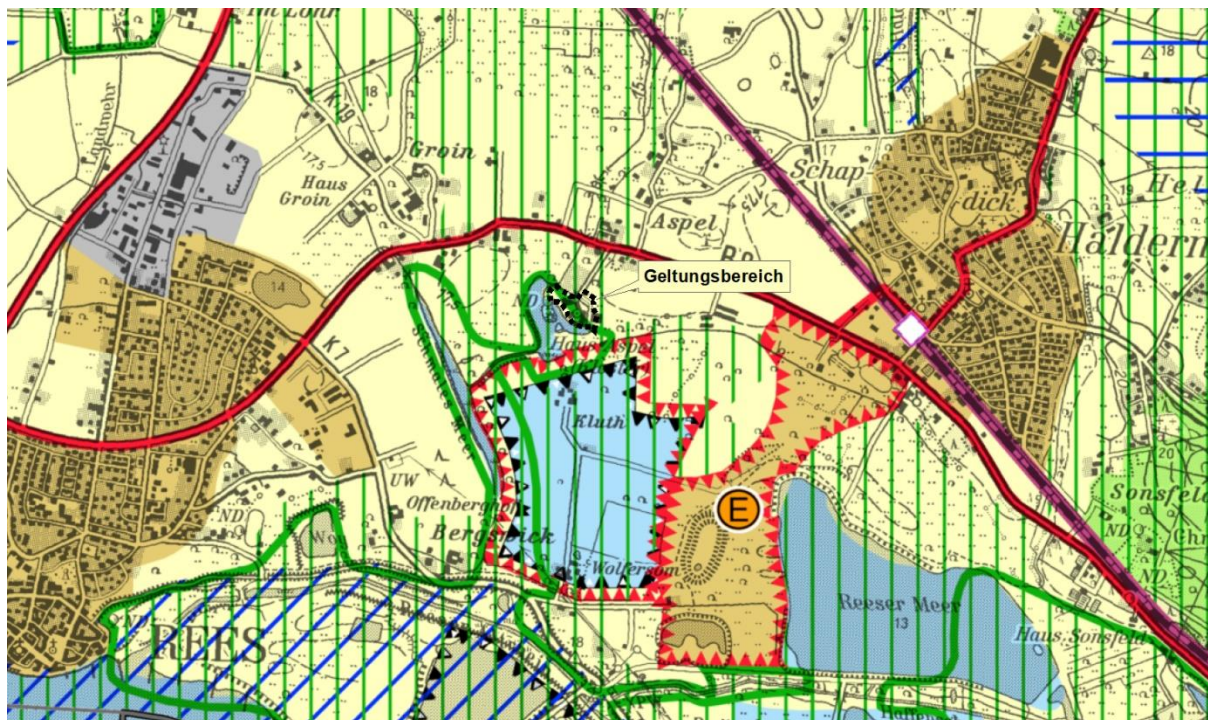


Abb. 4: Auszug aus dem GEP99

3.2.2. Flächennutzungsplan

Der aktuelle Flächennutzungsplan der Stadt Rees³ stellt für den Geltungsbereich „Flächen für Gemeinbedarf“ mit den Zweckbindungen

- Kirche und kirchlichen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen
- Sozialen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen – Altenheim

Die gesamte Anlage, außer dem Landhaus, steht unter Denkmalschutz sowie Bodendenkmalschutz (siehe auch Fotodokumentation im Anhang).

³ STADT REES (2018): Flächennutzungsplan (digitale Neuzeichnung) Teilplan Ost

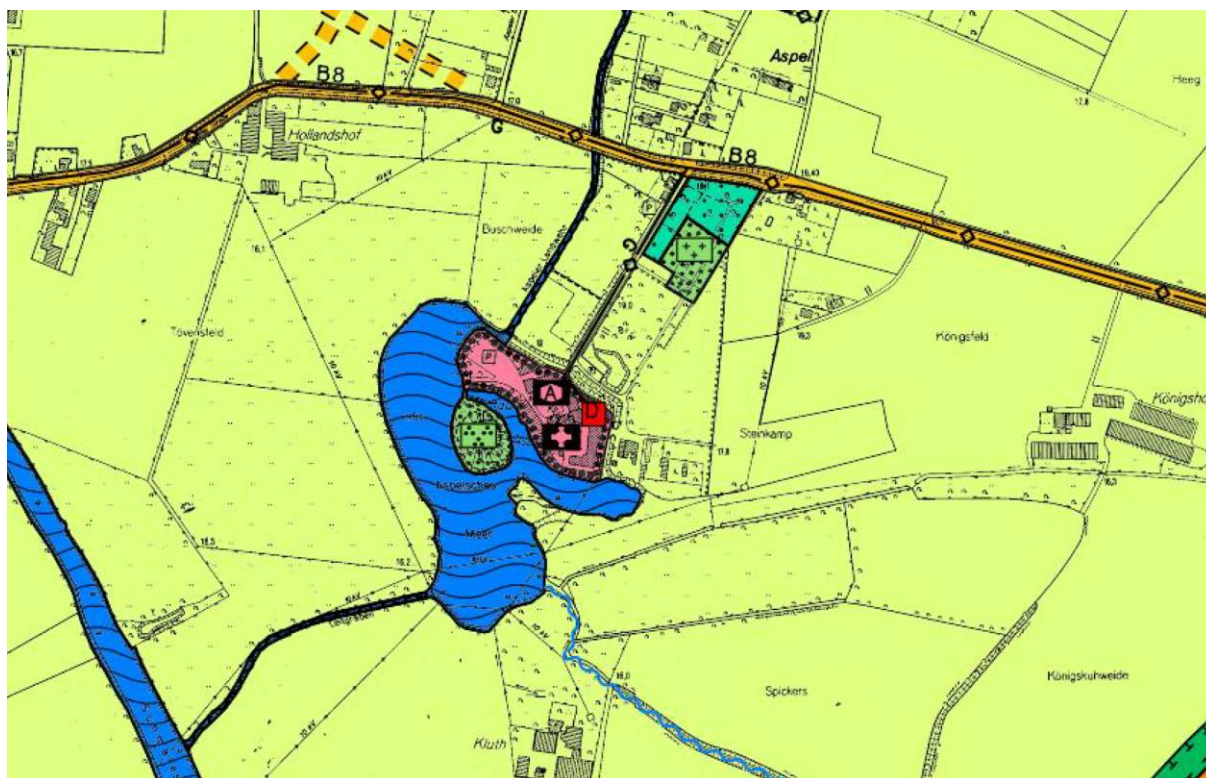


Abb. 5: Auszug aus dem Flächennutzungsplan der Stadt Rees

3.2.3. Landschaftsplan

Der Geltungsbereich des Vorhabens ist Teil des Landschaftsplanes Kreis Kleve Rees Nr. 4⁴.

Der Landschaftsplan gliedert sich in drei thematische Teile, die jeweils aus einem Textteil und einer dazugehörigen Karte bestehen.

1. Entwicklungsziele für die Landschaft und Festsetzungskarte A
2. Besonders geschützte Teile von Natur und Landschaft und Festsetzungskarte B
3. Entwicklungs-, Pflege- und Erschließungsmaßnahmen und Festsetzungskarte C

Die Entwicklungsziele für die Landschaft geben als räumlich-fachliche Leitbilder über das Schwergewicht der im Plangebiet zu erfüllenden Aufgaben der Landschaftsentwicklung Auskunft und sind flächendeckend für den gesamten räumlichen Geltungsbereich des Landschaftsplans dargestellt.

Der Geltungsbereich der 60. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Rees liegt innerhalb eines Bereiches mit dem Entwicklungsziel „Erhalt“. Diese Entwicklungsräume werden durch einen hohen Anteil an gliedernden und belebenden Elementen (wie z.B. Baumreihen, Hecken, Baumgruppen, Graben- und Ufergehölze und Kopfbäume) geprägt und/oder durch naturnahe Lebensräume wie Laubwälder oder Grünland beeinflusst.

Konkret betroffen ist der überwiegende Teil des Geltungsbereiches der vorliegenden Planung vom Entwicklungsraum „1.2.5 Entwicklung - Altrheinarme und Grünland östlich von Rees“. Der Landschaftsplan führt dazu aus:

⁴ Kreis Kleve (2010): Landschaftsplan Kreis Kleve Rees Nr. 4 vom 13.07.2010.

Zwischen dem Reeser Altrhein und Sonsfeldsche Bruch soll mit dem Entwicklungsraum 1.2.5 eine Biotopvernetzung geschaffen werden. Das im westlichen Teil der Fläche sich über gut 1 km erstreckende Schmale Meer, geowissenschaftlich, landeskundlich, kulturhistorisch und ökologisch besonders schutzwürdig und ein gesetzlich geschützter Biotop, ist von einem Gehölzsaum auf steiler Böschung umgeben. Auf der Böschung und im Flachwasser kommen lokal Röhrichtbestände vor. Durch einen zeitweise austrocknenden Graben ist es mit dem rund 400 m entfernten Aspeler Meer (kulturgeschichtlich bedeutendes Altwasser des Rheines) verbunden, das an seinen Ufern von prachtvollen Bäumen umsäumt ist. Eine Flachwasserzone fehlt, Röhricht und Uferstauden sind folglich kaum ausgebildet. Am Ostufer des 'Meeres' befindet sich das Haus Aspel. Durch Gräben nach Norden und Osten hat das Anwesen eine inselartige Lage. Haus Aspel ist von einem alten Baumbestand mit parkähnlichem Charakter umgeben, an der Zufahrt eine Lindenallee.

Der gesamte Baumbestand ist im Landschaftsschutzgebiet als schutzwürdig ausgewiesen. Östlich von Haus Aspel schließt ein Grünland-Acker-Komplex an, der gemeinsam mit den Flächen nördlich von Aspel die Verbindung zum Millinger Meer herstellt.

Für den westlichen Teil des Geltungsbereiches der vorliegenden Planung ist eine Untergliederung in den Entwicklungsraum „1.2.5.2 Fläche für Gemeinbedarf Haus Aspel“ vorgenommen worden. Der Landschaftsplan führt dazu aus:

Haus Aspel ist kulturgeschichtlich bedeutsam: Hier begann die Geschichte der Stadt Rees. Aus der mittelalterlichen Motte entstand die ursprüngliche Wasserburg Haus Aspel, später lange Zeit als Kloster Haus Aspel genutzt, beherbergt es heute das geistliche Zentrum der Ordensgemeinschaft der Töchter vom heiligen Kreuz.

Auf einer Halbinsel im Aspelschen Meer befindet sich das Bodendenkmal BD 74 Mittelalterliche Motte - Haus Aspel.

Es ist darauf zu achten, dass die Areale dieser Denkmalbereiche nicht durch Maßnahmen verändert werden, die in den Boden eingreifen und die archäologische Substanz beeinträchtigen. Bauliche Veränderungen und ggf. Erweiterungen sind entsprechend den Entwicklungszielen des Landschaftsplans durchzuführen.

Der nordöstliche Teil des Geltungsbereiches der 60. Änderung des Flächennutzungsplanes unterliegt dem Entwicklungsziel 1.1. Dazu führt der Landschaftsplan u. a. aus:

Im Entwicklungsziel 1.1 liegt das Schwergewicht der Landschaftsentwicklung auf der Erhaltung der Grünlandstrukturen, der prägenden Landschaftsfaktoren und ökologisch bedeutsamen Flächen.

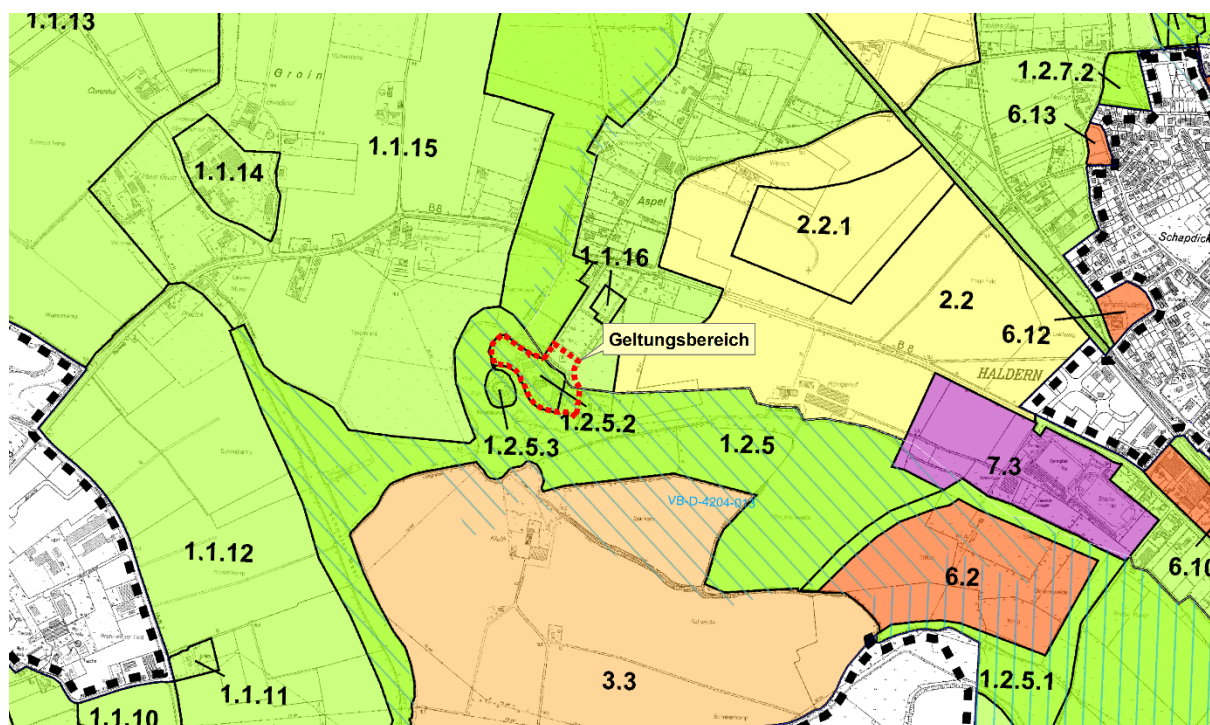


Abb. 6: Ausschnitt aus der Karte A Entwicklungsziele

In der Karte B „Besonders geschützte Teile von Natur und Landschaft“ wird der Geltungsbereich der 60. Änderung des Flächennutzungsplanes als Teil des Landschaftsschutzgebietes

- L 02: Landschaftsschutzgebiet im Bereich der Rees-Bislicher Rheinniederung einschließlich der Reeser Rhein

gekennzeichnet.

Die Schutzausweisungen dienen der Sicherung von Vielfalt, Eigenart und Schönheit der Landschaft. Die Bereiche der Rees-Bislicher Rheinniederung und der Rheinarme stellen einen ökologisch wertvollen und prägenden Landschaftsteil dar und sollen zur Bewahrung von Lebensstätten seltener und bedrohter Tier- und Pflanzenarten erhalten werden.

Unmittelbar südlich und westlich des Geltungsbereiches der 60. Änderung des Flächennutzungsplanes grenzt das Naturschutzgebiet

- N07: Naturschutzgebiet Aspeler- Schmales Meer

Es handelt sich hier um zwei landschaftlich, landeskundlich, kulturhistorisch und ökologisch besonders schutzwürdige wassererfüllte Rinnen innerhalb des Abfluss-Systems des Rheins im Randbereich der Stromaue.

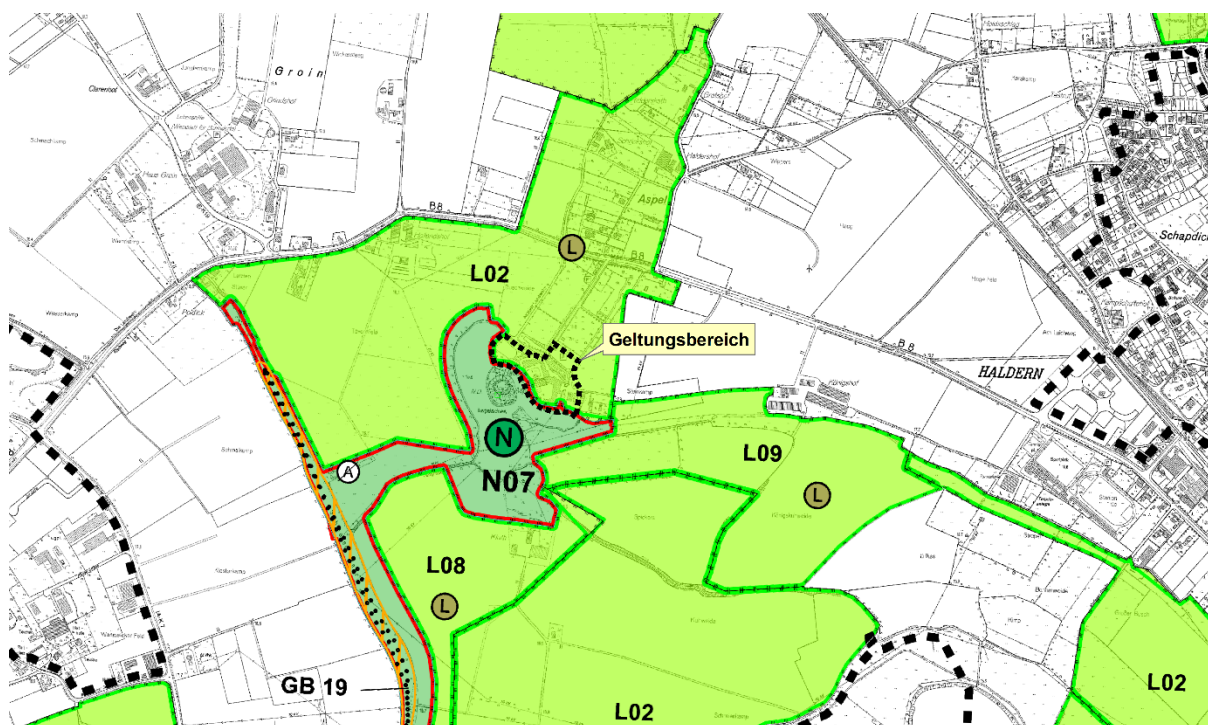


Abb. 7: Ausschnitt aus der Karte B Besonders geschützte Teile von Natur und Landschaft

Von den im Landschaftsplan dargestellten Entwicklungs-, Pflege- und Erschließungsmaßnahmen (Karte C) ist nur der östliche Teil des Geltungsbereiches der 60. Änderung des Flächennutzungsplanes betroffen. Dieser Teil gehört zu dem Bereich

- M 3.4: Maßnahmenraum Altrheinarme und Grünland östlich von Rees

Der Landschaftsplan führt dazu aus:

Das im westlichen Teil der Fläche sich über gut 1 km erstreckende Schmale Meer ist von einem Gehölzsaum auf steiler Böschung umgeben. Auf der Böschung und im Flachwasser kommen lokal Röhrichtbestände vor. Durch einen zeitweise austrocknenden Graben ist es mit dem rund 400 m entfernten Aspeler Meer verbunden, das an seinen Ufern von prachtvollen Bäumen umsäumt ist. Eine Flachwasserzone fehlt, Röhricht und Uferstauden sind folglich kaum ausgebildet. Am Ostufer des 'Meeres' befindet sich das Haus Aspel. Durch Gräben nach Norden und Osten hat das Anwesen eine inselartige Lage. Haus Aspel ist von einem alten Baumbestand mit parkähnlichem Charakter umgeben, an der Zufahrt eine Lindenallee. Östlich von Haus Aspel schließt ein Grünland-Acker-Komplex an.

Als Entwicklungsmaßnahmen werden gemäß Landschaftsplan vorgeschlagen:

a) Erhaltung und Entwicklung naturnaher eutropher Stillgewässer durch:

- Schaffung ausreichend großer Pufferzonen zur Vermeidung bzw. Minimierung von Nährstoffeinträgen,
- Anlage eines 10 m breiten Ackerschutzstreifens entlang der Westseite des Schmalen Meeres,
- Nutzungsverbot bzw. Beschränkung der (Freizeit-)Nutzung des Gewässers auf ein naturverträgliches Maß.

b) Entwicklung natürlicher Vegetationszonierungen in den Uferbereichen

- Entwicklung naturnaher Hochstaudenfluren und Pionierfluren durch partielle Einzäunung der Gewässer und ihrer Uferzonen zum Schutz vor Freizeitaktivitäten, Viehtritt und Verbiss der Ufervegetation durch einfache Frechtungen,
- Anlage von Flachwasserzonen am Gewässer bei Haus Aspel zur Entwicklung von Röhrichtgesellschaften,
- Anpflanzung von bodenständigen Ufergehölzen am Gewässer bei Haus Aspel,
- Verzicht auf Düngung und Einsatz von Pflanzenschutzmitteln,
- Lenkung der Freizeitnutzung.

c) Erhalt und Entwicklung von Landschaftsstrukturen

- Erhaltung und Förderung eines dauerhaften und ausreichenden Anteils von Alt- und Totholz, insbesondere von Höhlen- und Altbäumen,
- Vermehrung der Gebüsch- und Staudenfluren auf geeigneten Standorten durch natürliche Sukzession,
- Anpflanzung von Bäumen, Kleingehölzen und Hecken zur Biotopvernetzung zwischen den Sportanlagen und Sondergebiet für Ferienhäuser südlich von Haltern,
- Pflege der Kopfbäume durch Scheitelung in 10-jährigem Rhythmus,
- Unterhaltungs- und Entwicklungspflege der Kleingehölze und Hecken, regelmäßiges auf den Stock setzen in 8-jährigem Rhythmus.

d) Entwicklung von strukturreichem Grünland

- Verhinderung von Entwässerung,
- Erhaltung/Entwicklung der lebensraumtypischen Grundwasser -und/oder Überflutungsverhältnisse,
- Schaffung ausreichend großer Pufferzonen zur Vermeidung bzw. Minimierung von Nährstoffeinträgen,
- Umwandlung in extensiv genutztes (Feucht) Grünland,
- Verzicht auf Düngung und Einsatz von Pflanzenschutzmitteln.

e) Periodische Mahd der Röhrichtzonen und Abtransport des Schnittgutes mit dem Ziel, ihre Durchschwimmbarkeit für Wasservögel zu gewährleisten. Die Mahd sollte nicht vor dem 01.10. und im Abstand von mind. 5 Jahren erfolgen

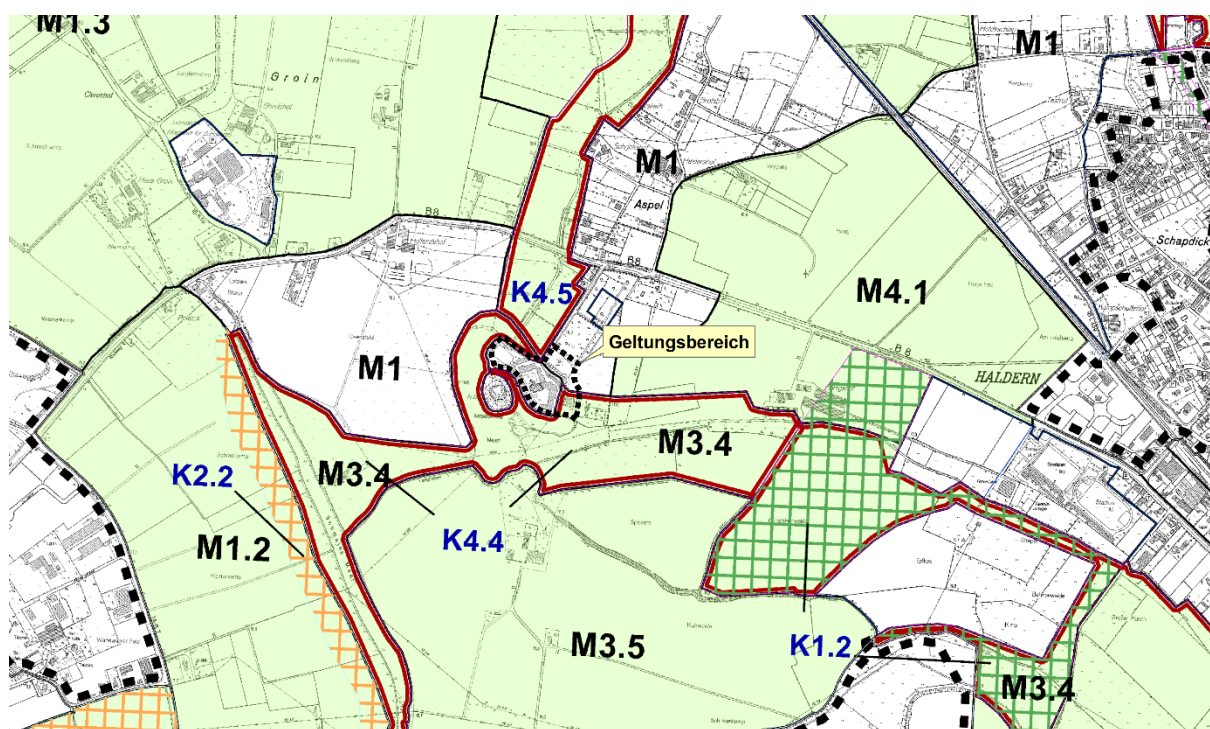


Abb. 8: Ausschnitt aus der Karte C Entwicklungs-, Pflege- und Erschließungsmaßnahmen

3.2.4. Bebauungspläne

Für die Vorhabenfläche besteht kein rechtskräftiger Bebauungsplan.

3.2.5. Sonstige Planungsvorgaben und Informationen

3.2.5.1. Bundesraumordnungsplan Hochwasser (BRPH)

Am 01. September 2021 ist der länderübergreifende Bundesraumordnungsplan Hochwasserschutz (BRPH) als Anlage zur „Verordnung über die Raumordnung im Bund für einen länderübergreifenden Hochwasserschutz (BRPHV)“ in Kraft getreten. Dieser definiert Ziele und Grundsätze, mit denen dem immer größer werdenden Hochwasserrisiko durch den Klimawandel (u.a. durch Starkregenereignisse) bundeslandübergreifend Rechnung getragen werden soll. Mit diesem, die bestehende Gesetzgebung ergänzenden, Instrument kann eine effektive raumplanerische Hochwasservorsorge betrieben werden und Schadenspotentiale sollen begrenzt werden.

In der Bauleitplanung sind die Ziele und Grundsätze des BRPH zu beachten und zu berücksichtigen.

Gefährdungsbereiche durch Oberflächengewässer-Hochwasser (Rhein) sind im Plangebiet vorhanden. (vgl. Kapitel II.1.5 – Schutzgut Wasser). In Kapitel II.1.5 wird auch auf die Starkregenkarte Rees eingegangen.

4. Angewandte Prüf- und Untersuchungsmethoden

4.1. Methodische Vorgehensweise

Die vorliegende Einschätzung der Umweltfolgen durch die Realisierung der beschriebenen Planungen orientiert sich an den in § 2a BauGB geforderten Angaben für einen Umweltbericht. Der Untersuchungsraum zur Erfassung der Umweltfolgen des Vorhabens bezieht die benachbarten Landschaftsbereiche mit ein. Dadurch sind die bestehenden (Vor-) Belastungen des Raumes erfasst. Außerdem können die umweltrelevanten Wirkungen durch die vorliegende Planung auf die einzelnen Schutzgüter einbezogen werden.

Gegenstand der Umweltprüfung ist die Ermittlung und Beschreibung der voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen auf die Schutzgüter durch die Darstellungen und Festlegungen im Bebauungsplan bzw. Flächennutzungsplan. Die Beschreibung der Entwicklung des Raumes bei Nichtdurchführung ist Bestandteil der Umweltprüfung. Die Grundlage der Umweltprüfung bildet die Beschreibung des Umweltzustandes. Zu den zu betrachtenden Schutzgütern gehören:

- ❖ Mensch, Bevölkerung und Gesundheit
- ❖ Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt
- ❖ Fläche
- ❖ Boden
- ❖ Wasser
- ❖ Luft
- ❖ Klima
- ❖ Landschaft
- ❖ kulturelles Erbe und sonstige Sachgüter
- ❖ Wechselwirkungen

4.2. Datengrundlagen und Untersuchungstiefe

4.2.1. Datengrundlagen

Als Datengrundlage für die Umweltprüfung dienen die bei der Stadt Rees und anderen Behörden und Organisationen vorliegenden Umweltinformationen. Zur Beurteilung des Umweltzustandes und der Umweltziele innerhalb des Untersuchungsraumes wurden insbesondere berücksichtigt:

- Daten des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW (LANUV)
- Flächennutzungsplan der Stadt Rees⁵
- Karte der schutzwürdigen Böden NRW⁶

⁵ STADT REES (2018): Flächennutzungsplan (digitale Neuzeichnung) Teilplan Ost

⁶ GEOLOGISCHER DIENST NRW - LANDESBETRIEB (2018): Karte der schutzwürdigen Böden NRW. 3. Auflage; Bodenschutzfachbeitrag für die räumliche Planung

- Klima-Atlas von Nordrhein-Westfalen⁷
- Regionalplan für den Regierungsbezirk Düsseldorf⁸
- Unterlagen der Stadt Rees

Nach der Beschreibung und Bewertung des Istzustandes erfolgt eine Prognose über die Entwicklung des Umweltzustandes bei Nichtdurchführung der Planung sowie bei Realisierung der Darstellungen des Flächennutzungsplanes.

Zusätzlich zum vorliegenden Umweltbericht wurden ein Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag⁹ und eine FFH-Verträglichkeitsstudie¹⁰ erarbeitet.

Bei der Prüfung der Umweltauswirkungen ist der Maßstab des Planwerkes zu berücksichtigen.

4.2.2. Untersuchungstiefe

Nach § 2 Abs. 4 des BauGB legt die Gemeinde für jeden Bauleitplan fest, in welchem Umfang und mit welchem Detaillierungsgrad die Ermittlung der Belange für die sachgerechte Abwägung erforderlich ist. Von Bedeutung ist dabei der Maßstab, in dem der Plan erstellt wird. Die Umweltprüfung bezieht sich auf das, was nach gegenwärtigem Wissensstand und allgemein anerkannten Prüfmethoden sowie nach dem Inhalt und Detaillierungsgrad des Bauleitplans angemessener Weise verlangt werden kann (§ 2 Abs. 4 BauGB).

5. Prüf- und Bewertungskriterien

Bei der Aufstellung und Änderung von Bebauungs- bzw. Flächennutzungsplänen ist eine strategische Umweltprüfung durchzuführen und in einem Umweltbericht zu dokumentieren. Der Umweltbericht ermittelt, beschreibt und bewertet die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen. Untersuchungsumfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung bzw. des Umweltberichts berücksichtigen die Planungsebene des Flächennutzungsplanes.

Zur Abschätzung der Umweltfolgen bzw. der Vorbelastungen wurden verschiedene Datenquellen genutzt. Die jeweiligen Datenquellen werden bei der Beschreibung und Bewertung der Schutzgüter genannt.

⁷ URL vom 23.01.2024: <https://www.klimaatlas.nrw.de/karte-klimaatlas>

⁸ Bezirksregierung Düsseldorf (2023): Regionalplan Düsseldorf. Stand: 22.09.2023

⁹ OEKOPLAN INGENIEURE GMBH & CO. KG (2024): 60. Änderung des Flächennutzungsplanes zur Änderung einer Gemeinbedarfsfläche in Mischbaufläche der Stadt Rees. Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag.

¹⁰ OEKOPLAN INGENIEURE GMBH & CO. KG (2024): 60. Änderung des Flächennutzungsplanes zur Änderung einer Gemeinbedarfsfläche in Mischbaufläche der Stadt Rees. FFH-Verträglichkeitsstudie.

II. Beschreibung und Bewertung der erheblichen Umweltauswirkungen

1. Basisszenario und Bewertung des derzeitigen Umweltzustandes

1.1. Schutzgut Mensch, Gesundheit und Bevölkerung

1.1.1. Wohnumfeld

Bestand

Das Plangebiet befindet sich Außenbereich. Andere zu Wohnzwecken genutzte Gebäude sind ca. 200 m entfernt. Ansonsten dominieren landwirtschaftlich genutzte Flächen. Haus Aspel ist über die Weseler Straße (L 7) an das überörtliche Verkehrsnetz angebunden.

Eine Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr ist über den Bahnhof in Haldern sowie über die Buslinie 95 (Haltestelle Haus Aspel) an der Weseler Straße gegeben.

Bewertung

Bei Haus Aspel handelt es sich um eine Einzellage mit größerem Abstand zu anderen zu Wohnzwecken genutzten Gebäuden. Aufgrund dieser Einzellage ergeben sich keine Konfliktpotenziale. Die verkehrliche Anbindung ist gut.

1.1.2. Lärmsituation

Umgebungsärm sind belästigende oder gesundheitsschädliche Geräusche im Freien, die durch Aktivitäten von Menschen verursacht werden. Die EG-Umgebungsärmrichtlinie zählt darunter Ärm, der durch Straßenverkehr, Schienenverkehr und Flugverkehr auf Straßen und Schienenstrecken und bei Flughäfen verursacht wird. Dazu zählt auch Ärm, der von Industrie- und Gewerbeanlagen ausgeht. Sogenannter Nachbarschaftsärm (private Feste, Musik, Singen etc.), der Ärm am Arbeitsplatz und in Verkehrsmitteln und von Sportanlagen zählt nicht zum Umgebungsärm.

Gesetzliche Regelungen zum Schutz vor Ärm sind insbesondere im Bundes-Immissionschutzgesetz (BImSchG) und in der Technischen Anleitung Ärm (TA Ärm) enthalten. Während die TA Ärm bedeutsam für Genehmigungsverfahren von Gewerbe- und Industrieanlagen und die 16. BImSchV i. d. R. bei Neubauten und wesentlichen Änderungen an Verkehrswegen Anwendung findet, werden im Rahmen der Bauleitplanung vor allem die Orientierungswerte des Beiblatt 1 der DIN 18005 Teil 1 zugrunde gelegt.

Die Umsetzung der EG-Umgebungsärmrichtlinie erfolgt federführend durch das Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen.

Für die verschiedenen Ärmquellen (Straßen, Schienen, Flughäfen und Industrie und Gewerbe) gibt es jeweils spezielle Berechnungsmethoden, nach denen die Ermittlung der Schallpegel erfolgt. Ein europaweit harmonisiertes Berechnungsverfahren (CNOSSOS-EU) ist seit dem 31. Dezember 2018 vorgeschrieben und kommt erstmals bei der vierten Runde der Ärmkartierung 2022 zur Anwendung. Daher sind die Ärmkarten der 4. Runde nicht mit den Ärmkarten der vorherigen Runden vergleichbar. Ärmkarten liegen für die Beurteilungszeiträume 24-Stunden-Tag (0 bis 24 Uhr) und Nacht (22 bis 6 Uhr) vor.

Die nachfolgende Tabelle legt die Orientierungs-, Richt- und Grenzwerte dar, die bei Planungen zu berücksichtigen sind.

Tab. 1: Empfindlichkeiten gegenüber Lärmimmissionen (alle Werte in dB(A)) ¹¹

Gebietsart	TA Lärm Immissionsrichtwerte Industrie/Gewerbe	16. BImSchV Immissionsgrenzwerte Straße/Schiene	DIN 18005 Teil 1 Beiblatt 1 Orientierungswerte Bauleitplanung
	Tag / Nacht	Tag / Nacht	Tag / Nacht Verkehr / Nacht Industrie-, Gewerbe- und Freizeitlärm
Industriegebiete	70 / 70	-	-
Gewerbegebiete	65 / 50	69 / 59	65 / 55 / 50
Urbane Gebiete	63 / 45	-	-
Kerngebiete	60 / 45	64 / 54	65 / 55 / 50
Dorf- und Mischgebiete		64 / 54	60 / 50 / 45
Allgemeine Wohngebiete	55 / 40	59 / 49	55 / 45 / 40
Reine Wohngebiete	50 / 35	59 / 49	50 / 40 / 35

Bestand

In den vom LANUV bereitgestellten Daten zur Lärmkartierung¹² erfolgt die Berechnung für von Straßen und von Schienenwegen ausgehender Lärmbelastung in Rees für die Bundesstraße B 67 und für einen Teil der Landesstraße L 7 (im Siedlungsbereich von Rees) sowie für die Bahnlinie Oberhausen – Emmerich. Andere Quellenarten (Luftverkehr, Gewerbe und Industrie etc.) sind nicht relevant bzw. zu diesen Bereichen liegen keine Daten vor.

Die Ergebnisse gehen aus der nachfolgenden Abbildung hervor.

Bewertung

Das Plangebiet liegt vollständig außerhalb der dargestellten Isophonen. Aufgrund dieser Daten kann davon ausgegangen werden, dass von den genannten Straßen und Schienenwegen keine Lärmbelastung für Haus Aspel ausgeht.

Weitergehende Daten liegen nicht vor.

¹¹ URL vom 23.01.2024: <https://www.staedtebauliche-laermfibel.de/?p=8&p2=2.6>

¹² URL vom 20.01.2024: <https://www.umgebungslaerm-kartierung.nrw.de/>

Bestand

Das Umweltbundesamt stellt in Zusammenarbeit mit den Bundesländern deutschlandweite Auswertungen zur Luftqualität zur Verfügung¹³. Neben der Beurteilung der Trends der Luftqualitätsentwicklung werden die ermittelten Immissionsbelastungen nach europaweit einheitlich festgelegten Verfahren mit den Immissionsgrenzwerten der EU-Luftqualitätsrichtlinie 2008/50/EG (39.BImSchV) verglichen und bewertet.

Es sind taggenaue Werte der Messstationen, sowie computersimulationsgestützte Auswertungen für das gesamte Bundesgebiet verfügbar.

Für Rees wird jedoch keine aktive Messstation aufgeführt. Die nächstgelegenen aktiven Messstationen befinden sich in Wesel und Borken. Aufgrund der Entfernung sind diese jedoch wenig aussagekräftig.

Die computersimulationsgestützten ermittelten Luftschadstoffbelastungen¹⁴ und deren zulässige Grenzwerte im Bereich des Plangebiets für die Jahre 2021 und 2022 sind der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen.

Tab. 2: Luftschadstoffbelastungen im Plangebiet für die Jahre 2021 und 2022

Luftschadstoff	Mittelungszeitraum / Grenzwerte	2021	2022
Feinstaub PM₁₀	Feinstaub PM ₁₀ - Jahresmittelwerte (Grenzwert: 40 µg/m ³)	15-20 µg/m ³	15-20 µg/m ³
	Zahl der Überschreitungen des Tagesmittelwertes von 50 µg/m ³ im Jahr (35 Tage pro Kalenderjahr sind zulässig)	7,5-10 µg/m ³	7,5-10 µg/m ³
Feinstaub PM_{2,5}	Feinstaub PM _{2,5} - Jahresmittelwerte (Grenzwert: 25 µg/m ³)	7,5-10 µg/m ³	7,5-10 µg/m ³
Ozon (O₃)	Jahresmittelwert	>40- 50 µg/m ³	>50- 60 µg/m ³
	Zahl der Tage mit maximalen 8-Stundenmittelwerten der Ozonkonzentration über 120 µg/m ³ gemittelt über 3 Jahre (25 Tage sind zulässig)	5-10 Tage	10-15 Tage
Stickstoffdioxid (NO₂)	Stickstoffdioxid-Jahresmittelwert (Grenzwert: 40 µg/m ³)	15-20 µg/m ³	10-15 µg/m ³

Im September 2021 hat die Weltgesundheitsorganisation (WHO) ihre Empfehlungen für Grenzwerte für die Konzentrationen von Luftschadstoffen novelliert. Hintergrund der WHO Empfehlungen sind Untersuchungen zu den gesundheitlichen Auswirkungen von Luftschadstoffen in der Umgebungsluft. Diese novellierten Empfehlungen der WHO sind deutlich ambitionierter als die bisher geltenden gesetzlichen Grenzwerte. Sie haben allerdings reinen Empfehlungscharakter und sind nicht rechtlich bindend. Allerdings befindet sich die Europäische Luftqualitätsrichtlinie derzeit in der Revision. Die EU-Kommission schlägt in ihrem Entwurf

¹³ URL vom 21.09.2023: <https://www.umweltbundesamt.de/daten/luft/luftdaten>

¹⁴ URL vom 21.09.2023: https://gis.uba.de/maps/resources/apps/lu_schadstoffbelastung/index.html?lang=de

schärfere Grenzwerte als bislang vor, die sich stärker an den Empfehlungen der WHO von 2021 orientieren und ab 2030 gelten sollen.

Weitere Daten zur Luftreinhaltung in NRW werden u. a. vom LANUV im Rahmen eines Emissionskatasters Luft¹⁵ bereitgestellt. Im Emissionskataster Luft NRW werden die bedeutsamen Emittentengruppen in NRW mit den wichtigsten Emissionen geführt. Der zum Plangebiet nächstgelegene, im Emissionskataster aufgeführte Emittent (Emittentengruppe Industrie) liegt südlich von Haus Aspel in ca. 2.000 m Entfernung. Das Kataster für die Emittentengruppe „Industrie“ wird auf der Basis der Emissionserklärung (11. BImSchV) erstellt, die von den Betreibern der erklärungsspflichtigen Anlagen abzugeben sind.

Bewertung

Die EU-Jahreskenngößen wurden im Plangebiet in den letzten Jahren eingehalten und es kam zu keinen Überschreitungen.

1.1.4. Licht

Künstliche Lichtquellen werden in unserer Gesellschaft heute in großem Umfang eingesetzt. Lichtimmissionen gehören aber zu den schädlichen Umwelteinwirkungen, wenn sie nach Art, Ausmaß und Dauer geeignet sind, Gefahren, erhebliche Nachteile oder erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit herbeizuführen. Zum Schutz des Menschen vor belästigenden Lichtimmissionen im Privatbereich bestehen Immissionsrichtwerte, die von gewerblichen Anlagen wie z.B. Lichtwerbeanlagen oder Flutlichtleuchten eingehalten werden müssen. Aber auch außerhalb des gewerblichen Bereichs gewinnt die Betrachtung von Lichtimmissionen immer mehr an Bedeutung. Wissenschaftliche Erkenntnisse zeigen, dass die „Lichtverschmutzung“ nicht nur Insekten und andere Tiere, sondern auch den Menschen beeinflusst.¹⁶

Bestand

Lichtemissionen sind nur in geringem Umfang vorhanden (Beleuchtung der Gebäudeinnerräume und Außenanlagen).

Bewertung

Eine Vorbelastung durch Lichtquellen ist bereits in geringem Umfang vorhanden.

1.1.5. Störfallschutz

Nach der so genannten Seveso-III-Richtlinie i.V.m. § 50 BImSchG sind bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen die für eine bestimmte Nutzung vorgesehenen Flächen einander so zuzuordnen, dass schädliche Umwelteinwirkungen und von schweren Unfällen (Störfällen) hervorgerufene Auswirkungen auf die ausschließlich oder überwiegend dem Wohnen dienenden Gebiete sowie auf sonstige schutzbedürftige Gebiete so weit wie möglich vermieden werden.

¹⁵ URL vom 10.08.2023: <https://www.ekl.nrw.de/ekat/> Online-Emissionskataster Luft NRW

¹⁶ LANDESAMT FÜR NATUR, UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ NORDRHEIN-WESTFALEN (2021): Lichtverschmutzung in Nordrhein-Westfalen. Eine erste Bestandsaufnahme. LANUV-Fachbericht 113

Die Seveso-III-Richtlinie fordert gemäß Artikel 13 angemessene Abstände zwischen Betriebsbereichen und schutzbedürftigen Gebieten im Sinne der Richtlinie mit den Mitteln der Flächenausweisung bzw. Flächennutzung sicherzustellen, um Unfallfolgen für Mensch und Umwelt aufgrund schwerer Unfälle mit gefährlichen Stoffen zu begrenzen. Der angemessene Sicherheitsabstand ist anhand störfallspezifischer Faktoren zu ermitteln.

Gemäß § 3 Nr. 5d BImSchG sind benachbarte Schutzobjekte im Sinne dieses Gesetzes ausschließlich oder überwiegend dem Wohnen dienende Gebiete, öffentlich genutzte Gebäude und Gebiete, Freizeitgebiete, wichtige Verkehrswege und unter dem Gesichtspunkt des Naturschutzes besonders wertvolle oder besonders empfindliche Gebiete.

Bestand

Da im 1.500 m Radius um den Geltungsbereich der Planung keine störfallrelevanten Betriebsbereiche vorliegen, wird der Trennungsgrundsatz beachtet. Der Vorhabenraum liegt damit außerhalb von möglichen Achtungsabständen von Betriebsbereichen, die unter die Störfall-Verordnung fallen.

Bewertung

Hinsichtlich des Störfallschutzes ergeben sich keine negativen Auswirkungen bzw. es sind keine Vorbelastungen vorhanden.

1.2. Schutzgut Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt

1.2.1. Schutzgebiete und Biotopverbundflächen sowie sonstige Schutzobjekte

1.2.1.1. NATURA-2000-Gebiete

Unmittelbar westlich des Geltungsbereiches der vorliegenden Planung liegen Teilflächen des Vogelschutzgebietes Unterer Niederrhein. Das Plangebiet selbst ist aber davon nicht betroffen.

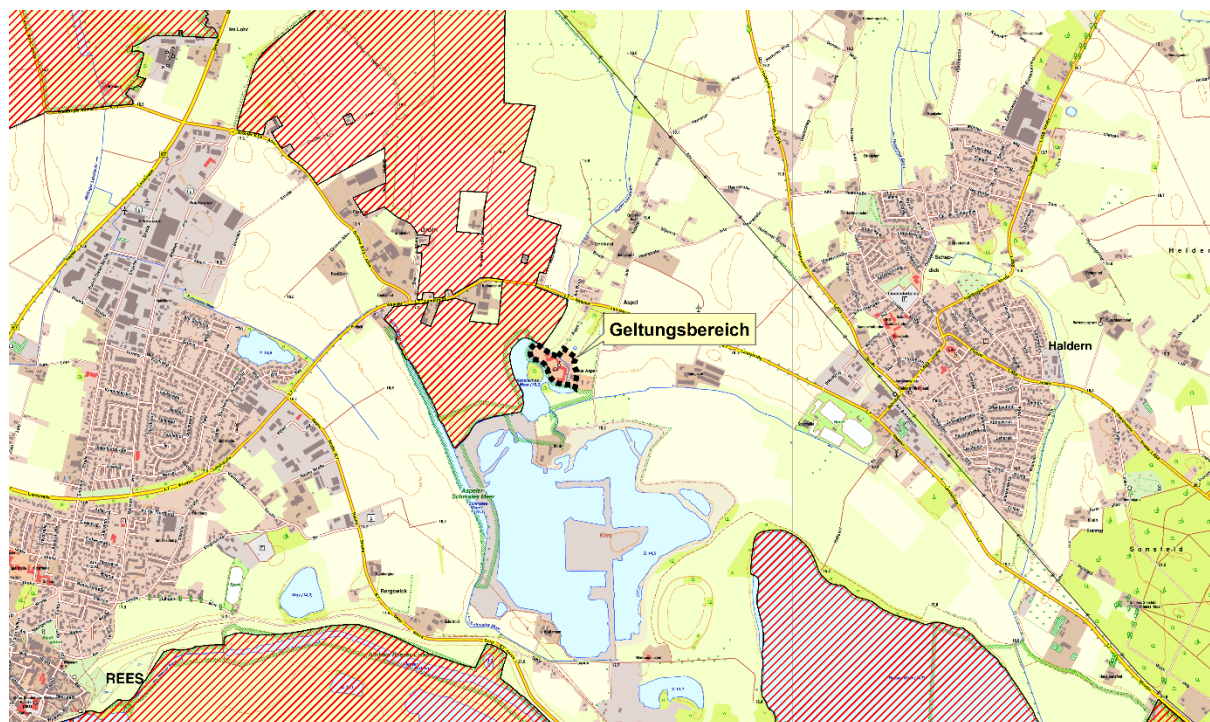


Abb. 10: Vogelschutzgebiet Unterer Niederrhein

Das nächstgelegene FFH-Gebiet (DE-4204-303 NSG Altrhein Reeser Eyland¹⁷, mit Erweiterung) liegt über 1.200 m südlich. Eine Beeinträchtigung durch die geplante 60. Änderung des Flächennutzungsplanes kann ausgeschlossen werden.

1.2.1.2. Naturschutzgebiete

Westlich sowie südlich an den Geltungsbereich grenzt das NSG Aspeler – Schmales Meer¹⁸ an.

Schutzziele und Maßnahmen auf der Grundlage des Schutzzweckes sind:

- Erhaltung von Althölzern,
- Kopfbaumpflege,
- naturnahe Gewässergestaltung,
- Beschränkung der Düngung,
- Beibehaltung der Grünlandnutzung,
- Umwandlung in Grünland,
- extensive Grünlandbewirtschaftung, Beweidung.

Entwicklung des Gewässers bei Haus Aspel zu einem naturnahen Stillgewässer durch Anlage von Flachwasserzonen und bodenständigen Ufergehölzen, Schaffung eines Ackerschutzbereichs auf der Westseite des Schmalen Meeres, Entwicklung von extensiv genutztem (Feucht-) Grünland. Andere Naturschutzgebiete sind weiter entfernt.

¹⁷ LINFOS NRW: <https://www.wms.nrw.de/umwelt/infos?>

¹⁸ LINFOS NRW: <https://www.wms.nrw.de/umwelt/infos?>

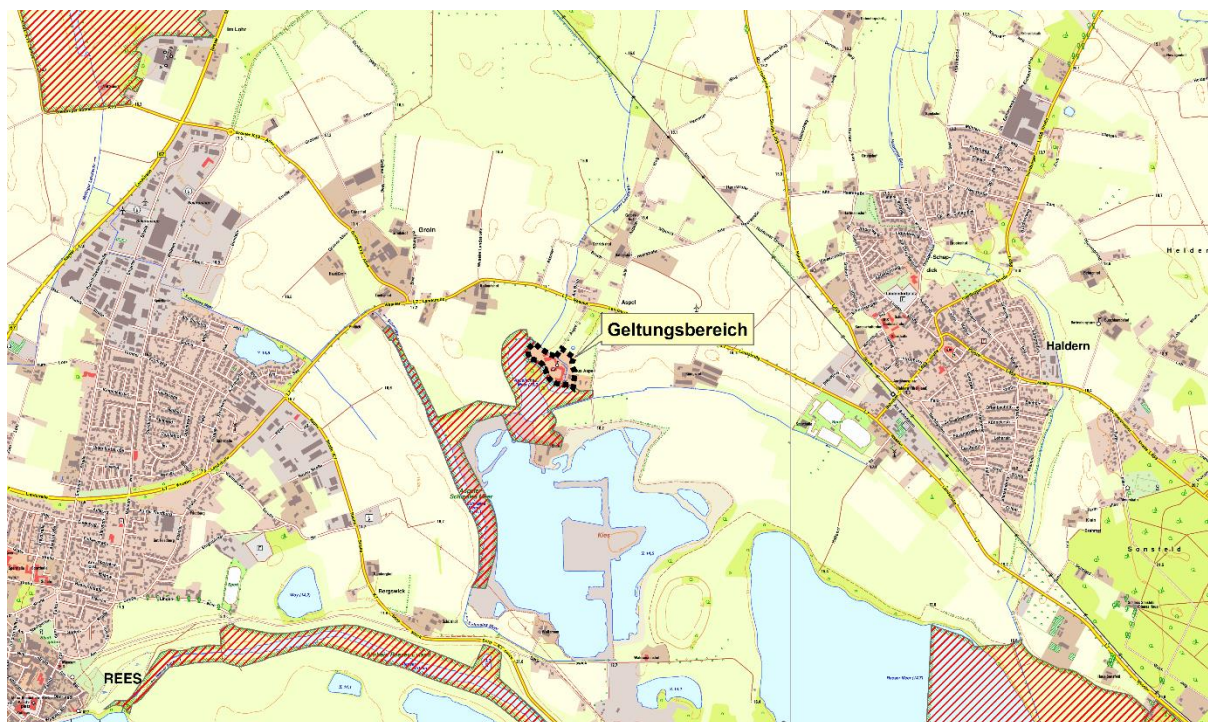


Abb. 11: Naturschutzgebiete

1.2.1.3. Landschaftsschutzgebiete

Das Plangebiet ist Teil des Landschaftsschutzgebietes „LSG im Bereich der Rees-Bislicher-Rheinniederung einschließlich der Reeser Rheinaue“. Zu den Schutzzielen gehören:

Die Schutzausweisungen dienen der Sicherung von Vielfalt, Eigenart und Schönheit der Landschaft. Die Bereiche der Rees-Bislicher Rheinniederung und der Rheinarme stellen einen ökologisch wertvollen und prägenden Landschaftsteil dar und sollen zur Bewahrung von Lebensstätten seltener und bedrohter Tier- und Pflanzenarten erhalten werden.

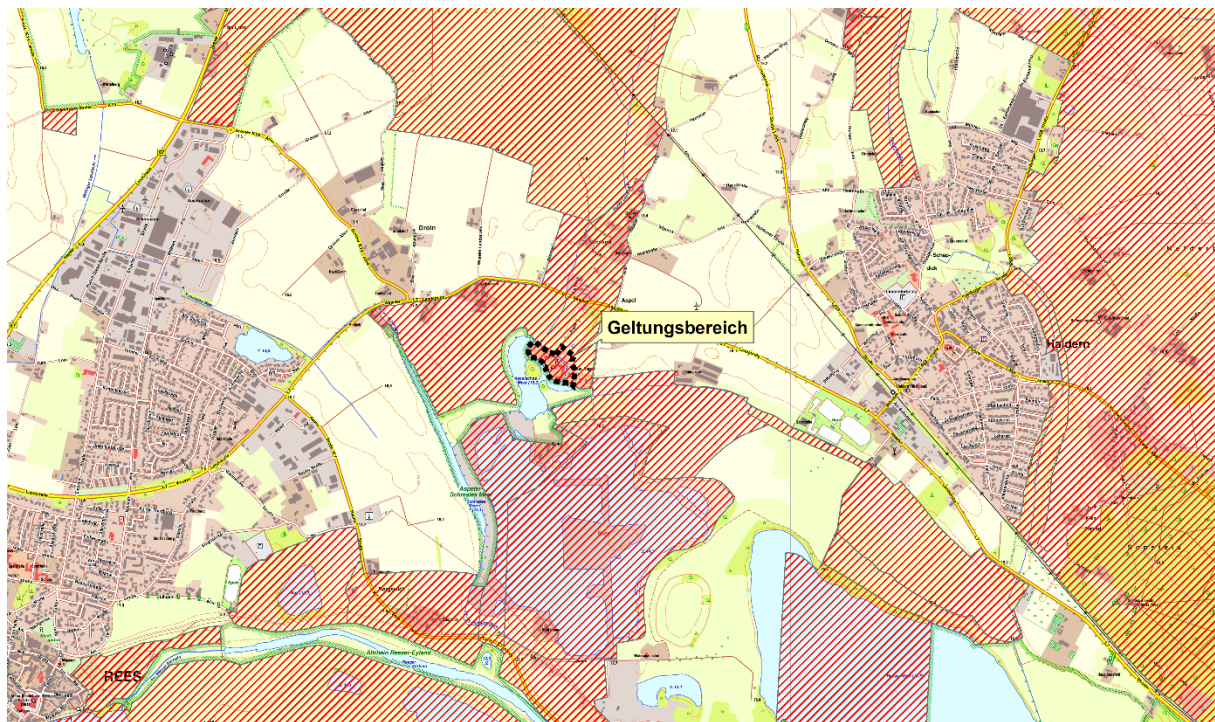


Abb. 12: Landschaftsschutzgebiete

1.2.1.4. Gesetzlich geschützte Biotope

Im § 30 BNatSchG bzw. im § 42 LNatSchG NW sind folgende Biotope aufgeführt, die gesetzlich geschützt sind. Dazu zählen:

- Natürliche oder naturnahe unverbaute Bereiche fließender und stehender Binnengewässer
- Moore
- Sümpfe
- Röhrichte
- Seggen- und binsenreiche Nasswiesen
- Quellbereiche
- Binnenlandsalzstellen
- Offene Binnendünen
- Natürliche Felsbildungen, offene natürliche Block- Schutt- und Geröllhalden, Lehm- und Lösswände
- Zwergstrauch- Ginster- und Wacholderheiden
- Borstgrasrasen
- Artenreiche Magerwiesen und –weiden
- Trockenrasen
- Natürliche Schwermetallrasen
- Binnensalzstellen
- Wälder und Gebüsche trockenwarmer Standorte
- Bruch- und Sumpfwälder

Im Plangebiet befinden sich keine gesetzlich geschützten Biotope. Das nächstgelegene ausgewiesene Biotop liegt ca. 500 m westlich von Haus Aspel (Schmales Meer).

1.2.1.5. Flächen des Biotopkatasters

Die Darstellungen im Biotopkataster besitzen keine Rechtsverbindlichkeit. Schutzwürdige Biotope sind nicht gleichzusetzen mit Naturschutzgebieten. Ein rechtsverbindlicher Schutz der Gebiete erfolgt erst bei Schutzausweisung nach dem Landes-Naturschutzgesetz NRW durch die zuständigen Naturschutzbehörden. Das Biotopkataster des LANUV ist aber eine zu beachtende Grundlage der Regionalplanung, der Landschaftsplanung und der Bauleitplanung. Es ist eine zentrale Entscheidungshilfe bei behördeninternen Beurteilungen von Planungen, welche zu Eingriffen in Natur und Landschaft führen. Es ist bei allen Planungen zu berücksichtigen, in denen die Belange von Naturschutz und Landespflege berührt werden sollen.

Das Plangebiet ist Teil der Biotopkatasterfläche „BK-4204-025 Aspeler Schmales Meer und Grünlandkomplex bei Haus Aspel“. Als Schutzziel wird genannt:

Schutz und Erhalt eines Biotopkomplexes aus Altwässern, strukturreichem Grünland und altem parkähnlichen Baumbestand

1.2.1.6. Biotopverbundflächen

Als ein Fachkonzept des Naturschutzes sichert der Biotopverbund Kernflächen (Flächen mit herausragender Bedeutung für das Biotopverbundsystem) und Verbindungsflächen (Flächen mit besonderer Bedeutung für das Biotopverbundsystem). Die Kernflächen enthalten die aktuell geschützten Flächen als wesentliche Bestandteile. Die Verbindungsflächen sollen die Ausbreitung bzw. den Austausch von Individuen benachbarter Populationen ermöglichen. Der Biotopverbund trägt zur besseren Verknüpfung der Natura-2000-Gebiete bei und ist damit auch ein Kernstück für den Erhalt und die Entwicklung der Biodiversität im Rahmen der nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt.

Das Plangebiet selbst ist nicht Teil einer Biotopverbundfläche. Die umliegenden Flächen sind im Kataster der Biotopverbundflächen aufgeführt.

1.2.1.7. Geschützte Landschaftsbestandteile und Naturdenkmale

Die geschützten Landschaftsbestandteile befinden sich alle in Naturschutz- oder Landschaftsschutzgebieten und sind somit nach § 34 Abs. 1 und 2 LG gegen alle Handlungen, die zu einer Zerstörung, Beschädigung oder Veränderung des geschützten Landschaftsbestandteiles führen können, geschützt.

Die Beseitigung eines geschützten Landschaftsbestandteiles sowie alle Handlungen, die zu einer Zerstörung, Beschädigung oder Veränderung des geschützten Landschaftsbestandteiles führen können, sind verboten.

Der gesamte Bestand an Hecken im Geltungsbereich des Landschaftsplans, soweit es sich nicht um Hecken an Hausgärten handelt, die jährlich geschnitten werden. Hecken gliedern und bereichern das Landschaftsbild. Weiterhin stellen sie Lebens- und Rückzugsräume (Refugialräume) für Fauna und Flora dar. Sie sind insbesondere Brut- und/ oder Nahrungsräume, Überwinterungsquartiere sowie Ansitz und Singwarten für Vögel und bieten Deckung und Schutz vor Witterung und Feinden. Ferner tragen die Gehölze zur Vernetzung von Biotopen bei.

Der gesamte Bestand an Kopfbäumen im Geltungsbereich des Landschaftsplans, soweit sie nicht als Naturdenkmal festgesetzt sind. Kopfbäume sind charakteristische Elemente der niederrheinischen Kulturlandschaft. Sie sind zudem wichtige Lebensräume, insbesondere für z.B. Steinkauz und Fledermäuse.

Da es sich bei dem Plangebiet um ein Landschaftsschutzgebiet handelt, gelten die oben genannten Vorgaben.

Naturdenkmale sind im Plangebiet nicht vorhanden.

1.2.1.8. **Schutzwürdige Geotope**

Das Geotopkataster des Geologischen Dienstes NRW dokumentiert die aus geowissenschaftlicher Sicht schutzwürdigen Objekte in NRW. Das Kataster wird in Verbindung mit Planverfahren, insbesondere der Landschaftsplanung und regionalen Planungen, aktualisiert und fortgeschrieben. Ziel ist es, die aus geowissenschaftlicher Sicht schutzwürdigen Objekte Nordrhein-Westfalens zu erfassen und sie den Landschaftsbehörden, der Wissenschaft und der Öffentlichkeit bekannt zu machen sowie die Unterschutzstellung und Pflege zu unterstützen.

Das Aspeler Meer ist im Geokataster¹⁹ des Landes NRW enthalten (GK-4204-025).

Das Meer befindet sich am Schnittpunkt zweier altholozäner (10.300 bis 5.500 Jahre vor heute) Stromrinnen des Rheines. Das Gewässer ist von unregelmäßiger Gestalt und dürfte zum größten Teil anthropogen verändert worden sein. Die ehemaligen Rheinläufe werden heute von grabenartigen Zuflüssen markiert, ansonsten fallen sie morphologisch als Senken kaum auf.

Das Gewässer hat eine Länge bis 400m und eine Breite von ca. 100m. Innerhalb des Aspeler Meeres liegt eine mittelalterliche Motte (Vorläufer der späteren Wasserburg Haus Aspel) mit einem Durchmesser von ca. 60-70m. Das Haus Aspel (heute Kloster) wiederum ist von kulturhistorischer Bedeutung, - hier begann die Geschichte der Stadt Rees.

Das Aspeler Meer ist von einem alten Baumbestand umgeben. Über einen meist trockenliegenden Graben ist es mit dem Schmalen Meer verbunden. Das "Meer" ist ansonsten von Grünland (teilweise mit Obstbäumen) umgeben.

1.2.2. **Tiere, Pflanzen und Biotope**

Bestand

Die Gehölze innerhalb des Geltungsbereiches sind potentieller Lebensraum für gehölzbewohnende Tierarten (insbesondere Vögel). Gleiches gilt für die alten Gebäude hinsichtlich gebäudebewohnender Arten.

Im Rahmen eines artenschutzrechtlichen Fachbeitrages²⁰ wurde die Betroffenheit planungsrelevanter Arten in Form einer „worst case“-Betrachtung mit ergänzender Ortsbegehung durchgeführt. Eigene systematische Erfassungen erfolgten nicht.

¹⁹ https://www.gd.nrw.de/wms_html/geotope/GK-4204-025.pdf

²⁰ OEKOPLAN INGENIEURE GMBH & CO. KG (2024): 60. Änderung des Flächennutzungsplanes zur Änderung einer Gemeinbedarfsfläche in Mischbaufläche der Stadt Rees. Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag.

Die Vorhabenfläche liegt im Bereich des Messtischblattes 4204 (Rees) im 2. Quadranten. Für dieses Gebiet werden insgesamt 75 planungsrelevante Arten aufgeführt. Aufgrund der im Geltungsbereich und dessen näheren Umfeld vorkommenden Lebensraumtypen (Gehölze, Fettwiesen und -weiden, Stillgewässer, Hochstaudenfluren, Gärten, Parkanlagen, Gebäude) ist ein Vorkommen von 71 Arten möglich. Die hohe Zahl potenziell vorkommender planungsrelevanter Arten ist auf das Vorhandensein naturnaher Biotopstrukturen im Umfeld zurückzuführen. Dazu zählen u. a. das Schmale Meer, der Reeser Altrhein sowie Abgrabungskomplex Reeser Meer.



Abb. 13: Luftbild des Plangebietes mit Geltungsbereich

Bewertung

Bei der 60. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Rees handelt es sich primär um eine Änderung der Nutzungsmöglichkeiten von Haus Aspel. Es finden keine baulichen Veränderungen statt. Auch werden keine Änderungen an den Außenanlagen vorgenommen. Der Gehölzbestand bleibt erhalten (siehe auch Fotodokumentation im Anhang).

Mit der Nutzungsänderung kann es zu einem erhöhten Besucheraufkommen kommen. Das dadurch mögliche höhere Störpotenzial ist jedoch nicht erheblich, zumal bereits heute die Gebäude von Haus Aspel sowie die Außenanlagen genutzt werden.

Der Artenschutzrechtliche Fachbeitrag kommt daher zu dem Ergebnis, dass keine wesentliche Beeinträchtigung planungsrelevanter Arten stattfindet.

Nähere Informationen sind dem artenschutzrechtlichen Fachbeitrag zu entnehmen.

1.2.3. Biologische Vielfalt

Das Bundeskabinett hat im November 2007 die, unter Federführung des Bundesumweltministeriums (BMUV) erarbeitete, Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt (NBS 2007) beschlossen. Damit lag in Deutschland erstmals eine umfassende und anspruchsvolle Strategie zur Umsetzung des UN-Übereinkommens über die biologische Vielfalt (CBD) vor. Jedoch machen sowohl die im Mai 2020 veröffentlichte EU-Biodiversitätsstrategie 2030, als auch der im Dezember 2022 auf Ebene der CBD verabschiedete „Kunming-Montreal-Biodiversitätsrahmen (GBF)“ eine Überarbeitung der NBS 2007 notwendig.

Viele der 330 Qualitäts- und Handlungsziele der NBS 2007 konnten mit Blick auf das bereits verstrichene Zieljahr 2020 nicht oder nur unzureichend erreicht werden. Vor diesem Hintergrund erarbeitet das Bundesumweltministerium (BMUV) derzeit in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Naturschutz (BfN) eine Neuauflage der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt 2030 (NBS 2030). Wie schon die NBS 2007 wird die NBS 2030 die zentrale Naturschutzstrategie der Bundesregierung und das wichtigste Instrument zur Umsetzung der internationalen Vereinbarungen im Rahmen des neuen GBFs.

Die NBS 2030 sieht klar formulierten Qualitäts- und grundlegende Handlungszielen sowie kurzfristig ausgerichtete nationale Aktionspläne mit konkreten Maßnahmen vor. Die Aktionspläne haben einen starken Fokus auf die Umsetzung und den aktuellen Handlungsbedarf. In dem Entwurf der neuen Strategie werden übergeordnete Ziele zum Schutz der Biodiversität, wie z. B. im Bereich Artenschutz, Wiederherstellung von Ökosystemen und gesellschaftliches Engagement, spezifischere Ziele für verschiedene Lebensräume, wie z. B. zum Schutz von Wäldern, Agrarlandschaften, Mooren und Gewässern, aber auch Ziele zur Verringerung negativer Auswirkungen auf die Biodiversität sowie zum Biodiversitätsschutz weltweit formuliert. Dabei werden auch wichtige aktuelle Themen wie der natürliche Klimaschutz, eine naturverträgliche Energiewende, der Pflanzenschutz, die Meeres- und Stadtnatur und der Insektenschutz aufgegriffen, was eine Neuerung im Vergleich zur alten NBS 2007 darstellt²¹.

Ein „BMU-Eckpunktepapier NBS post 2020“ zur Struktur und den Handlungsfeldern der neuen nationalen Biodiversitätsstrategie liegt bereits vor.

Die Stadt Rees hat eine Verantwortung für die biologische Vielfalt in ihrem Stadtgebiet. Der Erhalt der biologischen Vielfalt ist zu berücksichtigen.

Bestand

Die biologische Vielfalt des Planungsraumes ist abhängig von der vorhandenen floristischen und faunistischen Bestandssituation. Insbesondere das Umfeld des Plangebietes weist zahlreiche naturnahe Biotopstrukturen auf.

Bewertung

Aufgrund der vorhandenen biologischen Ausstattung hat das Umfeld des Plangebietes eine hohe Bedeutung für die lokale bzw. regionale biologische Vielfalt. Für das Plangebiet selbst ist eher von einer mittleren Bedeutung auszugehen.

²¹ URL vom 21.09.2023: <https://www.bfn.de/neuauflage-der-nationalen-strategie-zur-biologischen-vielfalt#anchor-1942>

1.3. Schutzgut Fläche

Gemäß § 1a Abs. 2 BauGB soll mit Grund und Boden sparsam und schonend umgegangen werden; dabei sind zur Verringerung der zusätzlichen Inanspruchnahme von Flächen für bauliche Nutzungen die Möglichkeiten der Entwicklung der Stadt insbesondere durch Wiedernutzbarmachung von Flächen, Nachverdichtung und andere Maßnahmen zur Innenentwicklung zu nutzen sowie Bodenversiegelungen auf das notwendige Maß zu begrenzen. Landwirtschaftlich, als Wald oder für Wohnzwecke genutzte Flächen sollen nur im notwendigen Umfang anderweitig genutzt werden. Diese Grundsätze sind nach § 1 Abs. 7 BauGB in der Abwägung zu berücksichtigen.

Die Vermeidung von Bodenversiegelung ist ein vorrangiges Ziel. Daher soll generell nach dem Bundes-Bodenschutzgesetz für Siedlung und Verkehr so wenig Fläche wie möglich in Anspruch genommen werden. Flächenverbrauch beeinträchtigt landwirtschaftliche Produktionsmöglichkeiten, wirkt sich nachteilig auf Biotop-, Landschafts- und Naturschutz aus und verringert Erholungs-, Ruhe- und Frischluftbereiche. Außerdem trägt der Flächenverbrauch durch ausufernde Siedlungsstrukturen zum Klimawandel bei.

Der Flächenverbrauch verharrt weiterhin bundesweit und in Nordrhein-Westfalen auf einem recht hohen Niveau. Die Siedlungs- und Verkehrsfläche in Deutschland hat in den Jahren weiter zugenommen. Täglich werden bundesweit 66 Hektar Freifläche für Siedlungs- und Verkehrszwecke verbraucht. Die „Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie – Neuauflage 2016“ legt fest, die tägliche Inanspruchnahme neuer Siedlungs- und Verkehrsflächen bis zum Jahr 2030 auf unter 30 Hektar pro Tag bundesweit zu reduzieren²².

In Nordrhein-Westfalen gehen im langjährigen Mittel täglich rund 10 Hektar wertvolle Natur- und Freifläche verloren. Die Siedlungs- und Verkehrsfläche nimmt inzwischen bereits einen Anteil von rund 23,5 % an der gesamten Landesfläche ein. Langfristiges Ziel bleibt es, aus demografischen Gründen, zum Schutz der landwirtschaftlichen Flächen, der Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie NRWs und zum Erhalt der Biodiversität den Flächenverbrauch weiter zu minimieren. Im Rahmen von Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel spielt der unverbaute Freiraum auch eine wichtige Rolle, denn für Siedlungs- und Verkehrszwecke genutzte Flächen können Frischluftschneisen in die Städte blockieren und die Böden verlieren ihre Funktion als Bodenkühlleister sowie als Wasserspeicher für den Hochwasserschutz.

Erklärtes Ziel der Landesregierung ist es, die Neuinanspruchnahme landwirtschaftlicher Produktionsflächen zu reduzieren, denn es gehen weiterhin im Durchschnitt 17 Hektar pro Tag an landwirtschaftlichen Flächen verloren. Dazu bedarf es wirksamer Maßnahmen dies zu begrenzen. Den Kommunen fällt hier die Schlüsselrolle zu, weil sie bei ihren Entwicklungsplanungen die wesentlichen flächenrelevanten Entscheidungen treffen.

Mit dem landesweiten Trägerkreis "Allianz für die Fläche" ist ein Gremium von Fachleuten aus unterschiedlichen Institutionen und Disziplinen wie z.B. der IHK, der Naturschutzverbände, der Bezirksregierungen, der kommunalen Spitzenverbände, der Landwirtschaftskammer geschaf-

²² URL vom 21.09.2023: <https://www.umwelt.nrw.de/umwelt/umwelt-und-ressourcenschutz/boden-und-flaechen/flaechenverbrauch>

fen worden, das eng zusammenarbeitet und einen Meinungsaustausch und Dialog aus verschiedenen Perspektiven führt, der alle Belange einer nachhaltigen Siedlungsentwicklung integriert.

Bestand

Aus der nachfolgenden Tabelle geht die Flächenstatistik²³ für die Stadt Rees hervor.

Tab. 3: Fläche am 31.12.2022 nach Nutzungsarten

Nutzungsart	Betrachtungs- gebiet		Alle Gemeinden des			
			Kreises	Reg-Bez.	Landes	gleichen Typs
	ha	%				
Fläche insgesamt	10.986	100	100	100	100	100
Davon						
Siedlungs- und Verkehrsfläche	1.474	13,4	17,8	34,5	23,8	21,3
Freifläche außerhalb der Siedlungs- und Verkehrsfläche	9.512	86,6	82,2	66,5	76,2	78,7

Die Flächen des Plangebietes gehören gemäß dem bestehenden Planungsrecht (FNP) in die Kategorie „Fläche für den Gemeinbedarf“ und damit zu den Siedlungs- und Verkehrsflächen gemäß Tab. 3.

Im landesweiten Vergleich, aber auch im Vergleich zu anderen Gemeinden der Region, ist der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsflächen noch relativ gering und der Anteil der Freiflächen außerhalb der Siedlungs- und Verkehrsflächen entsprechend deutlich höher.

Bewertung

Mit der 60. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Rees ist keine zusätzliche Versiegelung von Flächen verbunden. Beeinträchtigungen hinsichtlich des Schutzgutes Fläche ergeben sich somit nicht.

1.4. Schutzgut Boden

1.4.1. Boden

In Nordrhein-Westfalen wird der Boden rechtlich durch das Bundes-Bodenschutzgesetz (BBodSchG) und das Landes-Bodenschutzgesetz NW (LBodSchG NW), aber auch durch das Baugesetzbuch (BauGB) und das Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) geschützt. Der Schutz von Böden und seinen Funktionen ist eine gesetzliche Pflichtaufgabe. Das BBodSchG stellt auf die nachhaltige Sicherung oder Wiederherstellung von Bodenfunktionen ab.

Bestand

In der Bodenkarte von Nordrhein-Westfalen²⁴ sind für den östlichen Teil des Geltungsbereiches Humusparabraunerden und Auengleye dargestellt. Die Wertzahlen der Bodenschätzung

²³ INFORMATION UND TECHNIK NORDRHEIN-WESTFALEN STATISTISCHES LANDESAMT (2023): Kommunalprofil Rees, Stadt

²⁴ GEOLOGISCHER DIENST NRW (2020): IS BK50 Bodenkarte von NRW 1 : 50.000 – WMS. URL vom 10.03.2023: <https://www.wms.nrw.de/gd/bk050?>

liegen zwischen 50 und 70. Es handelt sich somit um Böden mittlerer bis guter landwirtschaftlicher Qualität. Bei den Böden im westlichen Teil des Plangebietes handelt es sich um Auftrags-Regosole (anthropogen veränderte Böden). Dazu zählt auch der Bereich des Aspeler Meeres.

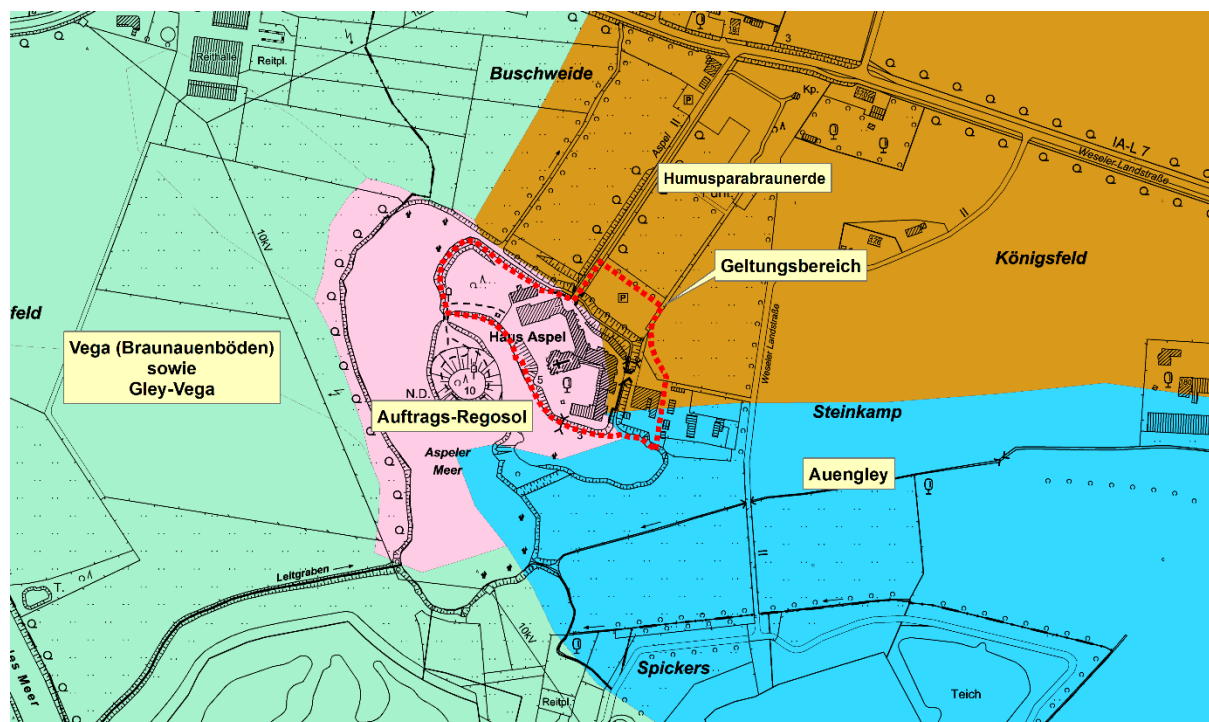


Abb. 14: Ausschnitt aus der Bodenkarte NRW – Bodentypen

Bewertung

Der im südöstlichen Teil des Plangebietes vorkommende Auengley wird gemäß des Bewertungssystems der 3. Auflage der Karte der schutzwürdigen Böden von NRW²⁵ als schutzwürdig eingestuft.

Die Karte weist Flächen aus, auf denen Böden in besonderem Maß Funktionen im Naturhaushalt erfüllen. Bewertet werden die Bodenfunktionen nach § 2 BBodSchG. Das sind im Einzelnen die folgenden Bodenteilfunktionen:

- Archiv der Natur- und Kulturgeschichte
- Biotopentwicklungspotenzials für Extremstandorte
- Regelungs- und Pufferfunktion/ natürlichen Bodenfruchtbarkeit
- Regelungsfunktion für den Wasserhaushalt im 2-Meter-Raum

Ergänzend wird zudem die nicht im BBodSchG verankerte Funktion der Böden bezüglich

- klimarelevanter Funktion als Kohlenstoffspeicher und Kohlenstoffsенке

ausgewertet.

²⁵ GEOLOGISCHER DIENST NRW – LANDESBETRIEB (2017): Die Karte der schutzwürdigen Böden von NRW 1 : 50.000 – Bodenschutz-Fachbeitrag für die räumliche Planung. Dritte Auflage 2017

Die Schutzwürdigkeit des Bodens im Plangebiet beruht auf seiner Funktion als „*fruchtbare Böden mit hoher Funktionserfüllung als Regulations- und Pufferfunktion / natürliche Bodenfruchtbarkeit*“

Die Karte der schutzwürdigen Böden enthält auch Hinweise auf die „Wahrscheinlichkeit von Naturnähe“. Im Bereich überbauten Flächen (z. B. Siedlungsbereiche) wird davon ausgegangen, dass die Bebauung zu einer starken Veränderung der Böden geführt hat und nur noch eine „geringe Wahrscheinlichkeit von Naturnähe“ besteht. Dies trifft für das gesamte Plangebiet zu.

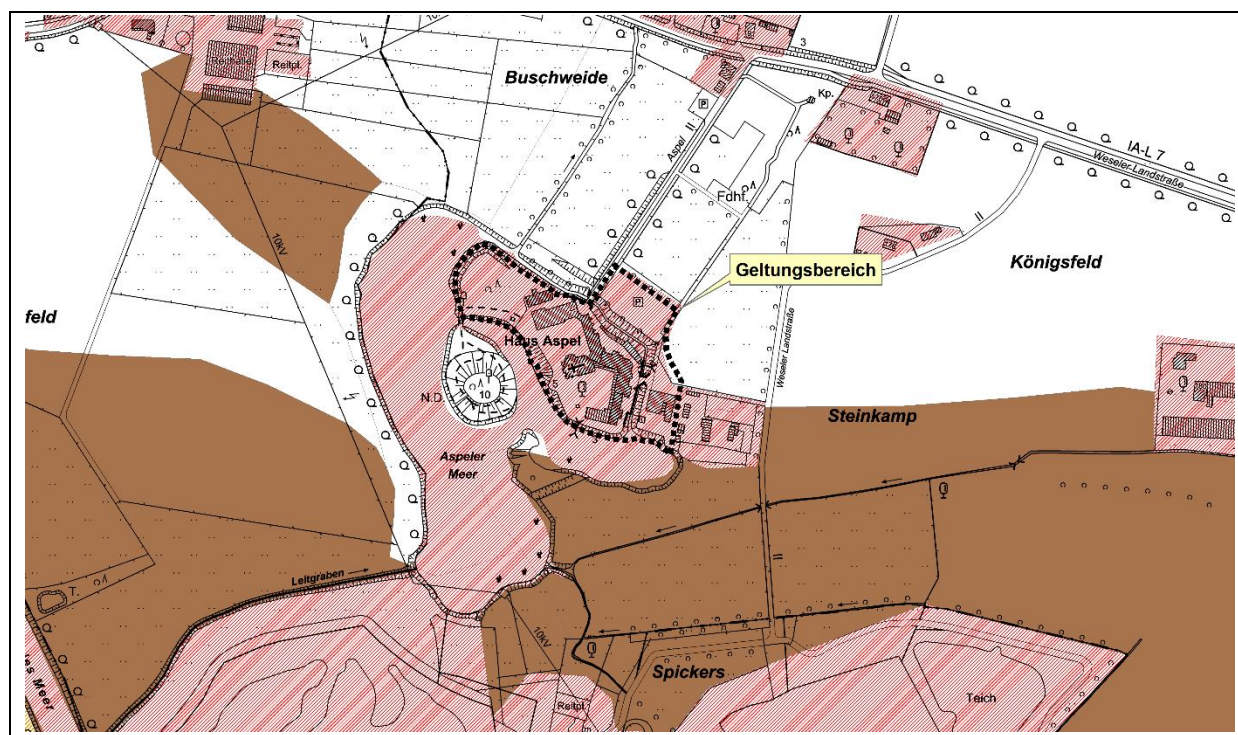


Abb. 15: Ausschnitt aus der Bodenkarte NRW - Wahrscheinlichkeit von Naturnähe (rot schraffierte Flächen: geringe Wahrscheinlichkeit auf Naturnähe) und schutzwürdige Böden

1.4.2. Geologisch schutzwürdige Objekte

Das Aspeler Meer ist im Geokataster²⁶ des Landes NRW enthalten (GK-4204-025).

1.4.3. Altlasten und Kampfmittel

Bestand

Altlasten

Bezüglich Altlasten liegen gegenwärtig keine Informationen vor.

Kampfmittel

Aufgrund der Kampfhandlungen während des 2. Weltkrieges muss mit Verdachtsmomenten auf Kampfmittel gerechnet werden. Konkrete Hinweise sind nicht vorhanden.

²⁶ https://www.gd.nrw.de/wms_html/geotope/GK-4204-025.pdf

Bewertung

Der Verdacht auf Kampfmittel ist zu berücksichtigen.

1.5. Schutzgut Wasser

1.5.1. Fließgewässer

Bestand

Fließgewässer sind im Plangebiet nicht vorhanden.

Westlich und südlich an das Plangebiet grenzt das Aspeler Meer. Von Westen mündet der Leitgraben in das Aspeler Meer, von Osten fließt ein namenloses Gewässer zum Aspeler Meer. Nach Norden entwässert die Hurler Landwehr (Aspeler Landwehr). Die Anlage Haus Aspel ist von einem Graben umgeben.

Bewertung

Die aufgeführten Fließgewässer stehen teilweise unter Naturschutz. Von der 60. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Rees werden die Gewässer aber nicht berührt.

1.5.2. Stehende Gewässer

Bestand

Stehende Gewässer sind im Plangebiet selbst nicht vorhanden. Unmittelbar westlich und südlich an das Plangebiet angrenzend befindet sich aber das Aspeler Meer. Das Aspeler Meer ist ein kulturgeschichtlich bedeutendes Altwasser des Rheins, das anthropogen überformt wurde.

Bewertung

Das Aspeler Meer ist als Naturschutzgebiet ausgewiesen. Von der 60. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Rees wird das Aspeler Meer aber nicht berührt.

1.5.3. Grundwasser

Die EG-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) stellt auch Anforderungen an das Grundwasser. Das Grundwasser soll einen guten chemischen und guten mengenmäßigen Zustand erreichen und es sollen Maßnahmen durchgeführt werden, um signifikant ansteigende Schadstofftrends aufgrund der Auswirkungen menschlicher Tätigkeiten umzukehren.

Bestand

Das Plangebiet gehört zum Grundwasserkörper 27_05 „Niederung des Rheins“²⁷. Es handelt sich um Kiessande und Sande jüngerer Mittelterrassen, Niederterrassen und Auenterrassen (Mittelpleistozäne bis holozäne Flussablagerungen). Sie bilden den im Mittel ca. 20 m mächtigen überwiegend gut durchlässigen silikatischen oberen Porengrundwasserleiter. Warmzeitliche Schluffe, Tone und Torfe können am nördlichen Niederrhein den Grundwasserleiter lokal in zwei Teilstockwerke trennen. Die Grundwassersohle bilden dort tertiärzeitliche marine Feinsande, Schluffe und Tone.

²⁷ URL vom 24.01.2024: <https://www.elwasweb.nrw.de/elwas-web/index.xhtml>

Im Fachinformationssystem ELWAS sind auch Angaben über den mengenmäßigen Zustand der Grundwasserkörper sowie eine Bewertung des chemischen Zustandes enthalten. Der mengenmäßige Zustand wird für den Grundwasserkörper als „gut“ bewertet (3. Monitoringzyklus 2013-2018). Der chemische Zustand ist ebenfalls mit „gut“ bewertet.

Bewertung

Die mit der 60. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Rees verbundene Umwandlung von einer „Gemeinbedarfsfläche“ in eine „Sonderbaufläche“ hat keinen Einfluss auf den mengenmäßigen oder chemischen Zustand des Grundwassers.

1.5.4. Wasserschutzgebiete

Zur langfristigen Sicherung der öffentlichen Wasserversorgung können nach § 51 (1) S. 1 Wasserhaushaltsgesetz durch Rechtsverordnungen Wasserschutzgebiete festgesetzt werden. Für die in NRW meist unterirdisch gewonnenen Wässer werden Grundwasserschutzgebiete, ansonsten Trinkwassertalsperrenschutzgebiete abgegrenzt. Des Weiteren werden Gebiete für die zukünftige Wasserversorgung in der Landesraumplanung ausgewiesen (Vorrang- und Reservegebiete). Das Wasserschutzgebiet umfasst grundsätzlich das gesamte Einzugsgebiet einer Trinkwassergewinnungsanlage. Der unterschiedlichen Auswirkung der Gefahrenherde auf die Wassergewinnung wird durch Gliederung des Wasserschutzgebietes in Schutzzonen entsprochen. Da die Gefahr schädigender Einflüsse mit der Annäherung an die Gewinnungsanlage zunimmt, werden entsprechend dem steigenden Schutzbedarf die Schutzanforderungen in Richtung Fassungsanlage immer höher. Von innen nach außen ergibt sich folgende generelle Einteilung des Schutzgebietes: Zone 1, Zone 2, Zone 3 (evtl. A und B).

Bestand

Es sind im Umkreis von ca. 2 km keine Wasserschutzgebiete vorhanden.

Bewertung

Eine Bewertung entfällt.

1.5.5. Hochwasserschutz

Die europäische Hochwasserrisikomanagementrichtlinie (HWRM-RL) ist am 26. November 2007 in Kraft getreten und wurde am 1. März 2010 mit der Änderung des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) in nationales Recht überführt. Gemäß Art. 1 der HWRM-RL wurde damit ein Rahmen für die Bewertung und das Management von Hochwasserrisiken geschaffen. Ziel ist die Verringerung hochwasserbedingter nachteiliger Folgen für die vier „Schutzgüter“ menschliche Gesundheit, Umwelt, Kulturerbe und wirtschaftliche Tätigkeiten.

Die Maßnahmen zur Erreichung dieses Ziels werden innerhalb eines Einzugsgebietes durch die Erstellung von Hochwasserrisikomanagementplänen (HWRM-Pläne) koordiniert.

Für Kommunen, die entsprechend der europäischen Hochwasserrisikomanagementrichtlinie (EG-HWRM-RL) durch Hochwasser gefährdet sind, wurden NRW weit sogenannte Kommunensteckbriefe im Rahmen der Umsetzung der EG-HWRM-RL erarbeitet.

Zusätzlich zu den europäischen Regelungen ist am 01. September 2021 der länderübergreifende Bundesraumordnungsplan Hochwasserschutz (BRPH) in Kraft getreten. Dieser definiert

Ziele und Grundsätze, mit denen dem immer größer werdenden Hochwasserrisiko durch den Klimawandel (u.a. durch Starkregenereignisse) bundeslandübergreifend Rechnung getragen werden soll. Mit diesem, die bestehende Gesetzgebung ergänzenden, Instrument kann eine effektive raumplanerische Hochwasservorsorge betrieben werden und Schadenspotentiale sollen begrenzt werden.

Da Hochwässer ebenfalls durch Starkregenereignisse verursacht werden können, wurden für NRW flächendeckend Starkregenkarten durch das Bundesamt für Kartographie und Geodäsie (BKG) erstellt. Diese Karten stellen ergänzend zu den deutschlandweit verfügbaren Hochwasserkarten und Hochwasserrisikokarten eine sehr sinnvolle Ergänzung dar und legen dar, wie stark sich Starkregenereignisse außerhalb von Fließgewässern auswirken können.

Darüber hinaus haben einige Kommunen (u. a. auch Rees) bereits lokale Starkregenkarten erstellt. Dort, wo diese bereits existieren, sind diese Karten vorzuziehen, da örtliche Gegebenheiten auf der lokalen Skala wesentlich besser dargestellt werden können.

Bestand

Überschwemmungsgebiete

Der Geltungsbereich liegt in keinem festgesetzten bzw. vorläufig gesicherten oder ermittelten Überschwemmungsgebiet.

HWRM-RL Risiko- und Gefahrenkarte

Aufgrund der Nähe zu Rhein gehört der Geltungsbereich zu den überschwemmungsgefährdeten Gebieten im Sinne des Wasserhaushaltsgesetzes. Diese Gebiete können bei Versagen von öffentlichen Hochwasserschutzeinrichtungen, insbesondere Deichen, überschwemmt werden.

Für Rees gilt die „Hochwasserrisikomanagementplanung Flussgebietseinheit Rhein“²⁸. Die entsprechenden Hochwassergefahren- und Hochwasserrisikokarten, sowie der Kommunensteckbrief „Hochwasserrisiko und Maßnahmenplanung Rees“ (Stand Dezember 2021) liegen vor.

Die Hochwassergefahrenkarten geben Auskunft über mögliche Ausdehnung und Tiefe einer Überflutung, sowie die dabei auftretenden Fließgeschwindigkeiten. Dabei wird dargestellt, wie das Ausmaß der Überflutung für ein häufiges, mittleres (Statistisch 100-jährliches) und seltenes (extremes) Hochwasserereignis zu erwarten ist. Bei einem extremen Hochwasserereignis (Eintrittswahrscheinlichkeit im Mittel seltener als alle 100 Jahre) wird davon ausgegangen, dass die vorhandenen Hochwasserschutzeinrichtungen (Deiche) nicht mehr ausreichen.

Bei einem häufigen Hochwasser (Eintrittswahrscheinlichkeit alle 10 bis 20 Jahre) ist der Vorhabenbereich durch Schutzeinrichtungen (Rheindeich) geschützt. Bei Versagen der Schutzeinrichtungen wären die Flächen zwischen 0 m und 2 m überflutet.

²⁸ FLUSSGEBIETSGEMEINSCHAFT RHEIN (FGG RHEIN) (HRSG.) (2021): Hochwasserrisikomanagementplan der Flussgebietsgemeinschaft Rhein für den Zeitraum 2021 bis 2027. HWRM-Plan für den deutschen Teil der Flussgebietseinheit Rhein

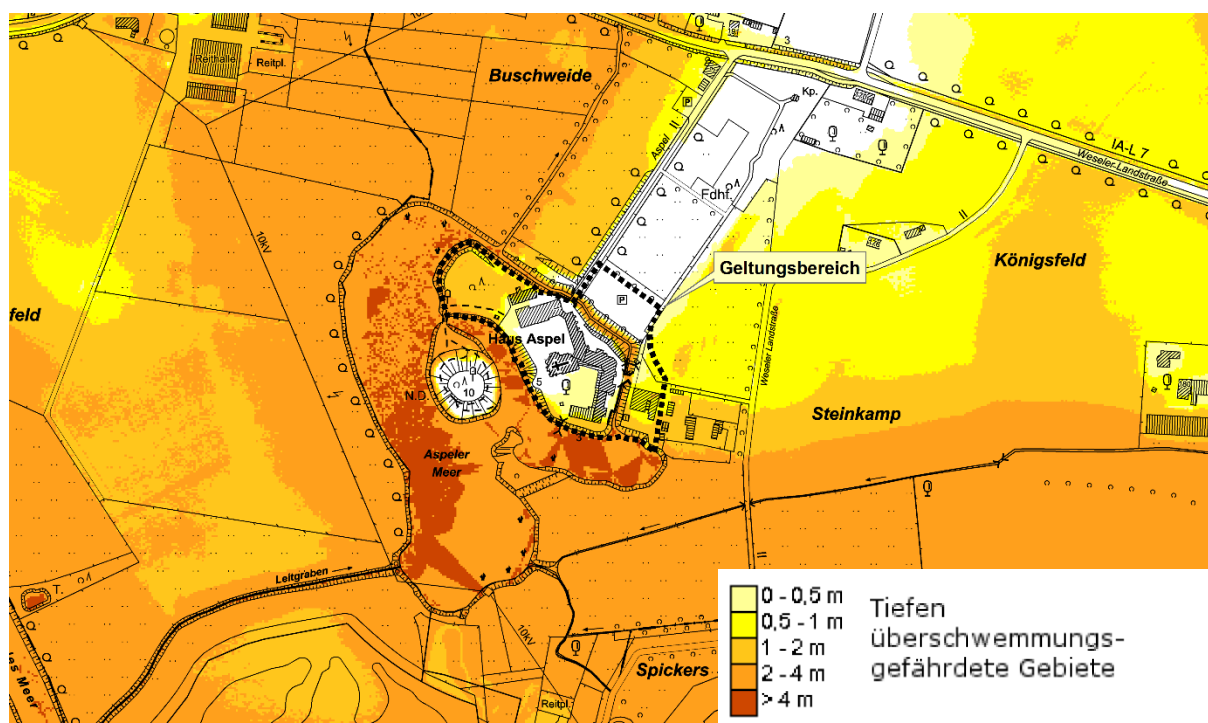
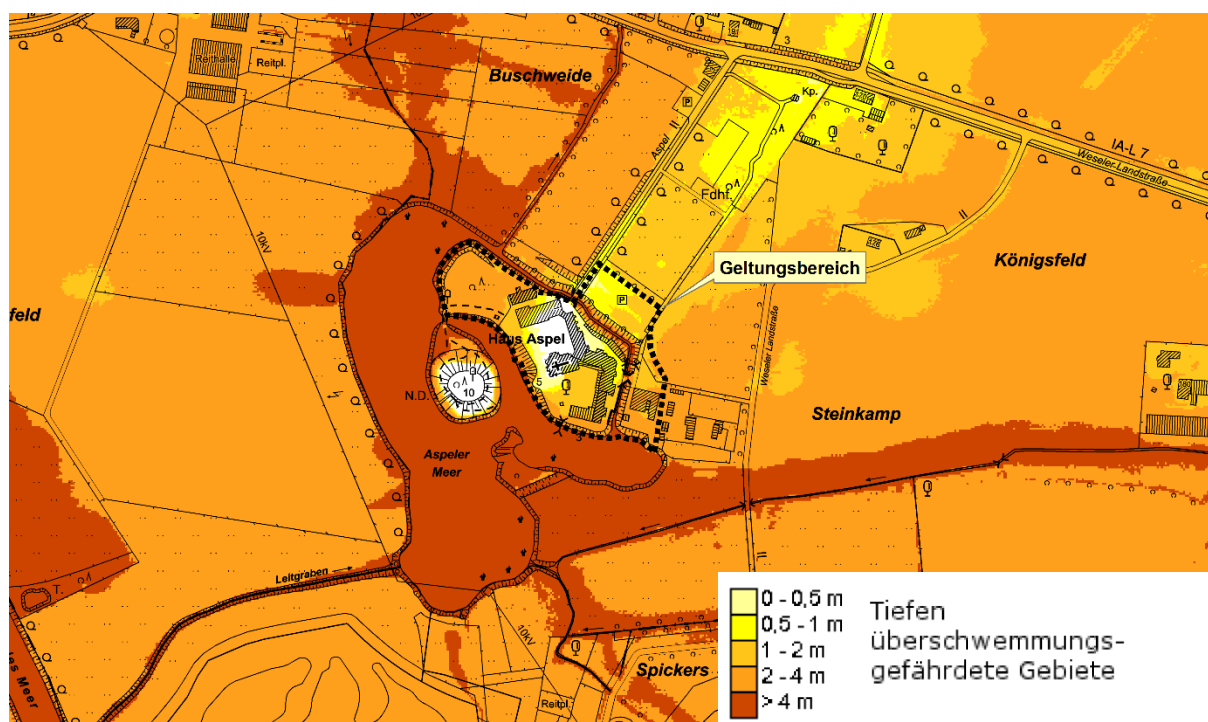


Abb. 16: Auszug aus den Hochwassergefahrenkarten NRW²⁹ für häufiges Hochwasser (HQ 10 – HQ 50)

Bei einem mittleren Hochwasser (HQ₁₀₀; Eintrittswahrscheinlichkeit im Mittel alle 100 Jahre) ist der Vorhabenbereich durch Schutzeinrichtungen (Rheindeich) geschützt. Bei Versagen der Schutzeinrichtungen wären die Flächen 0 – 4 m hoch überflutet.



²⁹ LANDESAMT FÜR NATUR, UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ NORDRHEIN-WESTFALEN (2019): WMS Hochwasser-Gefahrenkarte NRW – WMS. URL vom 10.03.2023: https://www.wms.nrw.de/umwelt/HW_Gefahrenkarte

Abb. 17: Auszug aus den Hochwassergefahrenkarten NRW³⁰ für mittleres Hochwasser (HQ 100)

Bei einem extremen Hochwasserereignis (Eintrittswahrscheinlichkeit im Mittel seltener als alle 100 Jahre) wird davon ausgegangen, dass die vorhandenen Hochwasserschutzeinrichtungen nicht mehr ausreichen. Im Geltungsbereich der vorliegenden Planung wären die Flächen dann >4 m hoch überflutet.

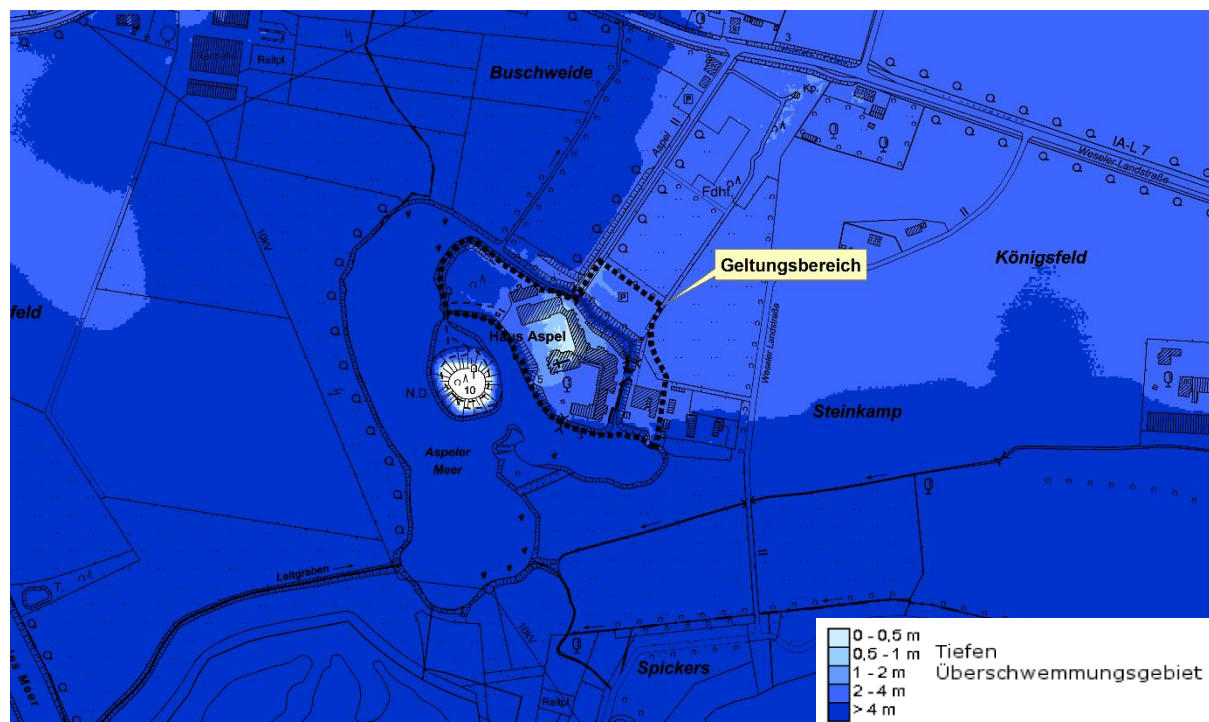


Abb. 18: Auszug aus der Hochwassergefahrenkarte NRW (HQ_{extrem})

Die Hochwasserrisikokarten werden auf Grundlage der Hochwassergefahrenkarten für dieselben Szenarien erstellt. Sie zeigen neben der reinen Ausdehnung des Hochwassers auch die hochwasserbedingten nachteiligen Auswirkungen, wie beispielsweise die Anzahl der Betroffenen Einwohner oder die Flächennutzung.

Das Plangebiet wäre nur bei einem extremen Hochwasserereignis betroffen.

Für ganz Rees wird für das Hochwasserszenario HQ_{extrem} eine Betroffenheit von 21.510 Einwohnern angegeben.

³⁰ LANDESAMT FÜR NATUR, UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ NORDRHEIN-WESTFALEN (2019): WMS Hochwasser-Gefahrenkarte NRW – WMS. URL vom 10.03.2023: https://www.wms.nrw.de/umwelt/HW_Gefahrenkarte

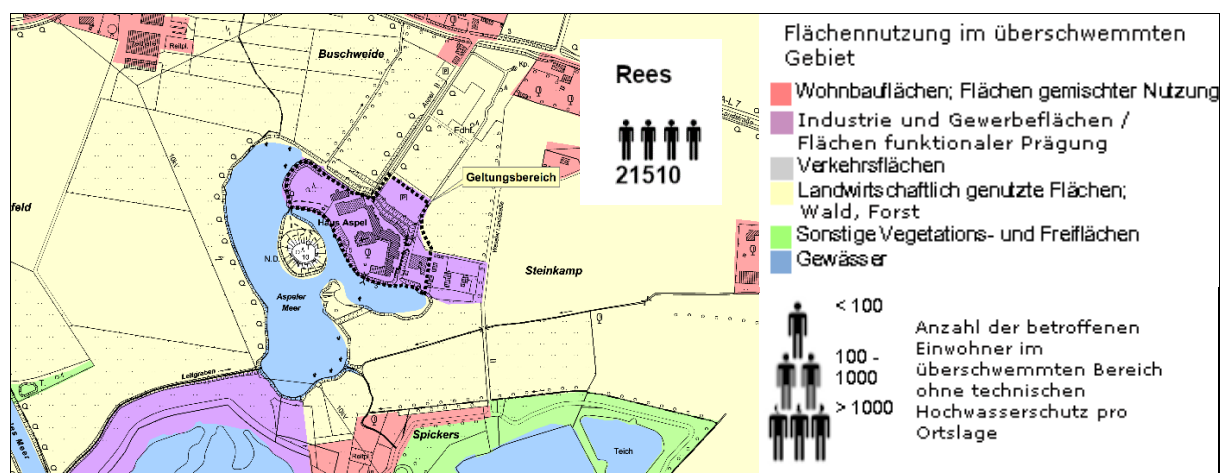


Abb. 19: Auszug Hochwasserrisikokarte NRW (HQ_{extrem})³¹

Starkregenkarte

Für die Stadt Rees liegt zwar eine kommunale Starkregenkarte³² vor. Die Außenbereiche wurden jedoch nicht erfasst. Daher wurde auf die Starkregengefahrenhinweis-Karte NRW³³ zurück gegriffen.

Der Darstellungsdienst der Starkregengefahrenhinweise stellt die Ergebnisse der Simulation von Starkregenereignissen für das Gebiet von Nordrhein-Westfalen (NRW) dar. Die Daten enthalten jeweils die maximalen Wasserstandshöhen und die maximalen Fließgeschwindigkeiten für ein seltenes und ein extremes Ereignis. Die Ergebnisse wurden auf der Grundlage eines 3D-Modells (DGM1 NRW), den ATKIS/ALKIS-Daten NRW, KOSTRA-Daten des DWD und weiteren ergänzenden Geodaten berechnet.

Diese landesweite Berechnung bietet einen Überblick über die Gefahrenbereiche von Starkregenereignissen für das Land NRW und kann für detailliertere Analysen als Basis dienen.

Bei einem seltenen Ereignis sind nur kleinere Bereiche im Nordwesten des Plangebietes 0,1 – 0,5 m überflutet.

³¹ LANDESAMT FÜR NATUR, UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ NORDRHEIN-WESTFALEN (2019): WMS Hochwasser-Risikokarte NRW – WMS. URL vom 24.01.2024: https://www.wms.nrw.de/umwelt/HW_Risikokarte

³² URL vom 24.01.2024: <https://www.stadt-rees.de/bauen-wirtschaft/umwelt/starkregen/>

³³

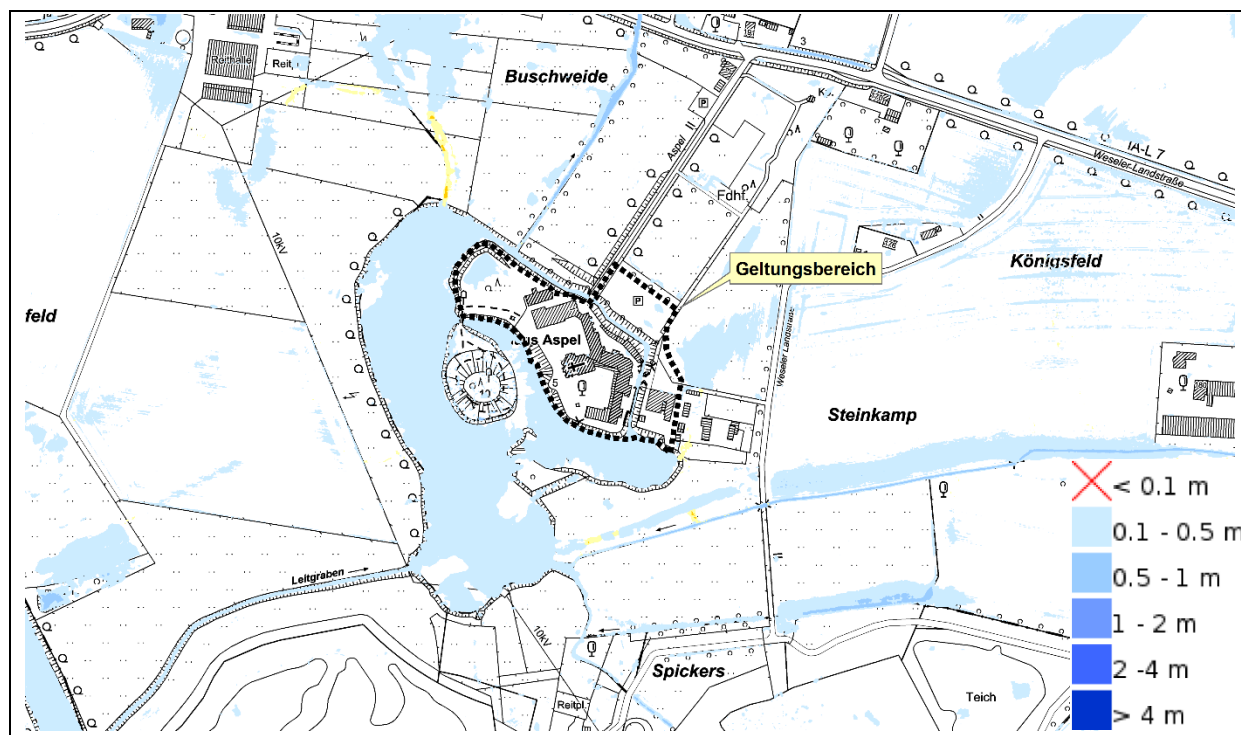


Abb. 20: Ausschnitt aus der Starkregengefahrenhinweiskarte NRW³⁴ (seltenes Ereignis)

Bei einem extremen Ereignis kommen kleinere Bereiche im Osten hinzu.

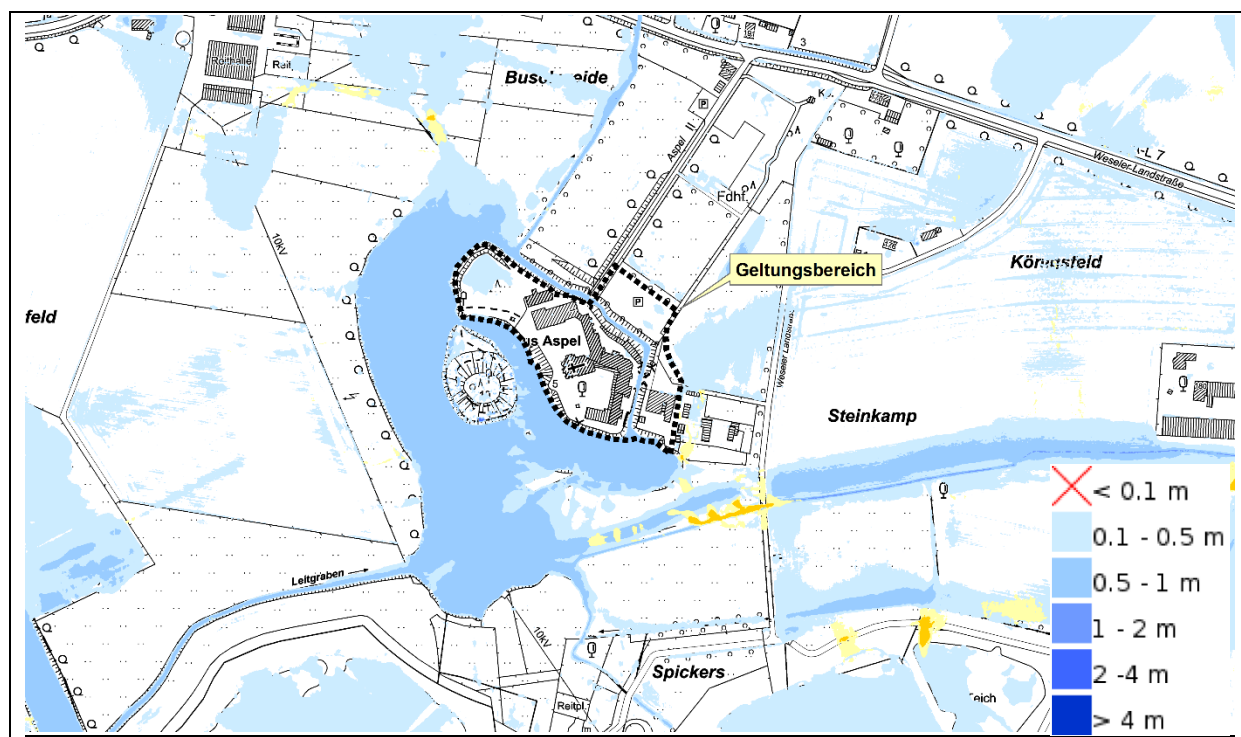


Abb. 21: Ausschnitt aus der Starkregengefahrenhinweiskarte NRW (extremes Ereignis)

³⁴ URL vom 24.01.2024: <https://www.geoportal-niederrhein.de>

Bewertung

Bei einem Extrem-Hochwasser besteht die Gefahr einer Überflutung durch Flusshochwasser von über 4 m. Bei einem Starkregenereignis sind kleinflächige Überflutungen mit Wasserständen von bis zu 50 cm errechnet worden. Aufgrund des Klimawandels wird die Wahrscheinlichkeit von Starkregen und für ein extremes Hochwasser zunehmen.

Im Plangebiet werden sich auch zukünftig Menschen aufhalten. Das Plangebiet weist daher eine hohe Empfindlichkeit gegenüber Hochwasser auf. Für die dort wohnenden und arbeitenden Menschen besteht bei einem extremen Hochwasser Lebensgefahr. Darüber hinaus würde ein Extrem-Hochwasser erhebliche Sachschäden verursachen.

1.6. Schutzgut Klima

1.6.1. Klimatische Situation

Bestand

Der Planungsraum gehört dem atlantischen Klimabereich „Niederrheinisches Tiefland“ an. Als kennzeichnende Faktoren dieses Großraumes sind relativ niederschlagsreiche Sommer und milde, schneearme Winter zu nennen.

Tab. 4: Klimadaten im Plangebiet

Parameter	Ergebnisse			
	2022	2021	2020	Klimanormalperiode 1991-2020
Lufttemperatur				
Durchschnittstemperatur Winter	5,0 °C	5,5 °C	4,3 °C	3,6 °C
Durchschnittstemperatur Sommer	19,8 °C	18,5 °C	19,2 °C	18,1 °C
Mittlerer Temperatur im Jahresmittel	12,1 °C	10,7 °C	12,1 °C	10,7 °C
Heiße Tage ($t_{\max} \geq 30 \text{ °C}$)	20	3	16	9
Eistage ($t_{\max} < 0 \text{ °C}$)	2	5	0	7
Niederschlag				
Niederschlagssumme im Jahresmittel	612 mm	783 mm	630 mm	755 mm
Starkniederschlagstage > 10 mm [Tage/Jahr]	17	19	13	20
Starkniederschlagstage > 20 mm [Tage/Jahr]	3	5	3	4
Starkniederschlagstage > 30 mm [Tage/Jahr]	0	2	0	1
Schneedeckentage [Tage/Jahr]	keine Daten	keine Daten	keine Daten	7
Sonnenschein				
Sonnenscheindauer	2017 h	1567 h	1822 h	1621 h

Weiterhin bietet der Datenbestand des LANUV Analysen der klimatischen Bestandssituation und Prognosen³⁵ im Hinblick auf thermische Belastungen der Bevölkerung.

Für das Plangebiet wird für den westlichen Teilbereich das Klimatop „Stadtrandklima“ und für den östlichen Teil das Klimatop „Vorstadtklima“ angegeben. Für das Aspeler Meer gilt das Klimatop „Gewässer-, Seenklima“ und für die übrige Umgebung „Freilandklima“.

Klimatope sind räumliche Einheiten, die mikroklimatisch einheitliche Gegebenheiten aufweisen. Das Mikroklima wird vor allem durch die Faktoren Flächennutzung, Bebauungsdichte, Versiegelungsgrad, Oberflächenstruktur, Relief sowie Vegetationsart beeinflusst.

Basierend auf den Klimatopen wurden unter Berücksichtigung weiterer Daten flächendeckend Klimaanalysekarte erstellt. Hierbei wird zwischen den thermischen Gegebenheiten im Tagesverlauf unterschieden, sodass sich eine Tages-Klimaanalysekarte und eine Nacht-Klimaanalysekarte ergibt. Die Karten zeigen die thermische Belastung anhand des PET-Wertes für Siedlungs- und Freiflächen.

Die PET (Physiologische Äquivalente Temperatur) ist nicht gleichzusetzen mit der Lufttemperatur, sondern entspricht einer „gefühlten“ Temperatur und ist ein Maß für die Beschreibung thermischer Behaglichkeit.

Aus den Tages- und Nachtanalysen kann eine Gesamtbetrachtung der thermischen Situation abgeleitet werden. Diese Gesamtbetrachtung zielt darauf ab, eine integrierte Bewertung der in den Karten dargestellten Sachverhalte im Hinblick auf planungsrelevante Belange vorzunehmen.

Insgesamt befindet sich die Vorhabenfläche somit in einem Bereich mit einer günstigen thermischen Situation.

³⁵ LANDESAMT FÜR NATUR, UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ NORDRHEIN-WESTFALEN (2018): Klimaanalyse Nordrhein-Westfalen. LANUV-Fachbericht 86. Stand Mai 2020 (korrigierte Fassung)

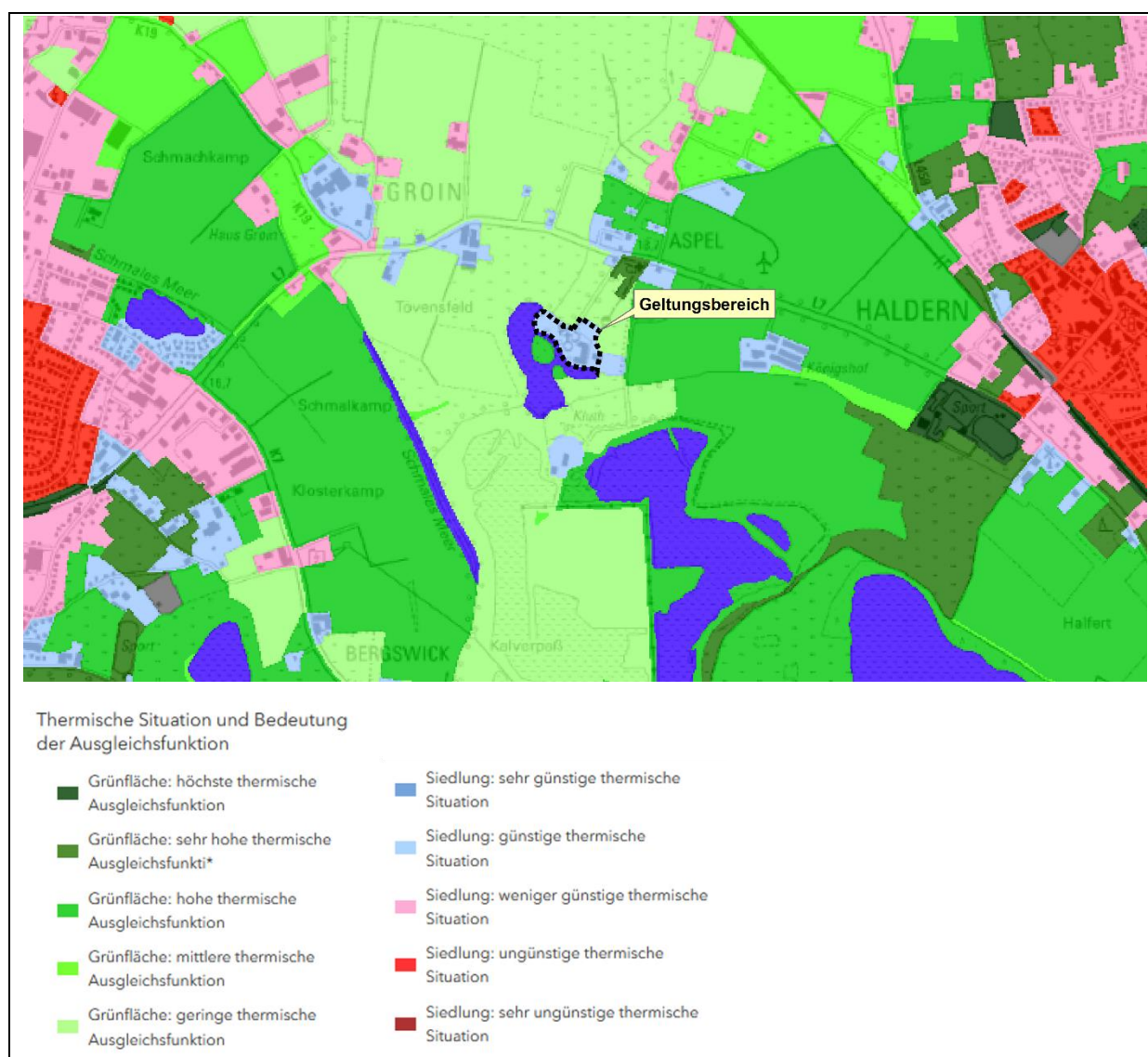


Abb. 22: Auszug aus der Klimaanalysekarte des LANUV – Klimaanalyse Gesamtbetrachtung, Ist-Zustand

Bewertung

Das Plangebiet wird dem Typ „Siedlung mit günstiger Thermischer Situation“ zugeordnet.

An dieser Funktion wird sich durch die 60. Änderung des Flächennutzungsplanes nichts ändern.

1.6.2. Auswirkungen des Klimawandels und städtebauliche Vorsorgemaßnahmen

Die Erderwärmung kann heute nicht mehr gänzlich aufgehalten werden – trotz der Anstrengungen zur Einsparung von Treibhausgasen im Sinne des Klimaschutzes. Extreme Hitzeperioden im Sommer setzen häufiger als früher den Bürgerinnen und Bürgern vor allem in den Städten zu. Orkanartige Stürme bedrohen den Baumbestand vieler Wälder, Parks und Grünanlagen. Starkregenereignisse stellen städtische Infrastrukturen vor neue Herausforderungen. Insgesamt nehmen die Risiken für verschiedene Lebens-, Umwelt- und Wirtschaftsbereiche

zu. Jahres- und Vegetationszeiten verschieben sich und heimische Tier- und Pflanzenarten werden verdrängt. Dies alles sind bereits heute sichtbare Folgen des Klimawandels.

Die Folgen des Klimawandels belasten nicht nur Leben und Gesundheit der Menschen und die Natur, sie verursachen auch enorme volkswirtschaftliche Schäden. So haben z.B. im Jahr 2021 extreme Niederschläge, Hochwasser und Sturzfluten eine Hochwasserkatastrophe ausgelöst - mit zuvor unvorstellbaren Folgen. Allein in Nordrhein-Westfalen sind in Folge der Niederschläge 49 Menschen zu Tode gekommen. Die Sachschäden gehen in die Milliarden. Hitze und Trockenheit im Jahre 2018 führten auf dem Rhein und anderen Flüssen zu außergewöhnlichen Niedrigwasserständen und infolgedessen zu drastischen Einschränkungen der Schifffahrt und zu Lieferengpässen. Auch Ernteaufschläge bzw. -mindererträge durch Dürreperioden oder Schädlingsbefall sowie Wald- und Feldbrände oder das Absterben von Baumbeständen erzeugen hohe Einbußen.

Neben dem globalen Klimaschutz sind daher auch regionale und lokale Anpassungen an den Klimawandel erforderlich. Am 1. Juli 2021 hat der nordrhein-westfälische Landtag ein Klimaschutzgesetz verabschiedet. Kern ist die Verpflichtung, bereits 2045 treibhausgasneutral zu wirtschaften. Um dieses Ziel zu erreichen, werden in den klimarelevanten Bereichen entsprechende Transformationsprozesse angestoßen. Bis 2030 sollen die Emissionen im Vergleich zum Jahr 1990 um 65 Prozent und bis 2040 um 88 Prozent sinken. 2045 soll das Land treibhausgasneutral wirtschaften³⁶.

Hinsichtlich der Starkregenereignisse hat die Landesregierung NRW im Dezember 2016 das „Konzept Starkregen“ beschlossen. Es gibt einen Überblick über die rechtlichen Instrumente, Handlungsfelder und Fördermöglichkeiten³⁷. Im Rahmen der kommunalen Entwässerung ist der Bau und Erhalt funktionstüchtiger Anlagen der Siedlungsentwässerung eine Grundvoraussetzung. Hierüber werden Niederschlagsmengen der Siedlungsentwässerung bis zur Bemessungsgrenze (meist statistische Jährlichkeiten von 5 bis 20 Jahren) der jeweiligen Anlagen zur Siedlungsentwässerung zuverlässig schadlosabgeleitet. Bei extremen Ereignissen spielen die Anlagen zur Siedlungsentwässerung für den Schutz vor Starkregen nur noch eine untergeordnete Rolle.

Um die Auswirkungen derartiger Starkregenereignisse zu minimieren, sind weitere Handlungsansätze in anderen Fachbereichen erforderlich. Notwendig ist eine stärkere Regenwasserretention. Im Rahmen der Bauleitplanung der Kommunen gehören u. a. dazu:

- Schaffung von gezielten Flutmulden bzw. -flächen
- Abflussführung in risikoarme Grundstücksbereiche
- Wasserdurchlässige Befestigung von Freiflächen
- Flächengestaltung bzw. -bepflanzung verwenden, die das Wegschwemmen (Erosion) des Bodens verhindert

Als Retentionsflächen bieten sich vom Grundsatz her alle Grünflächen an. Um die Funktion von Grünflächen als Retentionsflächen zu gewährleisten ist eine frühzeitige Einbeziehung dieser Fragestellung in die Gesamtplanung erforderlich. Dazu bietet sich die Erstellung von Gefahrenkarten unter Einbeziehung der Retentionsflächenplanung an.

³⁶ URL vom 07.08.2023: <https://www.klimaschutz.nrw.de/themen/ueberblick>

³⁷ MINISTERIUM FÜR BAUEN, WOHNEN, STADTENTWICKLUNG UND VERKEHR DES LANDES-NORDRHEIN WESTFALEN UND MINISTERIUM FÜR KLIMASCHUTZ, UMWELT, LANDWIRTSCHAFT, NATUR- UND VERBRAUCHERSCHUTZ DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN (2016): Konzept Starkregen NRW

Auch auf den Baugrundstücken bzw. am Gebäude selbst sind bei frühzeitiger Berücksichtigung Schutzmaßnahmen möglich. Dazu gehören:

- Dachbegrünung
- Versickerungsflächen auf dem Grundstück
- das Oberflächengefälle sollte nicht direkt auf Gebäude und Anlagen zulaufen
- Minimierung versiegelter Flächen
- Wasserdurchlässige Befestigung von Freiflächen (Wege, Stellplätze etc.)
- Abdeckvorrichtungen für Kellerlichtschächte
- Erhöhung der Lichtschachtoberkante
- Druckwasserdichte Kellerfenster
- Rückstausicherung, Rückstauklappen
- Ausbildung wasserdichter Kellerwände

Sollten zukünftig bauliche Maßnahmen im Bereich Haus Aspel anstehen, sind die oben aufgeführten Maßnahmen zu berücksichtigen.

1.7. Schutzgut Landschaft, Landschafts- und Ortsbild

1.7.1. Freizeit und Erholung

Bestand

Die Gebäude können nicht von innen besichtigt werden, aber die Kirche sowie der Außenbereich des Klosters stehen Besuchern offen.

Eine Nutzung des Aspeler Meeres ist nicht gegeben.

Bewertung

Da das Gelände von Haus Aspel nur bedingt frei zugänglich ist, hat es für die Naherholung und Freizeitnutzung nur eine geringe Bedeutung.

1.7.2. Landschaftsbild

Bestand

Haus Aspel liegt in einer Niederung am Aspeler Meer, einem Altrheingewässer. Der heutige Gebäudekomplex besteht aus barocken und neobarocken Wohngebäuden sowie einer neugotischen Klosterkirche. Der Gebäudekomplex ist aufgrund seiner Größe und des flachen, ebenen Geländes weit sichtbar und prägt damit das Landschaftsbild.

Bewertung

Haus Aspel hat eine sehr hohe kulturhistorische Bedeutung. Der Gebäudekomplex inklusive der Außenanlagen prägt die umgebende Landschaft und hat somit eine sehr hohe Bedeutung für das Landschaftsbild.

1.8. Schutzgut Kulturelles Erbe einschließlich der architektonisch wertvollen Bauten und archäologischen Schätze sowie sonstige Sachgüter

1.8.1. Einführung

Gemäß § 2 Denkmalschutzgesetz Nordrhein-Westfalen (DSchG NRW) sind Denkmäler Sachen, an deren Erhaltung und Nutzung ein öffentliches Interesse besteht. Ein öffentliches Interesse besteht, wenn die Sachen bedeutend für die Erdgeschichte, für die Geschichte des Menschen, für die Kunst- und Kulturgeschichte, für Städte und Siedlungen oder für die Entwicklung der Arbeits- und Produktionsverhältnisse sind und an deren Erhaltung und Nutzung wegen künstlerischer, wissenschaftlicher, volkskundlicher oder städtebaulicher Bedeutung ein Interesse der Allgemeinheit besteht.

Hierbei wird unter anderem unterschieden in Baudenkmäler, Denkmalbereiche, Gartendenkmäler und Bodendenkmäler. Zu den Bodendenkmälern zählen auch Zeugnisse tierischen oder pflanzlichen Lebens aus der erdgeschichtlichen Zeit, sowie Veränderungen und Verfärbungen in der natürlichen Bodenbeschaffenheit, die durch nicht mehr selbständig erkennbare Bodendenkmäler hervorgerufen worden sind.

Nach dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) sind Vorhabenträger verpflichtet, die Auswirkungen des Vorhabens auf die Umwelt zu ermitteln, zu beschreiben und zu bewerten. Die Ergebnisse der Umweltverträglichkeitsuntersuchung sind bei der Entscheidung über die Zulässigkeit des Vorhabens zu berücksichtigen. Hierzu gehören auch Auswirkungen auf die Kulturgüter als Bestandteile der historischen Kulturlandschaft, wie z. B. Bau- und Bodendenkmäler, Zeugnisse historischer Besiedlung, historische Wege, Sicht- oder Funktionsverbindungen, historische Landnutzungsformen wie Niederwälder und Streuwiesen oder daraus entstandene Landschaftselemente wie Knicks und Hohlwege. Die Kulturgüter genießen gesetzlichen Schutz³⁸

Für die Umweltprüfung sind vor allem Zeugnisse menschlichen Handelns relevant, die als solche für die Geschichte des Menschen bedeutungsvoll sind. Sie lassen sich z. B. als Orte oder als Objekte in der Kulturlandschaft lokalisieren und definieren. Dabei kann es sich um Einzelobjekte, aber auch um flächenhafte Ausprägungen oder räumliche Beziehungen bis hin zu kulturhistorisch schützenswerten Landschaftsteilen und Landschaften handeln. Hinzu kommen Güter, die die prähistorische Entwicklung bezeugen (z. B. Bodendenkmale). Weiterhin ist die Einbeziehung der optischen Auswirkungen eines Vorhabens von Bedeutung.

1.8.2. Archäologisches Erbe

1.8.2.1. Archäologische Bereiche

Die Archäologischen Bereiche sind die vom LVR-Amt für Bodendenkmalpflege im Rheinland definierten und räumlich abgegrenzten Bereiche mit regional bzw. landesbedeutenden paläontologischen, geoarchäologischen und archäologischen Relikten. Der Schwerpunkt liegt auf Erwartungsräumen bzw. Prognoseflächen, die nach wissenschaftlichen Kriterien erarbeitet

³⁸ UVP-GESELLSCHAFT E. V. HRSG. (2014): Kulturgüter in der Planung – Handreichung zur Berücksichtigung des Kulturellen Erbes bei Umweltprüfungen.

wurden und aus denen für die Zukunft weitere wichtige Informationen zur ältesten Siedlungsgeschichte des Planungsraumes gewonnen werden können. Die einzelnen Archäologischen Bereiche haben wertgebende Merkmale und spezifische Ausprägungen, wie z.B. römische Siedlungskammern oder urgeschichtliche Siedlungs- und Nutzungsgunsträume. Daher sind Überschneidungen von Archäologischen Bereichen nicht zu vermeiden. Damit unterscheiden sich die Archäologischen Bereiche von den Kulturlandschaftsbereichen (KLB). Qualitativ besitzen sowohl die Archäologischen Bereiche als auch die historischen Kulturlandschaften den gleichen Wertstatus³⁹.

Bestand

Das Plangebiet gehört zum archäologischen Bereich RPD II (Rhein). Im Fachbeitrag Kulturlandschaft heißt es dazu³⁹.

Archäologischer Nutzungsraum mit dem Rhein als bestimmendem Merkmal für die Entwicklung der Landschaft und der Kulturlandschaft im Rheinland. Terrassenlandschaft links und rechts des Rheins bietet durch fruchtbare Lössböden beste Voraussetzungen für eine agrarische Nutzung und damit verbundene Besiedlungen. In den Jungsteinzeiten und Metallzeiten bäuerliche Mischwirtschaft (u.a. Grünlandnutzung in den Auen) mit häufig einperiodigen Einzelgehöften. Neben agrarischer Nutzung Gewinnung und Verarbeitung anstehender Erze (Raseneisenerze). Rheinfurten u.a. bei Neuss / Düsseldorf (Düsselmündung), Naturpfade sowie Wegeverbindung entlang der Rheinniederung. Der Rhein dominierte als Gunst- und zugleich als Ungunsfaktor das anthropogene Verhalten. Bis zu den großen Rheinbegradigungen im 18./19. Jh. mehrfache Rheinverlagerungen mit Bildung von Altmäandern, Altarmen, Rheinschleifen und Rheinschlingen, Entstehung eines Mikroreliefs mit dadurch angepassten Besiedlungsstandorten. Rheinhochwässer bilden permanente Gefährdungen für die Ansiedlungen in Ufernähe. In den Auen und Altarmschleifen gute Erhaltungsbedingungen für geoarchäologische Relikte und Landnutzungsrelikte, wie Altdeiche mit ihren Zaunabdichtungen und Weidenmatten. Wichtige historische Funktionen als Grenzfluss, z.B. in der römischen Zeit (vgl. RPD I – Römischer Limes) und in der Neuzeit. Kreuzungspunkte der hochwasserfrei gelegenen rheinparallelen Wege mit wichtigen Ost-West verlaufenden Verbindungen beförderten dortige Siedlungsentwicklung. In ur- und frühgeschichtlicher Zeit dominiert Landverkehr, ab der römischen Zeit verstärkt Schiffsverkehr (militärisch zur Grenzsicherung und zivil). Mit der Industrialisierung verstärkter Ausbau der Rheinschifffahrt mit Anlage neuer Häfen sowie Erschließung durch die Eisenbahn, die auch die flussabwärts gelegenen Gebiete erschloss.

Bewertung

Die Schutzwürdigkeit bzw. Bedeutung der archäologischen Bereiche RPD II ist als hoch einzustufen. Das Haus Aspel hat für die Stadtgeschichte Rees eine besondere Bedeutung. Die Gebäude stehen nahezu komplett unter Denkmalschutz.

³⁹ LANDSCHAFTSVERBAND RHEINLAND HRSG. (2013): Fachbeitrag Kulturlandschaft zum Regionalplan Düsseldorf.

1.8.2.2. Bodendenkmäler

Bestand

Die seit dem 10. Jahrhundert als Sitz von Godzio, Graf von Aspel und Heimbach überlieferte Burg entstand auf einer 100 Meter langen und 75 Meter breiten Insel im Aspelschen Meer. Die Burg wurde auf einem künstlichen Hügel erbaut. Gräfin Irmgardis (-1064), die mit Gründung eines Stiftes auch die Grundlagen für die Stadt Rees schuf, vermachte dieses Stift und Haus Aspel an die Kölner Erzbischöfe. Die Burg blieb 1050 bis 1392 im Kölner Herrschaftsbereich und wurde dann von den Klever Grafen erobert. Bereits 1444 wurde die Burg abgebrochen. Im Spanischen Erbfolgekrieg (1701-14) wurden die noch erhaltenen Bauten zerstört. 1720 wurden zwei Flügel der Vorburg mit Torturm unter Verwendung mittelalterlicher Substanz schlossähnlich wiederaufgebaut. Zur Barockanlage von Haus Aspel gehört ein Taubenturm von 1708⁴⁰.

Nur noch durch Insel und Hügel im Aspelschen Meer ist die Lage der untergegangenen Burg erkennbar.

Es erfolgte eine Unterschutzstellung von Haus Aspel als Kombination von Bodendenkmal (Burghügel) und Baudenkmal (Barockflügel mit Torturm, neugotische Kapelle, Taubenturm).

Darüber hinaus wurde 1989 eine Denkmalbereichssatzung rechtskräftig. Die Satzung sollte zusätzlich zu allen Gebäuden durch Definition einer entsprechenden Schutzzone auch einen Umgebungsschutz für Haus Aspel konkretisieren. So wurde das ganze Aspelsche Meer, die Allee und die an der Straße Rees-Wesel in einem Waldgelände gelegene Kapelle in den Geltungsbereich der Satzung einbezogen.

Bewertung

Der eingetragene Denkmalbereich hat eine sehr hohe Bedeutung.

1.8.3. Bau- und kunsthistorisches Erbe

Bestand

Haus Aspel ist in der Liste der Baudenkmäler der Stadt Rees enthalten.

Darüber hinaus wurde 1989 eine Denkmalbereichssatzung rechtskräftig. Die Satzung sollte zusätzlich zu allen Gebäuden durch Definition einer entsprechenden Schutzzone auch einen Umgebungsschutz für Haus Aspel konkretisieren. So wurde das ganze Aspelsche Meer, die Allee und die an der Straße Rees-Wesel in einem Waldgelände gelegene Kapelle in den Geltungsbereich der Satzung einbezogen.

Bewertung

Der eingetragene Denkmalbereich hat eine sehr hohe Bedeutung (siehe auch Fotodokumentation im Anhang).

⁴⁰ Denkmalbereich „Rees - Haus Aspel“. In: KuLaDig, Kultur.Landschaft.Digital. URL: <https://www.kuladig.de/Objektansicht/BODEON-26576-12042017-266658> (Abgerufen: 5. Februar 2024)

1.8.4. Landschaftliches Erbe

Bestand

Das Plangebiet liegt im landesbedeutsamen Kulturlandschaftsbereich KLB RPD 048 Issel – Dingdener Heide (Rees).

Der Fachbeitrag⁴¹ führt dazu aus:

Kulturlandschaftsbereich (übergehend in den Kreis Wesel und in den Kreis Bocholt) mit zahlreichen historischen Elementgruppen: Kloster Aspel: in parkähnlich gestalteter Landschaft mit Insel der um 1000 errichteten Burg im Aspeler Meer.

– Haus Sonsfeld bei Haldern: Herrenhaus des 19. Jh. (anstelle des früheren Schlosses) mit Blauem Haus und Forsthaus in Waldparkanlage sowie Hoflandschaft Klein-Brahmel, angrenzend Haffensche Landwehr.

– Haldern: Neugotische kath. Pfarrkirche St. Georg.

– Battenbergturm bei Haldern: Spätgotischer Turm einer nicht weiter ausgeführten Wasserburg.

– Haffen: Kath. Pfarrkirche St. Lambertus (15. Jh.).

– Haus Averborth: Herrenhaus des 17. Jh. mit Grabenanlagen.

– Mehr: Historisches Dorf mit im Kern romanischer Pfarrkirche St. Vinzentius.

– Schloss Bellinghoven: Neubau des 18. Jh., im Kern Niederungsburg des 16. Jh.

– In urgeschichtlicher, römisch-germanischer und frühgeschichtlicher Zeit dichte Besiedlung und Landnutzung (Ackerflächen, seit der Eisenzeit auch Grünland; Gewinnung und Verarbeitung von Raseneisenerz), ausgedehnte Plaggeneschvorkommen bzw. künstliche Bodenaufträge mit guter Konservierung archäologischer Fundplätze; wüst gefallene Wasserburg Rosau..

Als spezifische Ziele und Leitbilder werden genannt:

- *Bewahren und Sichern der Elemente, Strukturen und Sichträume von Adelsitzen und Hofanlagen*
- *Bewahren des Kulturlandschaftsgefüges*
- *Bewahren überlieferter naturnaher Landschaftselemente*

Bewertung

Im Bundesnaturschutzgesetz ist der Kulturlandschaftsschutz in den Grundsätzen hervorgehoben. Unter § 1 (4) Nr. 1 des BNatSchG heißt es: „Naturlandschaften und historisch gewachsene Kulturlandschaften, auch mit ihren Kultur-, Bau- und Bodendenkmälern, vor Verunstaltung, Zersiedelung und sonstigen Beeinträchtigungen zu bewahren.“

Die Tatsache, dass Denkmäler und Denkmalbereiche, sowie historische Kulturlandschaften nicht (wieder-) herstellbar sind, gibt ihnen in der Abwägung mit anderen Belangen besonderes Gewicht.

⁴¹ LANDSCHAFTSVERBAND RHEINLAND HRSG. (2013): Fachbeitrag Kulturlandschaft zum Regionalplan Düsseldorf.

Die Schutzwürdigkeit bzw. Bedeutung der aufgeführten Kulturlandschaft ist als hoch bis sehr hoch einzustufen.

1.8.5. Sonstige Sachgüter

1.8.5.1. Landwirtschaft

Bestand

Im Plangebiet findet keine Landwirtschaft statt.

Bewertung

Die Fläche hat keine Bedeutung für die Landwirtschaft.

1.8.5.2. Forstwirtschaftliche Nutzung

Bestand

Im Plangebiet findet keine Forstwirtschaft statt.

Bewertung

Die Fläche hat keine Bedeutung für die Forstwirtschaft.

1.9. Wechselwirkungen

In jeder Landschaft existieren vielfältige Beziehungen zwischen den einzelnen Schutzgütern. Bei der Umweltprüfung sind diese Wechselwirkungen zu berücksichtigen. In Hinblick auf die Umweltprüfung sind Wechselwirkungen von Bedeutung, die zu Wirkungsverstärkung, -abschwächung oder -verlagerung von Belastungswirkungen führen können.

Die schutzgutbezogene Berücksichtigung der Wechselwirkungen baut auf den planungsrelevanten Erkennungskriterien für die einzelnen Schutzgüter auf. Die im Rahmen der Schutzguterfassung beschriebenen Sachverhalte reichen in der Regel aus, um die Wechselwirkungen zu beschreiben und die Auswirkungen auf sie ermitteln zu können.

In der folgenden Tabelle sind die wichtigsten Wechselbeziehungen dargestellt.

Tab. 5: Wechselwirkungen

Schutzgut	Funktion	Wechselwirkungen
Mensch und menschliche Gesundheit	<ul style="list-style-type: none"> - Wohnen - Erholung - Immissionsschutz - Gesundheit 	<ul style="list-style-type: none"> - Lebensraumverlust für Pflanzen durch Bebauung - Bedeutung der Ausstattung des Landschaftsraumes für die Erholung - Einfluss des Klimas und der Lufthygiene auf die Gesundheit - Betroffenheit aller Schutzgüter durch Nutzungsansprüche des Menschen

Pflanzen	<ul style="list-style-type: none"> - Biotopfunktion - Lebensraumfunktion für Tiere 	<ul style="list-style-type: none"> - Abhängig von den Standorteigenschaften (Klima, Boden, Wasser) - Vegetation als beeinflussender Faktor für Klima und Boden - Schadstoffakzeptor (Wirkungspfad Pflanze-Tier-Mensch) - Lebensraum für Tiere (unterschiedliche Habitatsprüche)
Tiere	<ul style="list-style-type: none"> - Lebensraumfunktion 	<ul style="list-style-type: none"> - Vegetations- und Biotopausstattung als Kriterium für das Vorkommen von Arten - Verbreitung von Tieren wird durch Boden, Wasser und Klima beeinflusst
Erhaltungs- ziele und Schutzzweck NATURA- 2000-Ge- biete	<ul style="list-style-type: none"> - Lebensraumfunktion für Tiere und Pflanzen - Bodenfunktion - Wasserhaushalt - Klimafunktion - 	<ul style="list-style-type: none"> - Betroffenheit der Erhaltungsziele und Schutzzwecke bei Inanspruchnahme von Natur-2000-Gebieten bzw. bei Veränderungen der Funktion der übrigen Schutzgüter
Fläche	<ul style="list-style-type: none"> - Lebensraumfunktion - Bodenfunktion - Wasserhaushalt - Klimafunktion - Luftqualität - Erholung - Orts- und Landschaftsbild 	<ul style="list-style-type: none"> - Betroffenheit aller Schutzgüter bei Inanspruchnahme von Flächen
Boden	<ul style="list-style-type: none"> - Produktionsfläche - Filterfunktion - Grundwasserneubildung - Geologische Ausgangssituation - Biotopentwicklung 	<ul style="list-style-type: none"> - Geologie und Ausgangssubstrat entscheidend für die Bodenbildung - Bodenfruchtbarkeit und Bearbeitbarkeit als Kriterium für die Landwirtschaft - Schadstofffilter und -puffer, Altlastenträger - Bedeutung für den Wasserhaushalt - Bedeutung für die Vegetation
Wasser	<ul style="list-style-type: none"> - Lebensraumfunktion - Grundwasserneubildung - Grundwasserschutz - Veränderung von Grundwasserständen 	<ul style="list-style-type: none"> - Lebensraum für Tiere und Pflanzen - Grundwasserneubildung abhängig von Klima, Boden und Vegetation - Transportmedium für Schadstoffe - Trinkwasserlieferant - Landschaftsgestaltung (Fließgewässer)
Klima/ Luft	<ul style="list-style-type: none"> - Ausgleichsfunktion - Regionalklima - Geländeklima - Klimaveränderung - Lufthygiene 	<ul style="list-style-type: none"> - Geländeklima als Standortfaktor für Pflanzen und Tiere - Geländeklima abhängig von Relief, Vegetation, Wasser und Nutzung - Luft als Schadstofftransportmedium - Bedeutung der Vegetation für die Luftreinhaltung

Orts-/ Land- schaftsbild	<ul style="list-style-type: none"> - Landschaftsbild - Kulturlandschaft 	<ul style="list-style-type: none"> - Abhängig von der Landschaftsausstattung - Abhängig von der Nutzung - Grundlage für das Vorkommen von Arten
Kultur-/ Sachgüter	<ul style="list-style-type: none"> - Kulturhistorische Bedeutung - Wirtschaftliche Bedeutung 	<ul style="list-style-type: none"> - Beeinträchtigung durch Schadstoffe - Bedeutung für Freizeit und Erholung - Vorkommen von Rohstoffen abhängig von Geologie, Wasser, Boden

Gesondert zu berücksichtigende Wechselwirkungen sind im vorliegenden Fall nicht zu erkennen.

1.10. Zusammenfassende Bewertung

Der heutige Flächennutzungsplan stellt den Geltungsbereich der 60. Änderung des Flächennutzungsplanes als Gemeinbedarfsfläche mit Anlagen für Kirche und kirchlichen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen sowie sozialen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen –Altenheim dar.

Das Plangebiet befindet sich Außenbereich. Andere zu Wohnzwecken genutzte Gebäude sind ca. 200 m entfernt. Ansonsten dominieren landwirtschaftlich genutzte Flächen. Haus Aspel ist über die Weseler Straße (L 7) an das überörtliche Verkehrsnetz angebunden. Eine Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr ist über den Bahnhof in Haldern sowie über die Buslinie 95 (Haltestelle Haus Aspel) an der Weseler Straße gegeben.

Bei Haus Aspel handelt es sich um eine Einzellage mit größerem Abstand zu anderen zu Wohnzwecken genutzten Gebäuden. Hinsichtlich der aufgeführten Faktoren Lärm, Luftverschmutzung und Licht ergeben sich keine Beeinträchtigungen, die von Haus Aspel ausgehen bzw. von außen auf das Plangebiet einwirken.

Das Plangebiet ist Teil eines Landschaftsschutzgebietes. Weiterhin sind im Umfeld geschützte bzw. schutzwürdige Gebiete vorhanden. Auch ist das Vorkommen von seltenen bzw. planungsrelevanten Tierarten mit hoher Wahrscheinlichkeit zumindest im näheren Umfeld zu erwarten.

Aufgrund der bereits vorhandenen Bebauung sind keine naturnahen schutzwürdigen Böden vorhanden.

Fließgewässer bzw. stehende Gewässer sind mit Ausnahme des Gebäudekomplexes umgebenden Graben im Plangebiet nicht vorhanden, grenzen jedoch unmittelbar an das Plangebiet (z. B. Aspeler Meer). Das Aspeler Meer ist als Naturschutzgebiet ausgewiesen und hat damit einen hohen Schutzwert.

Es sind im Umkreis von ca. 2 km keine Wasserschutzgebiete vorhanden.

Bei einem extremen Hochwasserereignis (Eintrittswahrscheinlichkeit im Mittel seltener als alle 100 Jahre) wird davon ausgegangen, dass die vorhandenen Hochwasserschutzanlagen nicht mehr ausreichen. Im Geltungsbereich der vorliegenden Planung wären die Flächen dann >4 m hoch überflutet. Auch bei Starkregen ergibt sich zumindest eine geringfügige Betroffenheit.

Der Planungsraum gehört dem atlantischen Klimabereich „Niederrheinisches Tiefland“ an. Als kennzeichnende Faktoren dieses Großraumes sind relativ niederschlagsreiche Sommer und milde, schneearme Winter zu nennen. Insgesamt befindet sich die Vorhabenfläche somit in einem Bereich mit einer günstigen thermischen Situation.

Da das Gelände von Haus Aspel nur bedingt frei zugänglich ist, hat es für die Naherholung und Freizeitnutzung nur eine geringe Bedeutung.

Haus Aspel hat eine sehr hohe kulturhistorische Bedeutung. Der Gebäudekomplex inklusive der Außenanlagen prägt die umgebende Landschaft und hat somit eine sehr hohe Bedeutung für das Landschaftsbild.

Haus Aspel ist in der Liste der Baudenkmäler der Stadt Rees enthalten. Darüber hinaus wurde 1989 eine Denkmalbereichssatzung rechtskräftig. Die Satzung sollte zusätzlich zu allen Gebäuden durch Definition einer entsprechenden Schutzzone auch einen Umgebungsschutz für Haus Aspel konkretisieren. So wurde das ganze Aspelsche Meer, die Allee und die an der Straße Rees-Wesel in einem Waldgelände gelegene Kapelle in den Geltungsbereich der Satzung einbezogen. Der eingetragene Denkmalbereich hat eine sehr hohe Bedeutung.

2. Prognose über die Entwicklung des Umweltzustandes bei Durchführung bzw. Nichtdurchführung der Planung

2.1. Voraussichtliche Umweltauswirkungen bei Nichtdurchführung der Planung

Da für den Geltungsbereich kein gültiger Bebauungsplan vorliegt, hat bei Nichtdurchführung der Planung der gültige Flächennutzungsplan weiterhin seine Gültigkeit. Die aktuell vorhandene Darstellung als Gemeinbedarfsfläche mit Anlagen für Kirche und kirchlichen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen sowie sozialen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen –Altenheim hätte weiterhin Gültigkeit.

Eine Nutzungsänderung, wie sie mit der 60. Änderung des Flächennutzungsplanes verbunden ist, wäre jedoch nicht möglich.

2.2. Voraussichtliche Umweltauswirkungen bei Durchführung der Planung

2.2.1. Einführung

Geplant ist die Darstellung als Mischbaufläche. In der Mischbaufläche werden die folgenden Nutzungen ausgeschlossen: Tankstellen und Vergnügungsstätten. Die mit der 60. Änderung des Flächennutzungsplanes verbundene Nutzungsänderung hat keine unmittelbaren Auswirkungen auf den Gebäudebestand bzw. auf die vorhandenen Grünflächen inklusive Gehölzbeständen im Plangebiet.

Mit der Nutzungsänderung kann es aber zu einem erhöhten Besucheraufkommen kommen. Es sind insbesondere Störungen durch eine verstärkte optische Präsenz von Personen zu berücksichtigen. Diese Präsenz kann für sensible Fauna-Arten (vor allem Vögel und auch Säugetiere) einen ernstzunehmenden und relevanten Störfaktor darstellen.

Bezogen auf die 60. Änderung des Flächennutzungsplanes treten keine baubedingten oder anlagebedingten Wirkfaktoren auf. Die betriebsbedingten Wirkfaktoren (potenziell erhöhte Störwirkungen durch zusätzliche Besucher) sind aber zu berücksichtigen.

2.2.2. Bau und Vorhandensein des Vorhabens einschließlich Abrissarbeiten

Die 60. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Rees führt zu keinen baulichen Veränderungen. Für die Sanierung des denkmalgeschützten Landhauses bzw. einer angedachten kleinteiligen, arrondierenden Neubebauung ist eine separate Baugenehmigung bzw. die Aufstellung eines Bebauungsplanes erforderlich. Im Rahmen dieser Verfahren sind Artenschutzrechtliche Fragestellungen sowie die naturschutzrechtliche Eingriffsregelung zu berücksichtigen. Ansonsten sind keine baulichen Veränderungen vorgesehen.

Auch die Außenanlagen (Grünflächen, Gehölzbestände etc.) erfahren keine Veränderungen. Somit führt die 60. Änderung des Flächennutzungsplanes zu keinen Auswirkungen, die hinsichtlich des Baus, des Vorhandensein des Vorhabens bzw. Abrissarbeiten zu berücksichtigen wären.

2.2.3. Nutzung der natürlichen Ressourcen

Die mit der 60. Änderung des Flächennutzungsplanes verbundene Nutzungsänderung kann zu einer vermehrten Präsenz von Personen auf dem Gelände von Haus Aspel führen. Dies kann zu erhöhten visuellen und akustischen Störungen der Tierwelt führen.

Diese Präsenz kann für sensible Fauna-Arten (vor allem Vögel und auch Säugetiere) einen relevanten Störfaktor darstellen. Somit ist das Schutzgut Tiere betroffen. Zu berücksichtigen sind aber die bereits heute auftretenden Störwirkungen durch Besucher.

Eine detaillierte Beschreibung der Auswirkungen auf die Schutzgüter erfolgt in Kapitel 2.3.

2.2.4. Art und Menge an Emissionen

Schadstoffe

Da keine baulichen Veränderungen mit der 60. Änderung des Flächennutzungsplanes verbunden sind, entstehen auch keine baubedingten Schadstoffe. Eine eventuelle Zunahme betriebsbedingter Schadstoffe (Luftschadstoffe) durch vermehrte motorisierte Besucher (PKW-Verkehr) bzw. eine intensivere Nutzung der Gebäude (Beheizung der Räume) ist zu vernachlässigen.

Lärm

Durch die geplante Nutzungsänderung und einer damit verbundenen eventuell erhöhten Präsenz von Personen auf dem Gelände kann es zu erhöhten Geräuschbelastungen kommen. Aufgrund der Art der geplanten Nutzungsänderung ist jedoch nicht mit einer erheblichen Beeinträchtigung zu rechnen.

Erschütterungen

Da mit der 60. Änderung des Flächennutzungsplanes keine baulichen Maßnahmen verbunden sind, treten auch keine zusätzlichen Erschütterungen auf.

Licht

Lichtemissionen entstehen vorwiegend betriebsbedingt durch die Gebäude- und Wegebeleuchtung. Eine nächtliche Beleuchtung kann negative Auswirkungen auf z. B. lichtempfindliche Fledermäuse und Insekten haben. Zusätzliche Außenbeleuchtungen des Geländes sind aber mit der vorliegenden Planung nicht vorgesehen.

Wärme

Durch die Beheizung der Gebäude wird Wärme in die Umwelt abgegeben. Da die Gebäude bisher bereits genutzt und damit beheizt wurden, ändert sich an der bestehenden Situation nichts.

Strahlung

Es sind keine baulichen Veränderungen vorgesehen. Daher ergeben sich auch keine zusätzlichen Belastungen durch Strahlungen.

Verursachung von Belästigungen

Über die bereits beschriebenen möglichen Beeinträchtigungen sind keine weitergehenden Belästigungen erkennbar.

2.2.5. Art und Menge der erzeugten Abfälle und ihrer Beseitigung und Verwertung

Es entstehen keine baubedingten Abfälle.

Grundlage für die Abwasser- und Abfallentsorgung sind die gültigen Satzungen und Verordnungen der Stadt Rees. Der Umgang mit Abfällen und Abwasser erfolgt gemäß den bestehenden gesetzlichen Regelungen. Dadurch ist ein sachgerechter Umgang sichergestellt.

2.2.6. Risiken für die menschliche Gesundheit, das kulturelle Erbe oder die Umwelt

Neben den bereits genannten Beeinträchtigungen sind darüber hinausgehende Risiken für die menschliche Gesundheit, das kulturelle Erbe oder die Umwelt aufgrund der vorgesehenen Nutzung nicht zu erwarten.

2.2.7. Kumulierung von Auswirkungen mit anderen Vorhaben

Aktuell sind keine Bauleitplanverfahren im Umfeld der Vorhabenfläche geplant. Auch sonstige Planverfahren im Umfeld der Vorhabenfläche sind nicht bekannt.

2.2.8. Auswirkungen auf das Klima und Anfälligkeit gegenüber den Folgen des Klimawandels

Jede weitere Freisetzung von Treibhausgasen (insbesondere CO₂) führt zu einer weiteren Belastung des Klimas und zu einer Verstärkung des Klimawandels.

Infolge des Klimawandels kann es zu extremeren Wetterereignissen kommen. Sowohl Trockenperioden als auch Starkregenereignisse aber auch Stürme können dadurch zunehmen. Bei Starkregenereignissen muss mit Überflutungen gerechnet werden.

Bei einem extremen Hochwasserereignis (Eintrittswahrscheinlichkeit im Mittel mehr als alle 100 Jahre) wird davon ausgegangen, dass die vorhandenen Hochwasserschutzeinrichtungen

nicht mehr ausreichen. Im Geltungsbereich der vorliegenden Planung wären die Flächen dann > 4 m hoch überflutet. Mit zunehmendem Klimawandel kann die Wahrscheinlichkeit eines solchen Ereignisses sich ändern.

Für einige Flächen im Plangebiet besteht zudem ein Schadensrisiko durch Starkregen. Es findet aber keine zusätzliche Versiegelung statt.

Insgesamt sind die Auswirkungen für das Klima aufgrund der Größenordnung des Plangebietes gering. Die Anfälligkeit gegenüber den Folgen des Klimawandels ist vergleichbar mit den umliegenden Gebieten.

2.2.9. Eingesetzte Stoffe und Techniken

Die eingesetzten betriebsbedingten Stoffe und Techniken haben den aktuellen gesetzlichen Vorschriften zu entsprechen. Daher sind keine erheblichen Auswirkungen auf die Umwelt zu erwarten.

2.2.10. Grenzüberschreitende Auswirkungen des Vorhabens

Aufgrund des Charakters des Vorhabens und der geografischen Lage sind grenzüberschreitende Auswirkungen ausgeschlossen

2.2.11. Übereinstimmung mit regional- und landesplanerischen Zielen

Eine Abstimmung mit der Bezirksregierung Düsseldorf und dem Kreis Kleve hat stattgefunden. Die Voraussetzungen für eine Änderung des Flächennutzungsplanes sind damit gegeben.

2.3. Prognose über die Entwicklung des Umweltzustandes bei Durchführung der Planung

2.3.1. Auswirkungen auf das Schutzgut Mensch und menschliche Gesundheit

Die Nutzungsänderung kann zu einer Zunahme der Besucher auf dem Gelände von Haus Aspel führen. Dabei muss aber berücksichtigt werden, dass bereits heute eine Nutzung auf dem Areal von Haus Aspel stattfindet. Eine Besucherzunahme führt z. B. zu mehr Verkehr und zu mehr Lärm. Eine quantitative Einschätzung ist aufgrund der vorliegenden Daten nicht möglich, dürfte sich aber in engen Grenzen halten.

Die 60. Änderung des Flächennutzungsplanes hat insgesamt keine wesentlichen negativen Auswirkungen auf das Schutzgut Mensch und menschliche Gesundheit.

2.3.2. Auswirkungen auf das Schutzgut Pflanzen, Tiere und biologische Vielfalt

Eine mögliche Zunahme der Besucherzahlen kann Störungen durch eine verstärkte optische Präsenz von Personen auf dem Gelände von Haus Aspel führen. Diese Zunahme der Präsenz kann für sensible Fauna-Arten (vor allem Vögel und auch Säugetiere) relevanten Störfaktor darstellen.

Auswirkungen von Störungen z. B. auf Vögel können sein: Stressreaktionen und Veränderungen physiologischer Parameter (Herzschlagrate, Stresshormonlevel), Verhaltensänderungen wie Sichern und Warnen (dadurch ggf. reduzierte Nahrungsaufnahme), Flucht, Meidung (Veränderung von räumlich-zeitlichen Aktivitätsmustern). Durch diese Reaktionen können Überlebenswahrscheinlichkeiten von Individuen verringert werden (Prädation von Eiern oder Jungvögeln, Unterkühlung oder Überhitzung im Nest (negativer Einfluss auf Energiebilanzen). Schließlich kann es zu Verlust oder Entwertung von (Teil-)Habitaten und in der Folge zum Rückgang von Gebietsbeständen (lokalen Populationen) kommen. Spill-over Effekte sind bekannt, so können Störungen und schlechte Kondition im Winterquartier den Bruterfolg der nächsten Saison beeinflussen.

Da aber bereits heute eine Nutzung der Außenanlagen von Haus Aspel stattfindet, ist eine Vorbelastung gegeben. Aufgrund der heutigen bzw. der geplanten Nutzungsformen ist von einem eher geringfügigen Störfaktor durch Präsenz von Menschen auszugehen.

Der artenschutzrechtliche Fachbeitrag kommt daher zu dem Ergebnis, dass das Vorhaben keine Verbotstatbestände gem. § 44 BNatSchG auslöst. Erhebliche Beeinträchtigungen sind daher nicht zu erwarten. Nähere Hinweise zu planungsrelevanten Arten sind im artenschutzrechtlichen Fachbeitrag enthalten⁴².

2.3.3. Auswirkungen auf das Schutzgut Fläche

Es finden keine zusätzlichen Versiegelungen statt. Negative Auswirkungen auf das Schutzgut Fläche sind daher nicht gegeben.

2.3.4. Auswirkungen auf das Schutzgut Boden

Es finden keine baulichen Maßnahmen statt. Auch sonstige Eingriffe in Boden sind nicht vorgesehen. Daher wird das Schutzgut Boden nicht beeinträchtigt.

2.3.5. Auswirkungen auf das Schutzgut Wasser

Es finden keine baulichen Maßnahmen statt. Auch sonstige Eingriffe in das Grundwasser oder in Oberflächengewässer sind nicht vorgesehen. Daher wird das Schutzgut Wasser nicht beeinträchtigt.

Die ordnungsgemäße Ableitung von Abwässern aus dem Plangebiet ist bereits heute sicherzustellen.

2.3.6. Auswirkungen auf das Schutzgut Klima

Eine mögliche Erhöhung der Besucherzahlen führt zu mehr Verkehr und einer intensiveren Nutzung (Beheizung) der Gebäude. Dadurch entstehen zusätzlich klimaschädliche Abgase.

Die Auswirkungen auf das Schutzgut Klima sind jedoch gering.

⁴² OEKOPLAN INGENIEURE GMBH & CO. KG (2024): 60. Änderung des Flächennutzungsplanes zur Änderung einer Gemeinbedarfsfläche in Mischbaufläche der Stadt Rees. Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag.

2.3.7. Auswirkungen auf das Schutzgut Landschaft und Erholung

Die Bausubstanz sowie die Grünflächen und Gehölze bleiben erhalten. Zusätzliche Baumaßnahmen sind nicht vorgesehen. Daher ändert sich das Landschaftsbild nicht. Auch die Erholungsfunktion in der umgebenden Landschaft bleibt erhalten.

2.3.8. Auswirkungen auf das Schutzgut Kultur und sonstige Sachgüter

Bauliche Veränderungen an denkmalgeschützten Gebäuden finden nicht statt. Auch das Bodendenkmal wird nicht überplant. Daher sind keine negativen Auswirkungen auf das Schutzgut Kultur und sonstige Sachgüter zu erwarten.

2.3.9. Auswirkungen auf Schutzgebiete

Natura 2000 – Gebiete

Angrenzend an das Plangebiet liegt das Vogelschutzgebiet Unterer Niederrhein. Es führen keine Wege oder Straßen von Haus Aspel in die angrenzenden Flächen des Vogelschutzgebietes. Somit sind unmittelbare Störwirkungen auf den Flächen des Vogelschutzgebietes nicht möglich.

Durch die abschirmende Wirkung der vorhandenen Gehölze auf dem Areal von Haus Aspel ist eine visuelle Beeinträchtigung des Vogelschutzgebietes ebenfalls ausgeschlossen, da die Gehölze entlang des äußeren Geltungsbereiches stehen. Dadurch ergeben sich auch nur geringfügige zusätzliche akustische Störwirkungen.

Naturschutzgebiete

Angrenzend an das Plangebiet liegt das Naturschutzgebiet NSG Aspeler-Schmales Meer. Es finden keine Nutzungen dieses Gebietes statt, die von Haus Aspel ausgehen. Das Aspeler Meer ist vergleichbar dem Vogelschutzgebiet durch Gehölzbestände vom Plangebiet abgeschirmt. Durch die abschirmende Wirkung der vorhandenen Gehölze ist eine visuelle Beeinträchtigung ausgeschlossen. Dadurch ergeben sich auch nur geringfügige zusätzliche akustische Störwirkungen.

Landschaftsschutzgebiete

Das Plangebiet ist Teil des Landschaftsschutzgebietes „LSG im Bereich der Rees-Bislicher-Rheinniederung einschließlich der Reeser Rheinaue“. Die im Kapitel 1.2.1.3 aufgeführten Schutzziele werden durch die 60. Änderung des Flächennutzungsplanes nicht berührt.

Gesetzlich geschützte Biotope

Im Plangebiet befinden sich keine gesetzlich geschützten Biotope. Das nächstgelegene ausgewiesene Biotop liegt ca. 500 m westlich von Haus Aspel (Schmales Meer). Beeinträchtigungen können daher ausgeschlossen werden.

Flächen des Biotopkatasters und Biotopverbundflächen

Die Schutzziele dieser schutzwürdigen Flächen werden nicht berührt.

Geschützte Landschaftsbestandteile und Naturdenkmale

Die Schutzziele dieser Objekte werden nicht berührt.

Sonstige Schutzgebiete

Eine Beeinträchtigung sonstiger Schutzgebiete kann ebenfalls ausgeschlossen werden.

2.3.10. Wechselwirkungen

Abgesehen von den bereits beschriebenen Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern sind durch das Vorhaben keine weiteren Auswirkungen zu erwarten.

2.3.11. Artenschutzrechtliche Auswirkungen

Im Rahmen des geplanten Vorhabens wurde ein Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag erarbeitet⁴³. Die Prüfung erfolgte auf der Grundlage vorhandener Daten zu planungsrelevanten Arten, die durch das Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW (LANUV) herausgegeben werden. Zusätzlich wurde das Gelände in Augenschein genommen.

Geplant ist die Darstellung als Mischbaufläche. Die mit der 60. Änderung des Flächennutzungsplanes verbundene Nutzungsänderung hat keine unmittelbaren Auswirkungen auf den Gebäudebestand bzw. auf die vorhandenen Grünflächen inklusive Gehölzbeständen im Plangebiet.

Mit der Nutzungsänderung kann es zu einem erhöhten Besucheraufkommen kommen. Es sind insbesondere Störungen durch eine verstärkte optische Präsenz von Personen zu berücksichtigen. Diese Präsenz kann für sensible Fauna-Arten (vor allem Vögel und auch Säugetiere) einen ernstzunehmenden und relevanten Störfaktor darstellen.

Auswirkungen von Störungen auf Vögel können sein: Stressreaktionen und Veränderungen physiologischer Parameter (Herzschlagrate, Stresshormonlevel), Verhaltensänderungen wie Sichern und Warnen (dadurch ggf. reduzierte Nahrungsaufnahme), Flucht, Meidung (Veränderung von räumlich-zeitlichen Aktivitätsmustern). Durch diese Reaktionen können Überlebenswahrscheinlichkeiten von Individuen verringert werden (Prädation von Eiern oder Jungvögeln, Unterkühlung oder Überhitzung im Nest (negativer Einfluss auf Energiebilanzen). Schließlich kann es zu Verlust oder Entwertung von (Teil-)Habitaten und in der Folge zum Rückgang von Gebietsbeständen (lokalen Populationen) kommen. Spill-over Effekte sind bekannt, so können Störungen und schlechte Kondition im Winterquartier den Bruterfolg der nächsten Saison beeinflussen.

Das durch die 60. Änderung des Flächennutzungsplanes möglicherweise auftretende erhöhte Störpotenzial ist aufgrund der geplanten Nutzungsformen nicht erheblich, zumal bereits heute die Gebäude von Haus Aspel sowie die Außenanlagen von Besuchern genutzt werden.

Der Artenschutzrechtliche Fachbeitrag kommt daher zu dem Ergebnis, dass keine wesentliche Beeinträchtigung planungsrelevanter Arten stattfindet.

⁴³ OEKOPLAN INGENIEURE GMBH & CO. KG (2024): 60. Änderung des Flächennutzungsplanes zur Änderung einer Gemeinbedarfsfläche in Mischbaufläche der Stadt Rees. Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag.

2.4. Zusammenfassende Auswirkungsprognose

Das bestehende Planungsrecht lässt bereits heute eine Bebauung und eine damit verbundene Nutzung der bestehenden Gebäude zu.

Die mit der 60. Änderung des Flächennutzungsplanes verbundene Nutzungsänderung hat keine unmittelbaren Auswirkungen auf den Gebäudebestand. Auch die Außenanlagen (Grünflächen, Gehölzbestände etc.) erfahren keine Veränderungen.

Baubedingte und anlagenbedingte Wirkfaktoren scheiden somit aus. Daher sind auch keine Eingriffe in die Schutzgüter, Boden, Wasser, Fläche, Landschaft und Kultur- und Sachgüter zu verzeichnen.

Zu berücksichtigen sind daher nur betriebsbedingte Wirkfaktoren.

Die mit der 60. Änderung des Flächennutzungsplanes verbundene Nutzungsänderung kann zu einer vermehrten Präsenz von Personen auf dem Gelände von Haus Aspel führen. Dies kann zu erhöhten visuellen und akustischen Störungen der Tierwelt führen. Diese Präsenz kann für sensible Fauna-Arten (vor allem Vögel und auch Säugetiere) einen relevanten Störfaktor darstellen. Da aber bereits heute eine Nutzung der Außenanlagen von Haus Aspel stattfindet, ist eine Vorbelastung gegeben. Aufgrund der heutigen bzw. der geplanten Nutzungsformen ist von einem eher geringfügigen Störfaktor durch Präsenz von Menschen auszugehen. Somit kann insgesamt von einer nur geringfügigen zusätzlichen Störwirkung für empfindliche Tierarten ausgegangen werden.

3. Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich nachteiliger Umweltauswirkungen

(Anlage 1 Nr. 2 Buchstabe c BauGB)

3.1. Maßnahmen zur Vermeidung und Verringerung nachteiliger Umweltauswirkungen

Folgende Maßnahmen tragen zur Vermeidung und Verminderung nachteiliger Umweltauswirkungen bei:

Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt

- Naturnahe Pflege der Grünflächen
- Vermeidung von Lichtemissionen durch eine angepasste und bedarfsorientierte Beleuchtung unter Verwendung insektenfreundlicher Leuchtmittel
- Vermeidung von Außenveranstaltungen mit erhöhten akustischen oder visuellen Störwirkungen

Fläche

- keine

Boden

- keine

Wasser

- keine

Luft und Klima

- keine

Landschaftsbild

- keine

Natura-2000-Gebiete

- Keine

Wirkungsgefüge

- Keine zusätzlichen Maßnahmen erforderlich

Mensch, Gesundheit und Bevölkerung

- keine

Kultur- und Sachgüter

- keine

3.2. Maßnahmen zum Ausgleich

Mit der 60. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Rees sind keine Eingriffe in Natur und Landschaft verbunden. Daher entfallen Maßnahmen zum Ausgleich.

4. Prüfung anderweitiger Planungsmöglichkeiten

(Anlage 1 Nr. 2 Buchstabe d BauGB)

In einem Umweltbericht müssen die in Betracht kommenden anderweitigen Planungsalternativen unter Berücksichtigung der planungsrechtlichen Vorgaben des Regionalplanes und des Flächennutzungsplanes betrachtet werden. Die Prüfung anderweitiger Planungsmöglichkeiten bezieht sich räumlich gesehen auf das Stadtgebiet Rees.

Die 60. Änderung des Flächennutzungsplanes ist objektbezogen. Daher sind räumliche Alternativen nicht möglich.

5. Beschreibung der erheblichen nachteiligen Auswirkungen

Die Planung hat keine erheblichen nachteiligen Auswirkungen. Bereits der bestehende Flächennutzungsplan geht von einer Nutzung des Plangebietes aus.

III. Zusätzliche Angaben**1. Verwendete Verfahren und Hinweise auf Schwierigkeiten**

(Anlage 1 Nr. 3 Buchstabe a BauGB)

Die Umweltprüfung bezieht sich auf das, was nach gegenwärtigem Wissensstand und allgemein anerkannten Prüfmethode sowie nach Inhalt und Detaillierungsgrad des Flächennutzungsplanes angemessenerweise verlangt werden kann. Eine Beurteilung der zu erwartenden Auswirkungen und Beeinträchtigungen der Schutzgüter wurde in Form einer Konfliktanalyse

vollzogen. Hierbei konnten fast ausschließlich qualitative Aussagen zu möglichen umwelterheblichen Beeinträchtigungen getroffen werden.

Ansonsten standen ausreichende Unterlagen und aktuelle Daten für die Erstellung des Umweltberichtes zur Verfügung. Die Schutzgüter konnten ausreichend beschrieben und ihre Wechselwirkungen analysiert werden.

2. Maßnahmen zur Überwachung

(Anlage 1 Nr. 3 Buchstabe b BauGB)

Gemäß § 4c BauGB sind die Gemeinden verpflichtet, die erheblichen Umweltauswirkungen, die aufgrund der Durchführung der Bauleitpläne eintreten, zu überwachen. Bestandteil dieses Umweltberichtes sind daher Maßnahmen zur Überwachung, um frühzeitig unvorhergesehene nachteilige Auswirkungen zu erfassen und durch geeignete Gegenmaßnahmen erhebliche Umweltauswirkungen zu vermeiden. Mit einem derartigen Monitoring werden Abweichungen von den Aussagen im Umweltbericht rechtzeitig erkannt und bei Bedarf korrigiert.

Ein Großteil der zu erwartenden Umweltauswirkungen kann bereits durch bestehende Überwachungs- und Monitoringaufgaben der maßgeblichen Fachbehörden erfasst werden. Nach § 4c Satz 2 BauGB nutzen die Gemeinden die Informationen der Behörden bei der Überwachung.

Dies betrifft insbesondere:

- Überprüfung der Einhaltung der Darstellungen im Flächennutzungsplan hinsichtlich der geplanten Nutzungen

IV. Zusammenfassung

Zielsetzung der Planung

Der Ausschuss für Umwelt, Planung, Bau und Vergabe hat in seiner Sitzung am 01.02.2024 beschlossen, für die Gemeinbedarfsfläche Haus Aspel die 60. Änderung des Flächennutzungsplans einzuleiten. Ziel der Stadtentwicklung ist eine dauerhafte Sicherung der baukulturellen Gesamtanlage mit einer breitgefächerten Nutzung. Die Gesamtanlage wird umgewandelt von einer Gemeinbedarfsfläche in eine Mischbaufläche. In der Mischbaufläche werden die folgenden Nutzungen ausgeschlossen: Tankstellen und Vergnügungsstätten.

Die gesamte Anlage, außer dem Landhaus, steht unter Denkmalschutz sowie Bodendenkmalschutz.

Ziel der vorliegenden Planung ist eine breit aufgestellte Nutzungsvielfalt zu ermöglichen. Diese Vielfalt möchte die Stadt Rees gerne mit einer Mischbaufläche im Flächennutzungsplan darstellen. Eine erste Abstimmung mit der Bezirksregierung Düsseldorf und dem Kreis Kleve hat stattgefunden.

Fachpläne

Im Regionalplan ist der Geltungsbereich der vorliegenden Planung als „Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche“ dargestellt. Der Geltungsbereich sowie umliegende Flächen werden von der Darstellung „Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung“ überlagert.

Das angrenzende Aspeler Meer sowie das Schmale Meer inklusive werden zudem mit der Signatur „Schutz der Natur“ gekennzeichnet. Weiter südlich des Geltungsbereiches beginnen

„Freiraumbereiche für zweckgebundene Nutzungen“ (Wasser) sowie östlich davon „Freiraumbereiche für zweckgebundene Nutzung“ (ASB).

Der Geltungsbereich des Vorhabens ist Teil des Landschaftsplanes Kreis Kleve Rees Nr. 4. Die Entwicklungsziele bilden das räumlich-fachliche Leitbild, das bei behördlichen Planungsverfahren im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften zu berücksichtigen ist. Die verschiedenen Entwicklungsziele sind zu berücksichtigen. Der Geltungsbereich der 60. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Rees liegt innerhalb eines Bereiches mit dem Entwicklungsziel „Erhalt“. Diese Entwicklungsräume werden durch einen hohen Anteil an gliedernden und belebenden Elementen (wie z.B. Baumreihen, Hecken, Baumgruppen, Graben- und Ufergehölze und Kopfbäume) geprägt und/oder durch naturnahe Lebensräume wie Laubwälder oder Grünland beeinflusst.

In der Karte B „Besonders geschützte Teile von Natur und Landschaft“ wird der Geltungsbereich der 60. Änderung des Flächennutzungsplanes als Teil des Landschaftsschutzgebietes

- L 02: Landschaftsschutzgebiet im Bereich der Rees-Bislicher Rheinniederung einschließlich der Reeser Rhein

gekennzeichnet.

Die Schutzausweisungen dienen der Sicherung von Vielfalt, Eigenart und Schönheit der Landschaft. Die Bereiche der Rees-Bislicher Rheinniederung und der Rheinarme stellen einen ökologisch wertvollen und prägenden Landschaftsteil dar und sollen zur Bewahrung von Lebensstätten seltener und bedrohter Tier- und Pflanzenarten erhalten werden.

Auswirkungen des Vorhabens

Der heutige Flächennutzungsplan stellt den Geltungsbereich der 60. Änderung des Flächennutzungsplanes als Gemeinbedarfsfläche mit Anlagen für Kirche und kirchlichen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen sowie sozialen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen –Altenheim dar.

Geplant ist die Darstellung als Mischbaufläche. In der Mischbaufläche werden die folgenden Nutzungen ausgeschlossen: Tankstellen und Vergnügungsstätten.

Die mit der 60. Änderung des Flächennutzungsplanes verbundene Nutzungsänderung hat keine unmittelbaren Auswirkungen auf den Gebäudebestand. Auch die Außenanlagen (Grünflächen, Gehölzbestände etc.) erfahren keine Veränderungen.

Baubedingte und anlagenbedingte Wirkfaktoren scheiden somit aus. Daher sind auch keine Eingriffe in die Schutzgüter, Boden, Wasser, Fläche, Landschaft und Kultur- und Sachgüter zu verzeichnen.

Zu berücksichtigen sind daher nur betriebsbedingte Wirkfaktoren.

Die mit der 60. Änderung des Flächennutzungsplanes verbundene Nutzungsänderung kann zu einer vermehrten Präsenz von Personen auf dem Gelände von Haus Aspel führen. Dies kann zu erhöhten visuellen und akustischen Störungen der Tierwelt führen. Diese Präsenz kann für sensible Fauna-Arten (vor allem Vögel und auch Säugetiere) einen relevanten Störfaktor darstellen. Da aber bereits heute eine Nutzung der Außenanlagen von Haus Aspel stattfindet, ist eine Vorbelastung gegeben. Aufgrund der heutigen bzw. der geplanten Nutzungs-

formen ist von einem eher geringfügigen Störfaktor durch Präsenz von Menschen auszugehen. Somit kann insgesamt von einer nur geringfügigen zusätzlichen Störwirkung für empfindliche Tierarten ausgegangen werden.

Schutzgebiete und Artenschutz

Naturschutzrelevante Schutzgebiete oder Gebiete des Natura-2000 Verbundes sind vom Vorhaben nicht betroffen bzw. der Schutzzweck dieser Schutzgebiete wird durch das geplante Vorhaben nicht beeinträchtigt.

Der im Rahmen des Verfahrens erstellte Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag kommt zu dem Ergebnis, dass kein Verbotstatbestand gemäß § 44 Abs. 1-4 BNatSchG vorliegt und kein nicht ersetzbares Biotop im Sinne von § 19 Abs. 3 BNatSchG zerstört wird.

Aufgrund der dargelegten Ergebnisse sind nach heutigem Kenntnisstand insgesamt keine erheblichen Auswirkungen erkennbar, die der 60. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Rees entgegenstehen.

Hamminkeln, den 08.04.2024



Werner Schomaker

V. Anhang

1. Liste der verwendeten Fachgesetze

Gesetz/Quelle	Zielaussage
Baugesetzbuch (BauGB)	<p>Bauleitpläne sollen eine nachhaltige städtebauliche Entwicklung, die die sozialen, wirtschaftlichen und umweltschützenden Anforderungen auch in Verantwortung gegenüber künftigen Generationen miteinander in Einklang bringt, und eine dem Wohl der Allgemeinheit dienende sozialgerechte Bodennutzung gewährleisten. Sie sollen dazu beitragen, eine menschenwürdige Umwelt zu sichern und die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen und zu entwickeln (§ 1 Abs. 5).</p> <p>Insbesondere sind zu berücksichtigen:</p> <ul style="list-style-type: none"> – die allg. Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse und die Sicherheit der Wohn- und Arbeitsbevölkerung (§ 1 Abs. 6 Nr. 1) – die sozialen Bedürfnisse der Bevölkerung, insbesondere die Bedürfnisse der Familien, der jungen, alten und behinderten Menschen, unterschiedliche Auswirkungen auf Frauen und Männer sowie die Belange des Bildungswesens und von Sport, Freizeit und Erholung (§ 1 Abs. 6 Nr. 3) – die Belange des Umweltschutzes, einschließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege (§ 1 Abs. 6 Nr. 7) <ul style="list-style-type: none"> - die Auswirkungen auf Tiere, Pflanzen, Fläche, Boden, Wasser, Luft, Klima und das Wirkungsgefüge zwischen ihnen sowie die Landschaft und die biologische Vielfalt - die Erhaltungsziele und der Schutzzweck der Natura-2000-Gebiete im Sinne des Bundesnaturschutzgesetzes - umweltbezogene Auswirkungen auf den Menschen und seine Gesundheit sowie die Bevölkerung insgesamt - umweltbezogene Auswirkungen auf Kulturgüter und sonstige Sachgüter - die Vermeidung von Emissionen sowie der sachgerechte Umgang mit Abfällen und Abwässern - die Nutzung erneuerbarer Energien sowie die sparsame und effiziente Nutzung von Energie - die Darstellung von Landschaftsplänen sowie von sonstigen Plänen, insbesondere des Wasser-, Abfall- und Immissionsschutzes - die Erhaltung der bestmöglichen Luftqualität in Gebieten, in denen die durch Rechtsverordnung zur Erfüllung von Rechtsakten der Europäischen Union festgelegten Immissionsgrenzwerte nicht überschritten werden - die Wechselwirkungen zwischen den einzelnen Belangen des Umweltschutzes nach den Buchstaben a bis d - unbeschadet des § 50 Satz 1 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes, die Auswirkungen, die aufgrund der Anfälligkeit der nach dem Bebauungsplan zulässigen Vorhaben für schwere Unfälle oder Katastrophen zu erwarten sind, auf die Belange nach den Buchstaben a bis d und i – mit Grund und Boden soll sparsam und schonend umgegangen werden, dabei sind zur Verringerung der zusätzlichen Inanspruchnahme von Flächen für bauliche Nutzungen die Möglichkeiten der Entwicklung der Gemeinde insbesondere durch Wiedernutzbarmachung von

Gesetz/Quelle	Zielaussage
	<p>Flächen, Nachverdichtung und andere Maßnahmen zur Innenentwicklung zu nutzen sowie Bodenversiegelungen auf das notwendige Maß zu begrenzen. Landwirtschaftlich, als Wald oder für Wohnzwecke genutzte Flächen sollen nur im notwendigen Umfang umgenutzt werden (§ 1a Abs. 2)</p> <ul style="list-style-type: none"> – die Vermeidung und der Ausgleich voraussichtlich erheblicher Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes sowie der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes sind zu berücksichtigen (§ 1a Abs. 3) – soweit ein Gebiet im Sinne des § 1 Abs. 6 Nr. 7 b in seinen für die Erhaltungsziele oder den Schutzzweck maßgeblichen Bestandteile erheblich beeinträchtigt werden kann, sind die Vorschriften des BNatSch über die Zulässigkeit und Durchführung von derartigen Eingriffen einschließlich der Erholung der Stellungnahme der Europäischen Kommission anzuwenden (§ 1a Abs. 4) – den Erfordernissen des Klimaschutzes soll sowohl durch Maßnahmen, die dem Klimawandel entgegenwirken, als auch durch solche, die der Anpassung an den Klimawandel dienen, Rechnung getragen werden (§ 1a Abs. 5) – Mutterboden, der bei der Errichtung und Änderung baulicher Anlagen sowie bei wesentlichen anderen Veränderungen der Erdoberfläche ausgehoben wird, ist in nutzbarem Zustand zu erhalten und vor Vernichtung oder Vergeudung zu schützen (§ 202)
<p>Bundes-Immissionschutzgesetz inkl. Verordnungen und Technischen Anleitungen (TA)</p> <p>Landes-Immissionschutzgesetz</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Zweck dieses Gesetzes ist es, Menschen, Tiere und Pflanzen, den Boden, das Wasser, die Atmosphäre sowie Kultur- und sonstige Sachgüter vor schädlichen Umwelteinwirkungen zu schützen und dem Entstehen schädlicher Umwelteinwirkungen vorzubeugen (§ 1 Abs. 1). - Vermeidung und Verminderung schädlicher Umwelteinwirkungen durch Emissionen in Luft, Wasser und Boden unter Einbeziehung der Abfallwirtschaft, um ein hohes Schutzniveau für die Umwelt insgesamt zu erreichen (§ 1 Abs. 2). - Immissionen im Sinne dieses Gesetzes sind auf Menschen, Tiere und Pflanzen, den Boden, das Wasser, die Atmosphäre sowie Kultur- und sonstige Sachgüter einwirkende Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen, Licht, Wärme, Strahlen und ähnliche Umwelteinwirkungen (§ 3 Abs. 2). - Luftverunreinigungen im Sinne dieses Gesetzes sind Veränderungen der natürlichen Zusammensetzung der Luft, insbesondere durch Rauch, Ruß, Staub, Gase, Aerosole, Dämpfe oder Geruchsstoffe (§ 3 Abs. 4). - Gemäß § 50 BImSchG sind bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen die für eine bestimmte Nutzung vorgesehenen Flächen einander so zuzuordnen, dass schädliche Umwelteinwirkungen und von schweren Unfällen im Sinne des Artikels 3 Nummer 13 der Richtlinie 2012/18/EU in Betriebsbereichen hervorgerufene Auswirkungen auf die ausschließlich oder überwiegend dem Wohnen dienenden Gebiete sowie auf sonstige schutzbedürftige Gebiete, insbesondere öffentlich genutzte Gebiete, wichtige Verkehrswege, Freizeitgebiete und unter dem Gesichtspunkt des Naturschutzes besonders

Gesetz/Quelle	Zielaussage
	<p>wertvolle oder besonders empfindliche Gebiete und öffentlich genutzte Gebäude, so weit wie möglich vermieden werden. Bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen in Gebieten, in denen die in Rechtsverordnungen nach § 48a Absatz 1 festgelegten Immissionsgrenzwerte und Zielwerte nicht überschritten werden, ist bei der Abwägung der betroffenen Belange die Erhaltung der bestmöglichen Luftqualität als Belang zu berücksichtigen.</p>
Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG)	<p>Natur und Landschaft sind auf Grund ihres eigenen Wertes und als Grundlage für Leben und Gesundheit des Menschen auch in Verantwortung für die künftigen Generationen im besiedelten und unbesiedelten Bereich nach Maßgabe der nachfolgenden Absätze so zu schützen, dass</p> <ul style="list-style-type: none"> – die biologische Vielfalt, – die Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts einschließlich der Regenerationsfähigkeit und nachhaltigen Nutzungsfähigkeit der Naturgüter sowie – die Vielfalt, Eigenart und Schönheit sowie der Erholungswert von Natur und Landschaft <p>auf Dauer gesichert sind; der Schutz umfasst auch die Pflege, die Entwicklung und, soweit erforderlich, die Wiederherstellung von Natur und Landschaft (§ 1 Abs.1)</p> <p>Zur dauerhaften Sicherung der biologischen Vielfalt sind entsprechend dem jeweiligen Gefährungsgrad insbesondere</p> <ul style="list-style-type: none"> – lebensfähige Populationen wild lebender Tiere und Pflanzen einschließlich ihrer Lebensstätten zu erhalten und der Austausch zwischen den Populationen sowie Wanderungen und Wiederbesiedelungen zu ermöglichen, – Gefährdungen von natürlich vorkommenden Ökosystemen, Biotopen und Arten entgegenzuwirken, – Lebensgemeinschaften und Biotope mit ihren strukturellen und geografischen Eigenheiten in einer repräsentativen Verteilung zu erhalten; bestimmte Landschaftsteile sollen der natürlichen Dynamik überlassen bleiben. <p>Zur dauerhaften Sicherung der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts sind insbesondere</p> <ul style="list-style-type: none"> – die räumlich abgrenzbaren Teile seines Wirkungsgefüges im Hinblick auf die prägenden biologischen Funktionen, Stoff- und Energieflüsse sowie landschaftlichen Strukturen zu schützen; Naturgüter, die sich nicht erneuern, sind sparsam und schonend zu nutzen; sich erneuernde Naturgüter dürfen nur so genutzt werden, dass sie auf Dauer zur Verfügung stehen, – Böden so zu erhalten, dass sie ihre Funktion im Naturhaushalt erfüllen können; nicht mehr genutzte versiegelte Flächen sind zu renaturieren, oder, soweit eine Entsiegelung nicht möglich oder nicht zumutbar ist, der natürlichen Entwicklung zu überlassen, – Meeres- und Binnengewässer vor Beeinträchtigungen zu bewahren und ihre natürliche Selbstreinigungsfähigkeit und Dynamik zu erhalten; dies gilt insbesondere für natürliche und naturnahe Gewässer einschließlich ihrer Ufer, Auen und sonstigen Rückhalteflächen; Hochwasserschutz hat auch durch natürliche oder naturnahe Maßnahmen zu erfolgen; für den vorsorgenden Grundwasserschutz sowie für einen ausgeglichenen Niederschlags-Abflusshaushalt ist

Gesetz/Quelle	Zielaussage
	<p>auch durch Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege Sorge zu tragen,</p> <ul style="list-style-type: none"> – Luft und Klima auch durch Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu schützen; dies gilt insbesondere für Flächen mit günstiger lufthygienischer oder klimatischer Wirkung wie Frisch- und Kaltluftentstehungsgebiete oder Luftaustauschbahnen; dem Aufbau einer nachhaltigen Energieversorgung insbesondere durch zunehmende Nutzung erneuerbarer Energien kommt eine besondere Bedeutung zu, – wild lebende Tiere und Pflanzen, ihre Lebensgemeinschaften sowie ihre Biotope und Lebensstätten auch im Hinblick auf ihre jeweiligen Funktionen im Naturhaushalt zu erhalten, – der Entwicklung sich selbst regulierender Ökosysteme auf hierfür geeigneten Flächen Raum und Zeit zu geben. <p>Zur dauerhaften Sicherung der Vielfalt, Eigenart und Schönheit sowie des Erholungswertes von Natur und Landschaft sind insbesondere</p> <ul style="list-style-type: none"> – Naturlandschaften und historisch gewachsene Kulturlandschaften, auch mit ihren Kultur-, Bau- und Bodendenkmälern, vor Verunstaltung, Zersiedelung und sonstigen Beeinträchtigungen zu bewahren, – zum Zweck der Erholung in der freien Landschaft nach ihrer Beschaffenheit und Lage geeignete Flächen vor allem im besiedelten und siedlungsnahen Bereich zu schützen und zugänglich zu machen. <p>Großflächige, weitgehend unzerschnittene Landschaftsräume sind vor weiterer Zerschneidung zu bewahren. Die erneute Inanspruchnahme bereits bebauter Flächen sowie die Bebauung unbebauter Flächen im beplanten und unbeplanten Innenbereich, soweit sie nicht für Grünflächen vorgesehen sind, hat Vorrang vor der Inanspruchnahme von Freiflächen im Außenbereich. Verkehrswege, Energieleitungen und ähnliche Vorhaben sollen landschaftsgerecht geführt, gestaltet und so gebündelt werden, dass die Zerschneidung und die Inanspruchnahme der Landschaft sowie Beeinträchtigungen des Naturhaushalts vermieden oder so gering wie möglich gehalten werden. Beim Aufsuchen und bei der Gewinnung von Bodenschätzen, bei Abgrabungen und Aufschüttungen sind dauernde Schäden des Naturhaushalts und Zerstörungen wertvoller Landschaftsteile zu vermeiden; unvermeidbare Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft sind insbesondere durch Förderung natürlicher Sukzession, Renaturierung, naturnahe Gestaltung, Wiedernutzbarmachung oder Rekultivierung auszugleichen oder zu mindern (§ 1 Abs. 5).</p> <p>Freiräume im besiedelten und siedlungsnahen Bereich einschließlich ihrer Bestandteile, wie Parkanlagen, großflächige Grünanlagen und Grünzüge, Wälder und Waldränder, Bäume und Gehölzstrukturen, Fluss- und Bachläufe mit ihren Uferzonen und Auenbereichen, stehende Gewässer, Naturerfahrungsräume sowie gartenbau- und landwirtschaftlich genutzte Flächen, sind zu erhalten und dort, wo sie nicht in ausreichendem Maße vorhanden sind, neu zu schaffen (§ 1 Abs. 6).</p> <p>Erhebliche Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft sind vom Verursacher vorrangig zu vermeiden. Nicht vermeidbare erhebliche Beeinträchtigungen sind durch Ausgleichs- oder Ersatzmaßnahmen oder, soweit dies nicht möglich ist, durch einen Ersatz in Geld zu kompensieren (§ 13).</p> <p>Sind auf Grund der Aufstellung, Änderung, Ergänzung oder Aufhebung von Bauleitplänen oder von Satzungen nach § 34 Absatz 4 Satz 1 Num-</p>

Gesetz/Quelle	Zielaussage
	<p>mer 3 des Baugesetzbuches Eingriffe in Natur und Landschaft zu erwarten, ist über die Vermeidung, den Ausgleich und den Ersatz nach den Vorschriften des Baugesetzbuches zu entscheiden (§ 18 Abs. 1).</p> <p>Auf Vorhaben in Gebieten mit Bebauungsplänen nach § 30 des Baugesetzbuches, während der Planaufstellung nach § 33 des Baugesetzbuches und im Innenbereich nach § 34 des Baugesetzbuches sind die §§ 14 bis 17 nicht anzuwenden. Für Vorhaben im Außenbereich nach § 35 des Baugesetzbuches sowie für Bebauungspläne, soweit sie eine Planfeststellung ersetzen, bleibt die Geltung der §§ 14 bis 17 unberührt (§ 18 Abs. 2).</p> <p>Entscheidungen über Vorhaben nach § 35 Absatz 1 und 4 des Baugesetzbuches und über die Errichtung von baulichen Anlagen nach § 34 des Baugesetzbuches ergehen im Benehmen mit den für Naturschutz und Landschaftspflege zuständigen Behörden. Äußert sich in den Fällen des § 34 des Baugesetzbuches die für Naturschutz und Landschaftspflege zuständige Behörde nicht binnen eines Monats, kann die für die Entscheidung zuständige Behörde davon ausgehen, dass Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege von dem Vorhaben nicht berührt werden. Das Benehmen ist nicht erforderlich bei Vorhaben in Gebieten mit Bebauungsplänen und während der Planaufstellung nach den §§ 30 und 33 des Baugesetzbuches sowie in Gebieten mit Satzungen nach § 34 Absatz 4 Satz 1 Nummer 3 des Baugesetzbuches (§ 18 Abs. 3).</p> <p>Ergeben sich bei Vorhaben nach § 34 des Baugesetzbuches im Rahmen der Herstellung des Benehmens nach Absatz 3 Anhaltspunkte dafür, dass das Vorhaben eine Schädigung im Sinne des § 19 Absatz 1 Satz 1 verursachen kann, ist dies auch dem Vorhabenträger mitzuteilen. Auf Antrag des Vorhabenträgers hat die für die Erteilung der Zulassung zuständige Behörde im Benehmen mit der für Naturschutz und Landschaftspflege zuständigen Behörde die Entscheidungen nach § 15 zu treffen, soweit sie der Vermeidung, dem Ausgleich oder dem Ersatz von Schädigungen nach § 19 Absatz 1 Satz 1 dienen; in diesen Fällen gilt § 19 Absatz 1 Satz 2. Im Übrigen bleibt Absatz 2 Satz 1 unberührt (§ 18 Abs. 4).</p> <p>Die Vorschriften dieses Kapitels sowie § 6 Absatz 3 dienen dem Schutz der wild lebenden Tier- und Pflanzenarten. Der Artenschutz umfasst (§ 37 Abs. 1)</p> <ul style="list-style-type: none"> – den Schutz der Tiere und Pflanzen wild lebender Arten und ihrer Lebensgemeinschaften vor Beeinträchtigungen durch den Menschen und die Gewährleistung ihrer sonstigen Lebensbedingungen, – den Schutz der Lebensstätten und Biotope der wild lebenden Tier- und Pflanzenarten sowie – die Wiederansiedlung von Tieren und Pflanzen verdrängter wild lebender Arten in geeigneten Biotopen innerhalb ihres natürlichen Verbreitungsgebiets. <p>Nach § 39 Abs. 1 ist es verboten,</p> <ul style="list-style-type: none"> – wild lebende Tiere mutwillig zu beunruhigen oder ohne vernünftigen Grund zu fangen, zu verletzen oder zu töten, – wild lebende Pflanzen ohne vernünftigen Grund von ihrem Standort zu entnehmen oder zu nutzen oder ihre Bestände niederzuschlagen oder auf sonstige Weise zu verwüsten, – Lebensstätten wild lebender Tiere und Pflanzen ohne vernünftigen Grund zu beeinträchtigen oder zu zerstören. <p>Nach § 39 Abs. 2 ist es vorbehaltlich jagd- oder fischereirechtlicher Bestimmungen verboten, wild lebende Tiere und Pflanzen der in Anhang V</p>

Gesetz/Quelle	Zielaussage
	<p>der Richtlinie 92/43/EWG aufgeführten Arten aus der Natur zu entnehmen. Die Länder können Ausnahmen von Satz 1 unter den Voraussetzungen des § 45 Absatz 7 oder des Artikels 14 der Richtlinie 92/43/EWG zulassen.</p> <p>Nach § 39 Abs. 5 ist es verboten,</p> <ul style="list-style-type: none"> – die Bodendecke auf Wiesen, Feldrainen, Hochrainen und ungenutzten Grundflächen sowie an Hecken und Hängen abzubrennen oder nicht land-, forst- oder fischereiwirtschaftlich genutzte Flächen so zu behandeln, dass die Tier- oder Pflanzenwelt erheblich beeinträchtigt wird, – Bäume, die außerhalb des Waldes, von Kurzumtriebsplantagen oder gärtnerisch genutzten Grundflächen stehen, Hecken, lebende Zäune, Gebüsche und andere Gehölze in der Zeit vom 1. März bis zum 30. September abzuschneiden, auf den Stock zu setzen oder zu beseitigen; zulässig sind schonende Form- und Pflegeschnitte zur Beseitigung des Zuwachses der Pflanzen oder zur Gesunderhaltung von Bäumen, – Röhrichte in der Zeit vom 1. März bis zum 30. September zurückzuschneiden; außerhalb dieser Zeiten dürfen Röhrichte nur in Abschnitten zurückgeschnitten werden, – ständig wasserführende Gräben unter Einsatz von Grabenfräsen zu räumen, wenn dadurch der Naturhaushalt, insbesondere die Tierwelt erheblich beeinträchtigt wird. <p>Nach § 44 Abs. 1 ist es verboten,</p> <ul style="list-style-type: none"> – wild lebenden Tieren der besonders geschützten Arten nachzustellen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören, – wild lebende Tiere der streng geschützten Arten und der europäischen Vogelarten während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten erheblich zu stören; eine erhebliche Störung liegt vor, wenn sich durch die Störung der Erhaltungszustand der lokalen Population einer Art verschlechtert, – Fortpflanzungs- oder Ruhestätten der wild lebenden Tiere der besonders geschützten Arten aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören, – wild lebende Pflanzen der besonders geschützten Arten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, sie oder ihre Standorte zu beschädigen oder zu zerstören
Landesnatschutzgesetz (LNatSchG)	Ergänzend zum Bundesnaturschutzgesetz werden in §§ 6 bis 13 Grundsätze und Ziele der Landschaftsplanung festgelegt.
NATURA 2000 FFH-Richtlinie (Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen)	Das europäische Schutzgebietssystem NATURA 2000 besteht aus den FFH-Gebieten und den Vogelschutzgebieten. Die Richtlinien dienen dem Erhalt der biologischen Vielfalt in Europa. Das Ziel ist die Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen.

Gesetz/Quelle	Zielaussage
Vogelschutz-Richtlinie (Richtlinie 79/409/EWG des Rates vom 2. April 1979 über die Erhaltung der wildlebenden Vogel- arten)	
Bundeswaldgesetz/ Landesforstgesetz	<p>Der Wald ist wegen seines wirtschaftlichen Nutzens (Nutzfunktion) und wegen seiner Bedeutung für die Umwelt, insbesondere für die dauernde Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes, das Klima, den Wasserhaushalt, die Reinhaltung der Luft, die Bodenfruchtbarkeit, das Landschaftsbild, die Agrar- und Infrastruktur und die Erholung der Bevölkerung (Schutz- und Erholungsfunktion) zu erhalten, erforderlichenfalls zu mehrern und seine ordnungsgemäße Bewirtschaftung nachhaltig zu sichern (§ 1 BWaldG).</p> <p>Kennzeichen nachhaltiger Forstwirtschaft ist, dass die Betreuung von Waldflächen und ihre Nutzung in einer Art und Weise erfolgt, dass die biologische Vielfalt, die Produktivität, die Verjüngungsfähigkeit, die Vitalität und die Fähigkeit, gegenwärtig und in Zukunft wichtige ökologische, wirtschaftliche und soziale Funktionen zu erfüllen, erhalten bleibt und anderen Ökosystemen kein Schaden zugefügt wird (§ 1a LFoG NRW).</p>
Bundes-Bodenschutz- gesetz/ Landes-Boden- schutzgesetz	<p>Gemäß § 1 BBodSchG ist es Zweck dieses Gesetzes, nachhaltig die Funktionen des Bodens zu sichern oder wiederherzustellen. Hierzu sind schädliche Bodenveränderungen abzuwehren, der Boden und Altlasten sowie hierdurch verursachte Gewässerverunreinigungen zu sanieren und Vorsorge gegen nachteilige Einwirkungen auf den Boden zu treffen. Bei Einwirkungen auf den Boden sollen Beeinträchtigungen seiner natürlichen Funktionen sowie seiner Funktion als Archiv der Natur- und Kulturgeschichte so weit wie möglich vermieden werden.</p> <p>Mit Grund und Boden soll sparsam und schonend umgegangen werden, dabei sind Bodenversiegelungen auf das notwendige Maß zu begrenzen (§ 1 Abs. 1 LBodSchG NRW).</p> <p>Es sind Vorsorgemaßnahmen gegen das Entstehen schädlicher Bodenveränderungen, insbesondere durch den Eintrag von schädlichen Stoffen und die damit verbundenen Störungen der natürlichen Bodenfunktion, zu treffen (§ 1 Abs. 2 Nr. 1 LBodSchG NRW).</p> <p>Die Böden sind vor Erosion, vor Verdichtung und vor anderen nachteiligen Einwirkungen vorsorglich zu schützen (§ 1 Abs. 2 Nr. 2 LBodSchG NRW).</p>
Wasserhaushaltsgesetz/ Landeswassergesetz/ Hochwasserschutzge- setz	<p>Zweck dieses Gesetzes ist es, durch eine nachhaltige Gewässerbewirtschaftung die Gewässer als Bestandteil des Naturhaushalts, als Lebensgrundlage des Menschen, als Lebensraum für Tiere und Pflanzen sowie als nutzbares Gut zu schützen (§ 1 WHG).</p> <p>Ihre Funktions- und Leistungsfähigkeit als Bestandteil des Naturhaushalts und als Lebensraum für Tiere und Pflanzen ist zu erhalten und zu verbessern, insbesondere durch Schutz vor nachteiligen Veränderungen von Gewässereigenschaften (§ 6 Abs. 1 Nr. 1 WHG).</p> <p>Beeinträchtigungen auch im Hinblick auf den Wasserhaushalt der direkt von den Gewässern abhängenden Landökosysteme und Feuchtgebiete</p>

Gesetz/Quelle	Zielaussage
	<p>sind zu vermeiden und unvermeidbare, nicht nur geringfügige Beeinträchtigungen so weit wie möglich auszugleichen (§ 6 Abs. 1 Nr. 2 WHG).</p> <p>Bestehende oder künftige Nutzungsmöglichkeiten insbesondere für die öffentliche Wasserversorgung sind zu erhalten oder zu schaffen (§ 6 Abs. 1 Nr. 4 WHG).</p> <p>An oberirdischen Gewässern sind so weit wie möglich natürliche und schadlose Abflussverhältnisse zu gewährleisten und insbesondere durch Rückhaltung des Wassers in der Fläche ist der Entstehung von nachteiligen Hochwasserfolgen vorzubeugen (§ 6 Abs. 1 Nr. 6 WHG).</p> <p>Gewässer, die sich in einem natürlichen oder naturnahen Zustand befinden, sollen in diesem Zustand erhalten bleiben und nicht naturnah ausgebaut natürliche Gewässer sollen so weit wie möglich wieder in einen naturnahen Zustand zurückgeführt werden, wenn überwiegende Gründe des Wohls der Allgemeinheit dem nicht entgegenstehen (§ 6 Abs. 2 WHG).</p>
Wasser-Rahmenrichtlinie	<p>Vermeidung einer weiteren Verschlechterung sowie Schutz und Verbesserung des Zustands der aquatischen Ökosysteme und der direkt von ihnen abhängenden Landökosysteme und Feuchtgebiete im Hinblick auf deren Wasserhaushalt (Art. 1a).</p> <p>Förderung einer nachhaltigen Wassernutzung auf der Grundlage eines langfristigen Schutzes der vorhandenen Ressourcen (Art. 1b).</p> <p>Anstreben eines stärkeren Schutzes und einer Verbesserung der aquatischen Umwelt, unter anderem durch spezifische Maßnahmen zur schrittweisen Reduzierung von Einleitungen, Emissionen und Verlusten von prioritären Stoffen und durch die Beendigung oder schrittweise Einstellung von Einleitungen, Emissionen und Verlusten von prioritären gefährlichen Stoffen (Art. 1c).</p> <p>Sicherstellung einer schrittweisen Reduzierung der Verschmutzung des Grundwassers und Verhinderung seiner weiteren Verschmutzung (Art. 1d).</p> <p>Beitrag zur Minderung der Auswirkungen von Überschwemmungen und Dürren (Art. 1e).</p>
Klimaschutzgesetz NRW	<p>Gemäß § 1 ist Zweck dieses Gesetzes die Festlegung von Klimaschutzzielen sowie die Schaffung der rechtlichen Grundlagen für die Erarbeitung, Umsetzung, Überprüfung, Berichterstattung über und Fortschreibung von Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen. Damit sollen der Klimaschutz in Nordrhein-Westfalen nachhaltig verbessert, die negativen Auswirkungen des Klimawandels begrenzt und Beiträge zu den nationalen und internationalen Anstrengungen beim Klimaschutz geleistet werden.</p> <p>Gemäß § 3 Abs. 1 soll die Gesamtsumme der Treibhausgasemissionen in Nordrhein-Westfalen bis zum Jahr 2020 um mindestens 25 Prozent und bis zum Jahr 2050 um mindestens 80 Prozent im Vergleich zu den Gesamtemissionen des Jahres 1990 verringert werden.</p> <p>Gemäß § 3 Abs. 2 kommen zur Verringerung der Treibhausgasemissionen der Steigerung des Ressourcenschutzes, der Ressourcen- und</p>

Gesetz/Quelle	Zielaussage
	<p>Energieeffizienz, der Energieeinsparung und dem Ausbau Erneuerbarer Energien besondere Bedeutung zu.</p> <p>Gemäß § 3 Abs. 3 sind die negativen Auswirkungen des Klimawandels durch die Erarbeitung und Umsetzung von sektorspezifischen und auf die jeweilige Region abgestimmten Anpassungsmaßnahmen zu begrenzen.</p>
Denkmalschutzgesetz	<p>Denkmäler sind zu schützen, zu pflegen, sinnvoll zu nutzen und wissenschaftlich zu erforschen. Sie sollen der Öffentlichkeit im Rahmen des Zumutbaren zugänglich gemacht werden (DSchG NRW).</p>

2. Fotodokumentation



Abb. 23: Zufahrtsstraße mit Alleeebäumen und Haus Aspel im Hintergrund



Abb. 24: Eingangsbereich Haus Aspel



Abb. 25: Eingangsbereich Haus Aspel



Abb. 26: der Gebäudekomplex wird von einem Graben umgeben



Abb. 27: Denkmalschutz



Abb. 28: Kirche



Abb. 29: Kloster



Abb. 30: Aspeler Meer



Abb. 31: Haus Aspel